

Ergebnisse der Gesundheitspersonalrechnung für Bayern 2008 bis 2016

Dr. Miriam Orlowski

Die Arbeitsgruppe Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder (AG GGRdL) veröffentlicht jährlich Ergebnisse der Gesundheitspersonalrechnung, der Gesundheitsausgabenrechnung und des Wertschöpfungs-Erwerbstätigenansatzes. Dieser Artikel fasst die Ergebnisse der Gesundheitspersonalrechnung für Bayern zusammen. Zwischen 2008 und 2016 verzeichnet die AG GGRdL in Bayern ein stetiges Wachstum des Gesundheitspersonals von insgesamt 20,3%. Dies entspricht jahresdurchschnittlich 2,3%. Besonders im Bereich der ambulanten Pflege wird ein starker Zuwachs der Beschäftigtenzahlen vermeldet (47,2%).

Arbeitsgruppe Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder

Ziel der Arbeitsgruppe Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder (AG GGRdL) ist die Schaffung einer soliden Datenbasis zur Quantifizierung der Gesundheitsbranche in den Ländern. Dazu veröffentlicht die AG jährlich die Ergebnisse der Gesundheitspersonalrechnung (GPR), der

Gesundheitsausgabenrechnung (GAR) und des Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatzes (WSE). Im Jahr 2018 liegen für die GPR und GAR jeweils Zeitreihen von 2008 bis 2016 vor, für den WSE von 2008 bis 2017. Die Gesundheitspersonalrechnung gibt das Gesundheitspersonal nach Einrichtungen für alle 16 Länder wieder (vgl. Tabelle 1).

Tab. 1 Einrichtungen des Gesundheitswesens in der Gesundheitspersonalrechnung

1-Steller-Ebene	2-Steller-Ebene
1 Gesundheitsschutz	1.1 Gesundheitsschutz
2 Ambulante Einrichtungen	2.1 Arztpraxen
	2.2 Zahnarztpraxen
	2.3 Praxen sonstiger medizinischer Berufe
	2.4 Apotheken
	2.5 Einzelhandel im Gesundheitswesen
	2.6 Einrichtungen der ambulanten Pflege
3 Stationäre und teilstationäre Einrichtungen	3.1 Krankenhäuser
	3.2 Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen
	3.3 Stationäre und teilstationäre Pflegeeinrichtungen
4 Rettungsdienste	4.1 Rettungsdienste
5 Verwaltung	5.1 Verwaltung im Gesundheitswesen
6 Sonstige Einrichtungen	6.1 Sonstige Einrichtungen
7 Vorleistungseinrichtungen	7.1 Pharmazeutische Industrie
	7.2 Medizintechnische und augenoptische Industrie
	7.3 Großhandel und Handelsvermittlung
	7.4 Medizinische und zahnmedizinische Laboratorien

Tab. 2 Gesundheitspersonal in Bayern 2008 bis 2016 nach Einrichtungsarten

Jahr	Gesundheitspersonal in 1 000							
	Bayern				Deutschland			
	insgesamt	weibliche Beschäftigte		Vollzeit- äquiva- lente	insgesamt	weibliche Beschäftigte		Vollzeit- äquiva- lente
		absolut	Anteil in Prozent			absolut	Anteil in Prozent	
2008	724	544	75,2	–	4 628	3 474	75,1	–
2012	798	606	75,9	579	5 064	3 835	75,7	3 701
2016	871	665	76,3	625	5 491	4 164	75,8	3 978
2016 nach Einrichtungsart								
Gesundheitsschutz	4	3	62,9	3	37	26	70,3	31
ambulante Einrichtungen	369	302	82,0	240	2 253	1 839	81,6	1 484
stationäre und teilstationäre Einrichtungen	309	244	79,0	234	1 953	1 543	79,0	1 484
Rettungsdienst	10	3	30,3	8	64	20	31,3	52
Verwaltung im Gesundheitswesen	27	18	64,9	23	220	144	65,5	188
sonstige Einrichtungen des Gesundheitswesens	65	50	75,8	44	418	317	75,8	278
Vorleistungseinrichtungen	86	45	52,3	73	546	276	50,5	461

Die Gliederung der Einrichtungsarten richtet sich nach dem System of Health Accounts (SHA) der OECD und kann auf Ebene der 1-Steller (sieben Einrichtungsarten) und 2-Steller (17 Einrichtungsarten) ausgewiesen werden.¹ Im Gegensatz zu der Erwerbstätigenrechnung des WSE, in die eine Person mit ihrer überwiegenden Tätigkeit eingeht, werden in der Gesundheitspersonalrechnung Beschäftigungsverhältnisse gezählt.² Es wird dabei zwischen weiblichen und männlichen Beschäftigten unterschieden und die Zahl der Vollzeitäquivalente (VZÄ) ausgewiesen. Vollzeitäquivalente geben dabei an, wie viele Vollzeitstellen sich bei einer vollen tariflichen Arbeitszeit – umgerechnet aus den Beschäftigungsverhältnissen – ergeben würden.

Gesundheitspersonal in Bayern – Aktuelle Zahlen und zeitliche Entwicklung

Tabelle 2 gibt einen Überblick über die Ergebnisse der Gesundheitspersonalrechnung der Länder im Vergleich zum Gesundheitspersonal in Deutschland. Die AG GGRdL zählt für das Jahr 2016 in Bayern 871 200 Beschäftigungsverhältnisse in der Gesundheitswirtschaft, wovon 664 900 auf Frauen entfallen (76,3%). Umgerechnet ergibt sich eine Zahl von 624 900 Vollzeitäquivalenten. Während der Anteil der weiblichen Beschäftigten seit 2012 um 9,8 % gestiegen ist, hat die Zahl des gesamten bayerischen Gesundheitspersonals nur um 9,1 % und die Zahl der Vollzeitäquivalente im selben Zeitraum nur um 7,9 % zugenommen. Dies resultiert

aus der gestiegenen Teilzeitbeschäftigung im Gesundheitswesen, die unter den weiblichen Beschäftigten besonders präsent ist.³ Im Vergleich zur Entwicklung in Deutschland lässt sich in allen drei Bereichen ein überdurchschnittliches Wachstum in Bayern vermelden.

Gesundheitspersonal nach Einrichtungsarten

Differenziert man nach Einrichtungsarten (1-Steller), zeigt sich, dass die meisten Beschäftigungsverhältnisse im ambulanten Bereich angesiedelt sind, gefolgt von stationären und teilstationären Einrichtungen. In diesen „Frauendomänen“ liegt der Anteil der weiblichen Beschäftigten bei über 75 %. Dagegen sind bei den Rettungskräften mit rund 30 % im Vergleich wenige Frauen beschäftigt.

Unter den ambulanten Einrichtungen sind die Arztpraxen und Zahnarztpraxen die größten Arbeitgeber, gefolgt von den Einrichtungen der ambulanten Pflege (vgl. Abbildung 1). Im Bereich der stationären/teilstationären Einrichtungen sind die meisten Beschäftigungsverhältnisse in Krankenhäusern und der stationären/teilstationären Pflege vorzufinden.

Zeitliche Entwicklung in den Einrichtungsarten

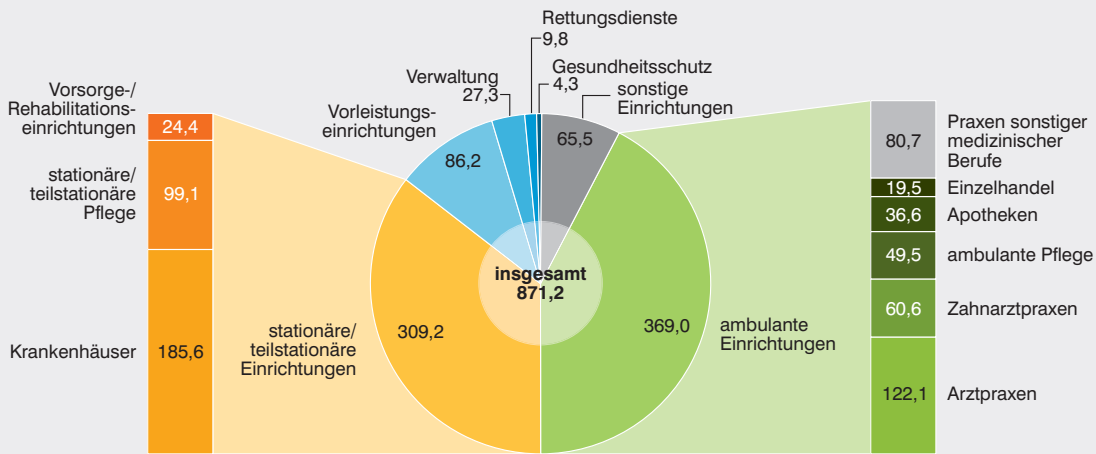
Abbildung 2 zeigt die Entwicklung des Gesundheitspersonals nach vier Einrichtungsarten in Relation zum Jahr 2008 (2008 = 100). Ausgewählt wurden dabei Einrichtungsarten mit überdurchschnittlichen jährlichen Wachstumsraten des Gesundheitsper-

1 OECD, Eurostat, WHO (2011): A System of Health Accounts, OECD Publishing.

2 Die Gesundheitspersonalrechnung kann somit Doppelzählungen enthalten, wenn eine Person mehrere Beschäftigungsverhältnisse im Gesundheitsbereich innehat.

3 Siehe: Tendenz zur Teilzeit, Kassenärztliche Vereinigung Bayern, KVB Forum, Ausgabe 1-2/2016.

Abb. 1
Gesundheitspersonal in Bayern 2016 nach Art der Einrichtung
 in Tausend Beschäftigten



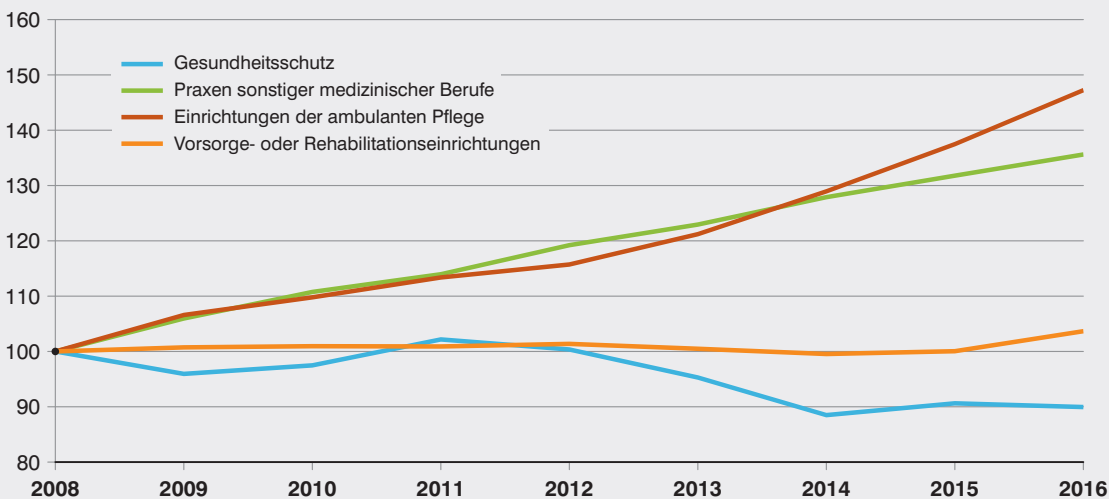
sonals (ambulante Pflege, Praxen sonstiger medizinischer Berufe) und mit unterdurchschnittlichen bzw. negativen Wachstumsraten des Personals (Gesundheitsschutz, Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen).

Mit einem Plus von fast 50 % hat das Gesundheitspersonal in der ambulanten Pflege deutlich am stärksten zugenommen. Dies entspricht einem mittleren Wachstum von 5,0 % pro Jahr. Das Wachstum des Gesundheitspersonals in Bayern insgesamt liegt dagegen im Schnitt lediglich bei 2,3 % pro

Jahr. Die signifikante Zunahme in der ambulanten Pflege könnte eine erste Reaktion auf die gestiegene Nachfrage nach Pflegeleistungen im Zuge der Alterung der Bevölkerung sein. Ebenfalls stark an Bedeutung gewonnen haben die Praxen sonstiger medizinischer Berufe. Hierzu zählen z. B. Heilpraktiker, Physiotherapeuten und Psychologen. Das Personal in dieser Einrichtungsart ist seit 2008 pro Jahr durchschnittlich um 3,9 % gestiegen.

Die beiden Einrichtungsarten mit den geringsten Zuwächsen bzw. sogar Rückgängen an Gesund-

Abb. 2
Entwicklung des Gesundheitspersonals in Bayern 2008 bis 2016 nach Art der Einrichtung
 2008 = 100



heitspersonal sind der Gesundheitsschutz (–1,3% pro Jahr) bzw. im stationären Bereich die Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen (+0,5% pro Jahr). Diese Entwicklung verläuft konträr zu den Bestrebungen zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention, welche durch den Erlass des Präventionsgesetzes 2015 gesetzlich verankert wurde. Vor allem der Gesundheitsschutz, der u. a. Gesundheitsämter und Landesgesundheitsbehörden umfasst, ist ein bedeutender Anbieter von Präventionsmaßnahmen. Gemäß der Gesundheitsausgabenrechnung des Bundes entfielen 2015 rund 18% der Präventionsausgaben auf diese Einrichtungsart.⁴ Entgegen der rückläufigen Entwicklung des bayerischen Personals lässt sich bundesweit bei Ausgaben und Gesundheitspersonal lediglich eine Stagnation feststellen.⁵ Die Entwicklung in stationären Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen, die bundesweit 2015 rund vier Prozent der Präventionsausgaben trugen, könnte mit einer Verlagerung der Rehabilitation auf den ambulanten Bereich (Praxen sonstiger medizinischer Berufe) zusammenhängen. Zu einer solchen Verlagerung liegen in der Gesundheitspersonalrechnung keine Daten vor. Die gesetzliche Rentenversicherung als ein wichtiger Träger von Rehabilitationen meldet zwischen 2008 und 2014 eine Zunahme des Anteils ambulant durchgeführter Rehabilitationen um zwei Prozentpunkte.⁶

4 Statistisches Bundesamt 2017, Gesundheit - Ausgaben - Fachserie 12 Reihe 7.1.2 - 1995 bis 2015.

5 Statistisches Bundesamt 2017, Gesundheit - Personal, Fachserie 12 Reihe 7.3.2 - 2000 bis 2015.

6 Forschungsportal der Deutschen Rentenversicherung, <http://forschung.deutsche-rentenversicherung.de>, Abruf: 6. August 2018.

Zusammenfassung

Das Gesundheitspersonal in Bayern nimmt seit 2008 stetig zu. Sowohl Beschäftigungsverhältnisse insgesamt als auch der Anteil der weiblichen Beschäftigten und die Vollzeitäquivalente sind über die betrachtete Zeitspanne kontinuierlich gestiegen. Besonders prägnant sind weibliche Beschäftigte im Bereich der ambulanten und stationären/teilstationären Einrichtungen vertreten, wo es gleichzeitig die mit Abstand meisten Beschäftigungsverhältnisse gibt.

Bei der Betrachtung der zeitlichen Entwicklung des Gesundheitspersonals nach Einrichtungsarten zeigen sich heterogene und teils sogar konträre Tendenzen. Das Gesundheitspersonal in Pflegeeinrichtungen steigt im betrachteten Zeitraum überproportional an, was auf die demographische Entwicklung und den damit einhergehenden steigenden Pflegebedarf zurückzuführen ist. Dagegen ist bei den Einrichtungen „Gesundheitsschutz“ und „Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen“, deren primäre Leistungen die Prävention umfassen, eine Stagnation der Beschäftigungszahlen bzw. sogar eine rückläufige Entwicklung zu beobachten.

Verschuldung der kommunalen Körperschaften in Bayern 2017

Dipl.-Kfm. Christoph Hackl

Die Verschuldung in den Kernhaushalten der kommunalen Körperschaften verringerte sich im Jahr 2017 um 304,5 Millionen Euro auf 12 982,9 Millionen Euro. Je Einwohner ergaben sich somit Schulden in Höhe von 1 000 Euro. Die Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich der Gemeinden und Gemeindeverbände (Gv), die zu Vergleichen für die kommunale Verschuldung eines Landes herangezogen werden, beliefen sich in Bayern auf 11 964,5 Millionen Euro oder 922 Euro je Einwohner. Die Eigenbetriebe haben ihre Verbindlichkeiten um 9,0 Millionen Euro auf 4 110,8 Millionen Euro gesteigert; auch die nicht in selbstständiger Rechtsform geführten Krankenhäuser erhöhten diese um 14,9 Millionen Euro auf 114,5 Millionen Euro. Einschließlich dieser Sondervermögen lag der Schuldenstand der kommunalen Körperschaften bei 17 208,1 Millionen Euro. Weiterhin bestanden Schulden bei rechtlich selbstständigen Einrichtungen und Unternehmen des kommunalen Sektors in Höhe von 2 354 Millionen Euro bei öffentlich-rechtlichen sowie 15 629 Millionen Euro bei privatrechtlichen Berichtseinheiten. Schuldenaufnahmen von 1 606,0 Millionen Euro standen Tilgungen von 1 909,9 Millionen Euro gegenüber. Bei den Eigenbetrieben und bei den Krankenhäusern der kommunalen Körperschaften wurden neue Fremdmittel in Höhe von 277,0 Millionen Euro bzw. 14,8 Millionen Euro beschafft; deren Tilgungen lagen bei 331,4 Millionen Euro bzw. 9,9 Millionen Euro.

Kommunale Körperschaften und Schuldenstand

Der Begriff der kommunalen Körperschaften umfasst die kreisfreien Städte und kreisangehörigen Gemeinden (Gemeinden), die Landkreise und Bezirke (Gemeindeverbände) sowie die nicht kaufmännisch buchenden Zweckverbände und Verwaltungsgemeinschaften, die kommunale Aufgaben erfüllen. Unter dem Schuldenstand der kommunalen Körperschaften sind in erster Linie die Schulden ihrer öffentlichen Haushalte zu verstehen. Dazu gehören auch die Schulden ihrer Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, ihrer rechtlich unselbstständigen Stiftungen und ihrer sonstigen Sondervermögen, soweit deren Einnahmen und Ausgaben vollständig, also brutto, im Haushalt der kommunalen Körperschaft nachgewiesen werden. Die Schulden ihrer rechtlich unselbstständigen Betriebe mit eigener, vom Trägerhaushalt getrennter Rechnungsführung (Eigenbetriebe der kommunalen Körperschaften) und ihrer Krankenhäuser mit kauf-

männischem Rechnungswesen erfasst die Schuldenstatistik getrennt. Dies gilt auch für die Schulden der sonstigen, aus den Haushalten der kommunalen Körperschaften ausgegliederten und in rechtlich selbstständiger Form geführten Einheiten und für die kommunalen Beteiligungen an Unternehmen der öffentlichen Hand, die in der Schuldenstatistik der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen ausgewiesen werden. Diese zeigt die Verschuldung der öffentlich bestimmten Fonds, Einrichtungen und Unternehmen mit Sonderrechnung, an denen Bund, Länder und kommunale Körperschaften mit mehr als 50% des Nennkapitals oder des Stimmrechts unmittelbar oder mittelbar beteiligt sind. Der statistische Schuldenstand unterscheidet zwischen Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich (Schulden aus emittierten Wertpapieren und beim nicht-öffentlichen Bereich aufgenommene Schuldscheindarlehen) und Schulden beim öffentlichen Bereich. Die Summe aus beiden Schuldenarten

wird als Verschuldung beim nicht-öffentlichen und beim öffentlichen Bereich bezeichnet. Nach der Neukonzeption der Schuldenstatistik sind ab dem Berichtsjahr 2010 neben der bis dahin verwendeten sogenannten fundierten Verschuldung auch Kassenkredite im Schuldenbegriff mitenthalten. Daneben erfragt die Schuldenstatistik bei den kommunalen Körperschaften weitere Schuldenarten, wie

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, den Bestand an kreditähnlichen Rechtsgeschäften (Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden, Restkaufgelder, Schulden aus Leasingverträgen), ÖPP¹-Projekte, Energie-Contracting, Schuldenübernahmen und die Höhe der Bürgschaften,

¹ Öffentlich-private Partnerschaften.

Tab. 1 Schulden der kommunalen Körperschaften in Bayern am 31. Dezember 2017 nach Art der Schulden

Art der Schulden	Kommunale Körper- schaften insgesamt	davon						Zweck- verbände¹	Verwal- tungs- gemein- schaften	
		Gemeinden und Gemeinde- verbände	davon							
			kreisfreie Städte	kreis- an- gehörige Gemeinden	Landkreise	Bezirke				
							Millionen €			
Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich										
Wertpapiere	101,0	101,0	101,0	–	–	–	–	–	–	
Kredite bei										
Kreditinstituten	12 516,8	11 580,9	3 898,9	5 791,0	1 773,4	117,7	886,8	49,0		
sonstigem inländischem Bereich	282,6	282,6	270,9	4,0	2,0	5,7	–	–		
sonstigem ausländischem Bereich										
Euro-Währung	–	–	–	–	–	–	–	–		
Fremdwährung	–	–	–	–	–	–	–	–		
Zusammen	12 900,4	11 964,5	4 270,7	5 795,0	1 775,4	123,4	886,8	49,0		
Schulden beim öffentlichen Bereich										
Schulden										
beim Bund	0,8	0,8	0,0	0,8	–	–	–	–		
der gesetzlichen Sozialversicherung	0,3	0,3	–	0,3	–	–	–	–		
bei sonst. öffentl. Sonderrechnungen	6,8	3,8	–	3,4	0,1	0,2	3,0	–		
bei Ländern	6,8	6,8	0,9	5,3	0,4	0,2	0,0	–		
bei Gemeinden/Gv	31,4	5,4	–	5,1	0,0	0,3	26,0	–		
bei Zweckverbänden und dgl.	0,7	0,7	–	0,7	–	–	–	–		
bei verb. Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	35,7	25,1	–	0,0	25,1	–	10,6	–		
Zusammen	82,5	42,9	1,0	15,6	25,6	0,7	39,6	–		
Schulden beim nicht-öffentlichen und beim öffentlichen Bereich										
zusammen	12 982,9	12 007,4	4 271,7	5 810,6	1 801,0	124,1	926,4	49,0		
darunter Kassenkredite	189,6	180,3	27,1	100,8	1,5	51,0	6,4	2,8		
Weitere Verbindlichkeiten										
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	350,9	344,8	183,3	48,5	71,4	41,6	5,9	0,3		
Bürgschaften										
Haftungssumme insgesamt	3 179,5	3 116,0	1 229,8	736,1	892,6	257,5	63,6	–		
Kreditähnliche Rechtsgeschäfte										
Hypotheken-, Grund- u. Rentenschulden	27,4	27,4	8,2	19,2	–	–	–	–		
Restkaufgelder im Zusammenhang mit Grundstücksgeschäften	218,3	186,2	33,5	147,7	4,9	–	30,1	2,0		
Finanzierungsleasing	26,1	26,0	4,1	16,7	5,3	–	0,1	0,1		
Zusammen	271,8	239,6	45,8	183,6	10,2	–	30,2	2,1		
nachrichtlich: ÖPP-Projekte nach ESVG²	101,4	101,4	0,9	80,0	20,6	–	–	–		
Schulden der Eigenbetriebe										
Schulden										
beim nicht-öffentlichen Bereich	3 871,5	3 871,5	2 709,6	1 125,6	36,3	–	–	–		
beim öffentlichen Bereich	239,2	239,2	129,9	90,3	5,7	13,3	–	–		
Zusammen	4 110,8	4 110,8	2 839,5	1 216,0	42,0	13,3	–	–		
Schulden der Krankenhäuser³										
Schulden										
beim nicht-öffentlichen Bereich	81,8	81,8	31,5	0,7	45,4	4,2	–	–		
beim öffentlichen Bereich	32,7	32,7	0,2	1,1	28,9	2,5	–	–		
Zusammen	114,5	114,5	31,7	1,9	74,3	6,7	–	–		

¹ Ohne kaufmännisch buchende Zweckverbände.

² Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995).

³ Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

Garantien und sonstigen Gewährleistungen. Nicht mehr der Verschuldung ihrer öffentlichen Haushalte zugerechnet werden – in Anpassung an die Abgrenzung des Staatssektors nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) – ab dem Berichtsjahr 1998 die Schulden der kommunalen Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen. Ein Teil der vorherigen Daten hat zusätzliche Bedeutung durch den Maastrichter Vertrag erhalten. Dort wurde festgelegt, dass neben der Entwicklung der Haushaltslage auch die Höhe des öffentlichen Schuldenstandes² der Mitgliedsländer der Währungsunion zu überwachen ist. In diese Berechnung fließen die Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich³ und die Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften der öffentlichen Haushalte der kommunalen Körperschaften ein. Die Schulden ihrer rechtlich selbstständigen Einrichtungen sowie die ihrer wirtschaftlich selbstständigen Einrichtungen (Eigenbetriebe) werden in der Regel nicht dem Staatssektor zugerechnet und gehen dann nicht in die Berechnung ein.

Weiterer Schuldenabbau im Berichtsjahr

Ohne ihre Sondervermögen wiesen die kommunalen Körperschaften am 31. Dezember 2017 beim nicht-öffentlichen und beim öffentlichen Bereich Schulden in Höhe von 12 982,9 Millionen Euro aus.

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Verschuldung um 2,3 % oder 304,5 Millionen Euro geringer geworden. Die Verschuldung je Einwohner⁴ lag bei 1 000 Euro; sie verringerte sich gegenüber dem Jahr 2016 um 31 Euro. Von den Schulden der kommunalen Körperschaften am Ende des Berichtszeitraums entfielen auf die Gemeinden und Gemeindeverbände 92,5 % oder 12 007,4 Millionen Euro, auf die nicht kaufmännisch buchenden Zweckverbände 7,1 % oder 926,4 Millionen Euro und auf die Verwaltungsgemeinschaften 0,4 % oder 49,0 Millionen Euro. Von den Gemeinden und Gemeindeverbänden trugen die kreisfreien Städte 32,9 % oder 4 271,7 Millionen Euro, die kreisangehörigen Gemeinden 44,8 % oder 5 810,6 Millionen Euro, die Landkreise 13,9 % oder 1 801,0 Millionen Euro und die Bezirke 1,0 % oder 124,1 Millionen Euro zur Kommunalverschuldung bei (vgl. Tabelle 1). Die Entwicklung des Schuldenstands der einzelnen Körperschaftsgruppen verlief im Berichtszeitraum unterschiedlich. Während die Zweckverbände (–0,7 %) und die kreisfreien Städte (–0,6 %) die Schulden in ihren Kernhaushalten kaum veränderten, gab es bei den kreisangehörigen Gemeinden (–2,0 %) und den Landkreisen (–9,5 %) Rückgänge zu verzeichnen. Lediglich bei den Verwaltungsgemeinschaften (+1,8 %) und den Bezirken (+32,5 %) war eine deutliche Erhöhung des Schuldenstandes festzustellen.

- 2 Art. 104c Abs. 2 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft.
- 3 Hier: Kreditmarktschulden im weiteren Sinn, die evtl. vorhandene Ausgleichsforderungen berücksichtigen.
- 4 Bei allen Verschuldungszahlen je Einwohner wurde der jeweilige Schuldenstand zum 31. Dezember 2017 auf die Bevölkerungszahlen zum 30. Juni 2017 bezogen.

Abb. 1
Fundierte Verschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände in Bayern seit 1980
in Millionen Euro

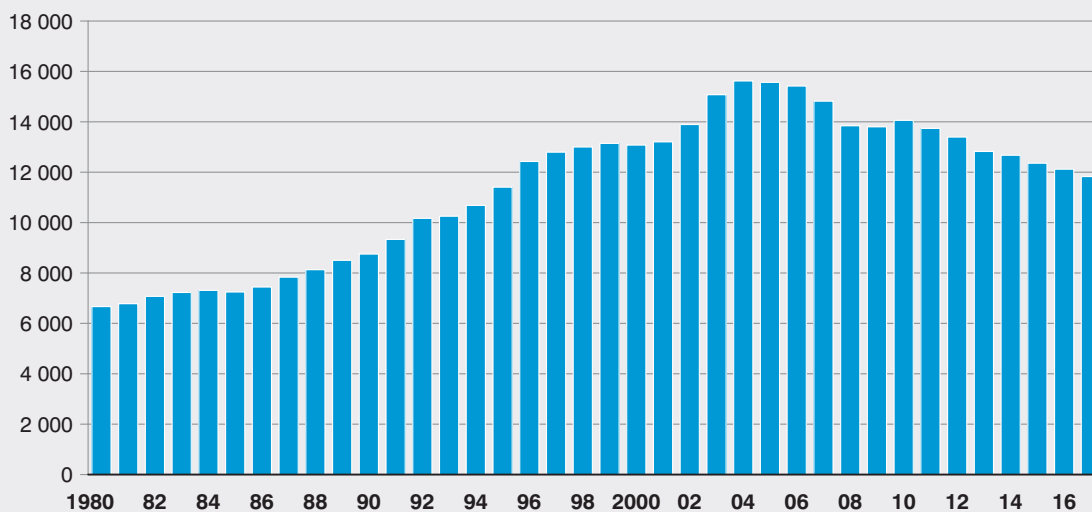
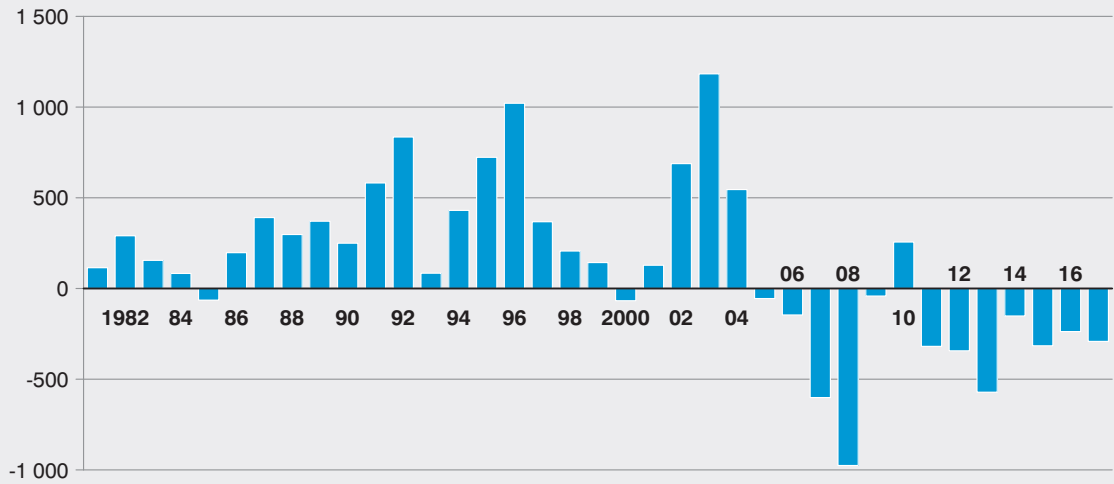


Abb. 2

Nettoneuverschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände in Bayern seit 1981
in Millionen Euro

Die langfristige Entwicklung der Verschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände seit 1980 bzw. 1981 zeigen die Abbildungen 1 und 2. Um die Vergleichbarkeit zu gewährleisten, wurden bei den Jahren 2010 bis 2016 die Kassenkredite herausgerechnet.

Schuldenrückgang bei den kreisangehörigen Gemeinden stärker als bei den kreisfreien Städten

Innerhalb der kreisfreien Städte erhöhten diejenigen mit 200 000 oder mehr Einwohnern ihre Schulden um 0,8% oder 20,5 Millionen Euro. Die Verschuldung je Einwohner nahm jedoch um 3 Euro auf 1 116 Euro (-0,3%) ab. Die kreisfreien Städte mit 100 000 bis unter 200 000 Einwohnern wiesen einen Rückgang um 34 Euro auf 1 155 Euro je Einwohner (-2,8%) auf. Die Städte mit 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern verminderten ihren Schuldenstand um 19 Euro auf 1 098 Euro je Einwohner (-1,7%). Die Städte unter 50 000 Einwohnern hatten bei einem Schuldenstand von 1 058 Euro je Einwohner mit einem Minus von 87 Euro weniger Schulden gegenüber dem Vorjahr (-7,6%) (vgl. Tabelle 2).

Bei den kreisangehörigen Gemeinden war in den meisten Gemeindegrößenklassen ein Abbau des Schuldenstandes zu verzeichnen; im Durchschnitt erfolgte ein Schuldenabbau um 2,0%. Die Gemeinden mit 20 000 oder mehr Einwohnern erhöhten die Verschuldung um 1,1% von 703,7 Millionen Euro auf

711,2 Millionen Euro; die Gemeinden von 10 000 bis unter 20 000 Einwohnern reduzierten diese um 1,5% von 1 485,0 Millionen Euro auf 1 463,3 Millionen Euro. Die Gemeinden mit 5 000 bis unter 10 000 Einwohnern verringerten ihre Schulden um 4,5% von 1 677,0 Millionen Euro auf 1 601,1 Millionen Euro, die Gemeinden mit 3 000 bis unter 5 000 Einwohnern um 2,5% von 965,1 Millionen Euro auf 941,2 Millionen Euro, die Gemeinden mit 1 000 bis unter 3 000 Einwohnern um 0,6% von 1 031,0 Millionen Euro auf 1 024,4 Millionen Euro; die Gemeinden mit unter 1 000 Einwohnern erhöhten ihren Schuldenstand um 7,1% von 64,8 Millionen Euro auf 69,4 Millionen Euro. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich innerhalb der einzelnen Gemeindegrößenklassen Veränderungen ergeben haben. Die Anzahl der Gemeinden insgesamt ist zwar gleich geblieben, überwiegend sind in den Gemeindeklassen jedoch Verschiebungen gegenüber dem Vorjahr aufgetreten: Die Anzahl der Gemeinden mit unter 1 000 Einwohnern nahm um zwei zu, während die der Gemeinden mit 1 000 bis unter 3 000 Einwohnern um sieben abnahm; die Zahl der Gemeinden mit 3 000 bis unter 5 000 Einwohnern nahm um vier zu und die Gemeinden mit 5 000 bis unter 10 000 Einwohnern blieben von der Anzahl gleich. Die Zahl der Gemeinden mit 10 000 bis unter 20 000 Einwohnern verringerte sich um eins, während sich die Zahl der Gemeinden mit 20 000 oder mehr Einwohnern um zwei erhöhte. Für Zeitvergleiche ist daher die Betrachtung der Schulden je Einwohner

Tab. 2 Schulden der kommunalen Körperschaften in Bayern 2017 nach Gemeindegrößenklassen

Körperschaftsgruppe Gemeindegrößenklasse	Schuldenstand ¹ am 31. Dezember 2017							
	Insgesamt		davon				Veränderung insgesamt ggü. 2016	
			Kernhaushalte		Eigenbetriebe und Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen			
Mill. €	€ je Einw.	Mill. €	€ je Einw.	Mill. €	€ je Einw.	Mill. €	%	
Kreisfreie Städte mit . . . Einwohnern								
200 000 oder mehr	4 450,8	1 957	2 537,5	1 116	1 913,3	841	- 37,2	- 0,8
100 000 bis unter 200 000	1 216,7	1 882	747,0	1 155	469,7	727	44,3	3,8
50 000 bis unter 100 000	884,5	1 685	576,4	1 098	308,1	587	- 20,1	- 2,2
unter 50 000	590,9	1 522	410,8	1 058	180,1	464	- 11,3	- 1,9
Zusammen	7 142,9	1 863	4 271,7	1 114	2 871,2	749	- 24,4	- 0,3
Kreisangehörige Gemeinden mit . . . Einwohnern								
20 000 oder mehr	1 168,9	916	711,2	557	457,7	359	69,7	6,3
10 000 bis unter 20 000	2 005,3	941	1 463,3	687	542,0	254	- 49,5	- 2,4
5 000 bis unter 10 000	1 763,6	766	1 601,1	695	162,5	71	- 48,4	- 2,7
3 000 bis unter 5 000	971,8	601	941,2	582	30,6	19	- 37,8	- 3,7
1 000 bis unter 3 000	1 044,2	618	1 024,4	606	19,8	12	- 20,6	- 1,9
unter 1 000	74,6	599	69,4	558	5,2	41	11,2	17,6
Zusammen	7 028,4	769	5 810,6	636	1 217,8	133	- 75,5	- 1,1
Landkreise	1 917,3	210	1 801,0	197	116,3	13	- 205,3	- 9,7
Bezirke	144,0	11	124,1	10	20,0	2	30,2	26,5
Gemeinden und Gemeindeverbände zusammen	16 232,7	1 251	12 007,4	925	4 225,3	326	- 275,0	- 1,7
Zweckverbände ²	926,4	71	926,4	71	–	–	- 6,5	- 0,7
Verwaltungsgemeinschaften	49,0	24	49,0	24	–	–	0,9	1,8
Insgesamt	17 208,1	1 326	12 982,9	1 000	4 225,3	326	- 280,6	- 1,6

1 Schulden beim nicht-öffentlichen und öffentlichen Bereich.

2 Ohne kaufmännisch buchende Zweckverbände.

besser geeignet. Auch bei dieser Betrachtungsweise nahmen in den einzelnen Gemeindegrößenklassen die Schulden überwiegend ab, allerdings mit deutlichen Verschiebungen: In der Gemeindegrößenklasse unter 1 000 Einwohnern erhöhten sich diese um 5,6% oder 30 Euro, bei den Gemeinden mit 1 000 bis unter 3 000 Einwohnern nahmen sie ebenfalls um 0,1% oder 1 Euro zu, während sie sich in den Gemeinden mit 3 000 bis unter 5 000 Einwohnern um 3,4% oder 21 Euro, in den Gemeinden mit 5 000 bis unter 10 000 Einwohnern um 4,9% oder 36 Euro, in den Gemeinden mit 10 000 bis unter 20 000 Einwohnern um 0,8% oder sechs Euro sowie in der Größenklasse mit 20 000 oder mehr Einwohnern um 3,0% oder 17 Euro verringerten.

Verschuldung ganz überwiegend beim nicht-öffentlichen Bereich

Die 12 900,4 Millionen Euro Schulden der kommunalen Körperschaften beim nicht-öffentlichen Bereich waren fast ausschließlich Kredite (vgl. Tabelle 1). Die Kreditinstitute stellten 97,0% (Vorjahr 96,9%) der Ausleihungen, der Rest der Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich waren Wertpapiere (0,8%) oder kam vom sonstigen in- und

ausländischen Bereich (2,2%). Die Verschuldung beim öffentlichen Bereich bezifferte sich auf 82,5 Millionen Euro. Von allen öffentlichen Haushalten sind die größten Kreditgeber der kommunalen Körperschaften die verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen mit 35,7 Millionen Euro, gefolgt von den Gemeinden/Gv mit 31,4 Millionen Euro und sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen sowie dem Land Bayern mit einem Kreditvolumen von jeweils 6,8 Millionen Euro.

Nachfrage nach Kassenkrediten insgesamt niedriger

Neben den Mitteln im Rahmen der fundierten Verschuldung (Wertpapiersschulden und Kredite beim nicht-öffentlichen und öffentlichen Bereich) benötigen die kommunalen Haushalte weitere Fremdmittel. Zur Überbrückung vorübergehender Kassenanspannungen nahmen sie Ende 2017 kurzfristige, nicht besonders gesicherte Darlehen in Höhe von 189,6 Millionen Euro in Anspruch. Diese sogenannten Kassenkredite waren um 6,4 Millionen Euro oder 3,3% niedriger als im Vorjahr. Die kreisfreien Städte, die im Vorjahr mit 80,7 Millionen Euro 41,2% aller von den kommunalen Körperschaften aufgenom-

menen Kassenkredite beanspruchten, ließen sich im Jahr 2017 Überbrückungskredite in Höhe von 27,1 Millionen Euro – also 53,6 Millionen Euro weniger – gewähren. Die kreisangehörigen Gemeinden waren bei einem Stand von 100,8 Millionen Euro und einem Plus von 38,2% stärker mit Kassenkrediten belastet als ein Jahr zuvor. Relativ stark wurden von den Landkreisen die beanspruchten Kassenkredite um 93,8% auf 1,5 Millionen Euro reduziert. Bei den Bezirken wurden 51,0 Millionen Euro an Kassenkrediten verzeichnet, was einer Zunahme um 510% entspricht. Die nicht kaufmännisch buchenden Zweckverbände (+0,2 Millionen Euro) steigerten ihre Kassenkredite auf einen Stand von 6,4 Millionen Euro, während die Verwaltungsgemeinschaften entsprechende Verbindlichkeiten um 0,7 Millionen Euro bzw. 29,7% auf 2,8 Millionen Euro ausweiteten.

Die kreditähnlichen Rechtsgeschäfte, d. h. die Verpflichtungen der kommunalen Körperschaften aus Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden, aus Restkaufgeldern im Zusammenhang mit Grundstücksgeschäften und aus Schulden von Leasingverträgen, haben sich im Berichtszeitraum von 264,0 Millionen Euro auf 271,8 Millionen Euro erhöht. Die Restkaufgelder nahmen um 9,4% auf 218,3 Millionen Euro zu. Die Schulden aus Leasingverträgen verringerten sich von 33,2 Millionen Euro auf 26,1 Millionen Euro; Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden verringerten sich um 11,9% auf 27,4 Millionen Euro. Bei Leasingverträgen meldeten die Berichtsstellen der Schuldenstatistik die insgesamt eingegangenen Verpflichtungen (Leistungssumme) abzüglich der bis zum Ende des Berichtszeitraums geleisteten Tilgungen. ÖPP-Projekte schlugen mit 101,4 Millionen Euro zu Buche. Die Haftungssummen für Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen nahmen um 469,7 Millionen Euro auf 3 179,5 Millionen Euro ab. Diese potenziellen Zahlungsverpflichtungen können zukünftig zu Haushaltsausgaben führen.

Über die Schuldensituation der kommunalen Körperschaften ergibt der Schuldenstand ihrer öffentlichen Haushalte allein noch kein Gesamtbild. Seit Jahren verlagern kommunale Körperschaften Einrichtungen (z. B. der Bereiche Versorgung, Entsorgung, Verkehr) aus ihren Kommunalhaushalten,

um sie in Form von Eigenbetrieben oder rechtlich selbstständigen Unternehmen weiter zu betreiben. Zusätzlich lässt sich verstärkt auch die Umwandlung von bereits wirtschaftlich ausgelagerten Einheiten (Eigenbetrieben) in rechtlich selbstständige Einheiten beobachten. Mit der Ausgliederung der bisher in einem öffentlichen Haushalt geführten Einrichtung gehen meist auch die ihr zurechenbaren Kredite auf die neu errichtete Wirtschaftseinheit über. Damit lässt sich die Schuldensituation des auslagernden öffentlichen Haushalts ohne Bewegung von Geldmitteln verändern. Ein Schuldenvergleich wird erschwert, da sich die Schulden auf den öffentlichen Haushalt, die zugehörigen Eigenbetriebe und die rechtlich selbstständigen Unternehmen der kommunalen Körperschaft verteilen. Vor 2012 wurden bereits die Schulden ihrer Eigenbetriebe entsprechend zugeordnet.

Für die ausgegliederten Bereiche wurde durch die amtliche Statistik für die Erhebung zum 31. Dezember 2012 erstmals eine Zuordnung der Schulden nach Eignern oder Trägern vorgenommen⁵, danach aber wieder ausgesetzt, solange keine sicherere methodische Basis für die Zuordnung geschaffen war. Mittlerweile liegen für den Stand 31. Dezember 2016 hierzu in Arbeitstabellen wieder entsprechende Ergebnisse vor.

In Anpassung an die Neuabgrenzung des Staatssektors nach dem ESVG 1995 werden alle kaufmännisch buchenden Fonds, Einrichtungen und wirtschaftlichen Unternehmen nicht mehr den öffentlichen Haushalten zugeordnet. Ihre Schulden gehen auch nicht in die Bestimmungsfaktoren für die Höhe des Schuldenstandes nach Maastricht ein. Für die aus den öffentlichen Haushalten ausgegliederten und privatisierten kommunalen Aufgaben hat die Kenngröße „Schulden“ nicht mehr die gleiche wichtige Bedeutung wie für den öffentlichen Haushalt selbst. Für ein Wirtschaftsunternehmen steht seine Wirtschaftlichkeit, die Rentabilität, im Vordergrund. Ein Betrieb kann trotz höherer Schulden im Vergleich zum Konkurrenzunternehmen wirtschaftlicher sein. Für ein Unternehmen gilt, dass es zumindest seine Kosten decken muss, ansonsten geht es in Konkurs oder muss vom öffentlichen Haushalt subventioniert werden. Die Subventionie-

5 Detaillierte Ergebnisse können dem Statistischen Bericht „Staats- und Kommunalschulden in Bayern am 31. Dezember 2012“ entnommen werden (www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen).

rung des Unternehmens belastet den öffentlichen Haushalt. Die öffentlichen Haushalte haften jedoch für die Schulden ihrer rechtlich unselbstständigen, aus den Haushalten ausgegliederten Unternehmen.

Schuldenstand der Eigenbetriebe gestiegen

Im Berichtszeitraum erhöhte sich die Verschuldung bei den Eigenbetrieben der kommunalen Körperschaften (ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen) um 9,0 Millionen Euro von 4 101,8 Millionen Euro auf 4 110,8 Millionen Euro. Während die Eigenbetriebe der kreisfreien Städte und der Landkreise ihre Schuldenstände reduzierten, gab es bei den Eigenbetrieben der kreisangehörigen Gemeinden eine Steigerung ihrer Schuldenlast. Bei den Bezirken blieb der Schuldenstand gleich. Die Verschuldung der Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen der kommunalen Körperschaften lag am Ende des Berichtsjahres bei 114,5 Millionen Euro, 14,9 Millionen Euro mehr als noch im Vorjahr. Sie teilte sich auf in 81,8 Millionen Euro Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich und 32,7 Millionen Euro Schulden beim öffentlichen Bereich. Die Schulden der Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen waren mit 64,9% überwiegend Schulden der Landkreise. Nicht in diesen Zahlen enthalten sind die rechtlich selbstständigen Krankenhäuser.

Der Schuldenstand dieser Sondervermögen der kommunalen Körperschaften betrug zusammen 4 225,3 Millionen Euro. Davon waren 93,6% Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich. Fasst man die Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich und beim öffentlichen Bereich von den kommunalen Körperschaften und von ihren Eigenbetrieben bzw. Krankenhäusern mit kaufmännischem Rechnungswesen zusammen, ergibt sich ein Schuldenstand von 17 208,1 Millionen Euro oder 1 326 Euro je Einwohner. Bei Ländervergleichen werden als Maßstab für die kommunale Verschuldung meist nur die Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich der Gemeinden und Gemeindeverbände herangezogen. Hier ergibt sich zum 31. Dezember 2017 ein Schuldenstand von 11 964,5 Millionen Euro oder 922 Euro je Einwohner. Für das Vorjahr lauteten die Vergleichszahlen 12 201,0 Millionen Euro und 947 Euro je Einwohner.

Schulden außerhalb der Kernhaushalte insgesamt deutlich höher

Neben den bisher beschriebenen Schulden bei den Kernhaushalten und Eigenbetrieben der kommunalen Körperschaften bestanden Schulden bei rechtlich selbstständigen Einrichtungen und Unternehmen des kommunalen Sektors in Höhe von 2 354 Millionen Euro bei öffentlich-rechtlichen sowie 15 629 Millionen Euro bei privatrechtlichen Berichtseinheiten. Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sich diese Schulden um insgesamt 7,9%. Neben Schuldenstand und Nettoneuverschuldung⁶ weist die Statistik auch die im Berichtsjahr erfolgten Schuldenaufnahmen und Tilgungen aus.

Insgesamt weniger Schuldenaufnahmen

Die Haushalte der kommunalen Körperschaften nahmen im Berichtsjahr beim nicht-öffentlichen und beim öffentlichen Bereich 1 606,0 Millionen Euro an Schulden auf (vgl. Tabelle 3), das sind 8,1% oder 141,0 Millionen Euro weniger als im Vorjahr. Zugenommen haben die Schuldenaufnahmen nur bei den kreisfreien Städten, und zwar um 106,4 Millionen Euro (+14,5%). Sie verringerten sich bei den kreisangehörigen Gemeinden um 62,1 Millionen Euro (-10,0%), weiterhin bei den Landkreisen um 167,4 Millionen Euro (-6,7%), bei den Bezirken um 4,0 Millionen Euro (-49,1%) und bei den Verwaltungsgemeinschaften um 9,3 Millionen Euro (-8,8%). Auch bei den Zweckverbänden nahmen sie um 4,5 Millionen Euro (-48,4%) ab. Die von den kommunalen Haushalten im Berichtszeitraum beim nicht-öffentlichen Bereich neu beschafften Fremdmittel in Höhe von 1 592,7 Millionen Euro stellten zu 95,6% (2016: 89,6%) Kreditinstitute bereit. Nach den Regelungen des Europäischen Systems gelten als „kurzfristig“ Kredite mit einer Laufzeit bis einschließlich einem Jahr, als „mittelfristig“ Kredite über einem Jahr und unter fünf Jahren und als „langfristig“ werden Kredite mit einer Laufzeit von fünf oder mehr Jahren bezeichnet. Nach dieser Definition setzten sich die Schuldenaufnahmen der kommunalen Haushalte beim nicht-öffentlichen und beim öffentlichen Bereich im Berichtsjahr zu 73,6% aus langfristigen, zu 19,7% aus kurzfristigen und zu 6,7% aus mittelfristigen Mitteln zusammen. Der Anteil der langfristigen Kredite hat im Berichtszeitraum zu Gunsten der kurz- und mittelfristigen Mittel abgenommen. Die

6 Saldo aus Schuldenaufnahmen, Tilgungen und sonstigen Schuldenzu- und -abgängen (einschl. sonstiger Berichtigungen).

Tab. 3 Schuldenaufnahmen und -tilgungen der kommunalen Körperschaften in Bayern 2017

Art der Schulden	Kommunale Körper- schaften insgesamt	davon						Zweck- verbände ¹	Verwal- tungs- gemein- schaften
		Gemeinden und Gemeinde- verbände	davon						
			kreisfreie Städte	kreis- an- gehörige Gemeinden	Landkreise	Bezirke			
Millionen €									
Schuldenaufnahmen									
Wertpapiere	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Kredite bei Kreditinstituten	1 523,0	1 425,1	772,1	557,4	91,4	4,2	93,1	4,8	
sonstigem inländischem Bereich	69,7	69,7	69,5	0,2	–	–	–	–	
sonstigem ausländischem Bereich									
Euro-Währung	–	–	–	–	–	–	–	–	
Fremdwährung	–	–	–	–	–	–	–	–	
Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich	1 592,7	1 494,8	841,6	557,6	91,4	4,2	93,1	4,8	
Schulden beim öffentlichen Bereich	13,3	9,9	0,1	1,5	8,3	–	3,4	–	
Schulden beim nicht-öffentlichen und beim öffentlichen Bereich zusammen	1 606,0	1 504,6	841,6	559,1	99,7	4,2	96,5	4,8	
Außerdem									
Schulden der Eigenbetriebe	277,0	277,0	166,1	110,9	–	–	–	–	
Schulden der Krankenhäuser ²	14,8	14,8	4,8	–	10,0	–	–	–	
Schuldentilgungen									
Wertpapiere	0,0	0,0	0,0	–	–	–	–	–	
Kredite bei Kreditinstituten	1 811,0	1 706,3	729,1	704,0	259,2	14,0	100,7	4,1	
sonstigem inländischem Bereich	86,7	86,7	83,2	3,5	–	–	–	–	
sonstigem ausländischem Bereich									
Euro-Währung	–	–	–	–	–	–	–	–	
Fremdwährung	–	–	–	–	–	–	–	–	
Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich	1 897,7	1 793,0	812,3	707,5	259,2	14,0	100,7	4,1	
Schulden beim öffentlichen Bereich	12,1	9,9	0,1	2,5	6,6	0,7	1,7	0,5	
Schulden beim nicht-öffentlichen und beim öffentlichen Bereich zusammen	1 909,9	1 802,9	812,4	710,0	265,8	14,8	102,4	4,6	
Außerdem									
Schulden der Eigenbetriebe	331,4	331,4	214,0	114,3	3,0	–	–	–	
Schulden der Krankenhäuser ²	9,9	9,9	1,1	0,5	7,1	1,2	–	–	

1 Ohne kaufmännisch buchende Zweckverbände.

2 Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

Schuldenaufnahmen beliefen sich bei den Eigenbetrieben der kommunalen Körperschaften auf 277,0 Millionen Euro (2016: 359,6 Millionen Euro) und bei den Krankenhäusern auf 14,8 Millionen Euro (2016: 34,3 Millionen Euro).

Auch Schuldentilgung hat abgenommen

Die Tilgungen der Haushalte der kommunalen Körperschaften fielen mit 1 909,9 Millionen Euro um

64,3 Millionen Euro niedriger als im Vorjahr aus. Beim nicht-öffentlichen Bereich wurden 1 897,7 Millionen Euro und beim öffentlichen Bereich 12,1 Millionen Euro Darlehensschulden abgebaut (vgl. Tabelle 3). Die Eigenbetriebe leisteten mit 331,4 Millionen Euro um 24,2 Millionen Euro weniger Rückzahlungen von Fremdmitteln; die Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen tilgten 9,9 Millionen Euro, dies waren 4,2 Millionen Euro mehr als im Vorjahr.

Die Ausländer in Bayern

Ein historischer Überblick von 1871 bis 1954

Von Viktor Richter, Sachbearbeiter im Bayerischen Statistischen Landesamt

Kriege, Wirtschaftsdepressionen und politische Umwälzungen in den letzten Jahrzehnten haben die Zahl und die nationale Zusammensetzung der auf bayerischem Boden lebenden Ausländer jeweils wesentlich beeinflusst. Derzeit besitzt das Land Bayern mit 13 Ausländern auf 1000 Einwohner den höchsten Ausländeranteil von allen Ländern des Bundesgebietes. Außerdem hat die politische Ent-

wicklung zur Bildung von Ausländergruppen mit besonderem Rechtsstatus geführt (Staatenlose, Displaced Persons, heimatlose Ausländer, ausländische Flüchtlinge).

In der folgenden Untersuchung wird dabei zum ersten Mal ein Überblick über die Zahl und die nationale Zusammensetzung der Ausländer in Bayern seit 1871 gebracht.

I.

Die Zahl und die Nationalität der Ausländer im Königreich Bayern in den Jahren vor dem ersten Weltkrieg (1871 bis 1910)

Einen Überblick über die Entwicklung der Zahl der Ausländer und ihres jeweiligen Anteils an der bayerischen Bevölkerung von 1871 bis 1910 vermittelt die folgende Zusammenstellung von Ergebnissen einiger in diesen Jahren durchgeführten Volkszählungen.

Übersicht 1. Bevölkerung und Ausländer im Königreich Bayern 1871 bis 1910

Jahr der Volkszählung	Bevölkerung insgesamt	darunter Ausländer	
		Zahl	vH
1871	4 863 450	53 692	1.1
1880	5 284 778	56 265	1.1
1890	5 594 982	74 313	1.3
1900	6 176 057	106 754	1.7
1910	6 887 291	134 122	2.0

Gefördert durch die günstige Wirtschafts- und Arbeitslage der Jahre vor dem 1. Weltkrieg kann für diesen Zeitabschnitt eine stetige Zunahme der Ausländerzahl von Zählung zu Zählung beobachtet werden. Sowohl die absolute Zahl der Ausländer als auch ihr jeweiliger Bevölkerungsanteil war im Grunde genommen in Bayern immer sehr hoch, vor allem wenn man diese Zahlen mit der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen und nach 1951 vergleicht (1933: rd. 66 000 Ausländer = 0.9 vH; seit 1951: rd. 120 000 Ausländer = 1.3 vH der Bevölkerung). Trotzdem gab es aber kein „Ausländerproblem“ im heutigen Sinne. Dies wird auch verständlich, wenn man sich vor Augen hält, daß die Ausländer damals in der Hauptsache in der bayerischen Wirtschaft tätig waren. Zudem kamen die Ausländer in diesen Jahren überwiegend aus Ländern, die stammesgemäß und wirtschaftlich aufs engste mit dem Königreich Bayern verbunden waren. Die Hauptmasse der Ausländer kam nämlich aus der benachbarten Österreichisch-Ungarischen Monarchie. Von den zum Beispiel bei der Volkszählung im Jahre 1880 gezählten 56 300 Ausländern waren fast 47 000 österreichisch-ungarische Staatsbürger, dann folgten mit großem Abstand 3 800 Schweizer Bürger. Rund neun Zehntel aller Ausländer hatten in den Volkszählungen zwischen 1871 und 1910 deutsch als Muttersprache angegeben.

Bis zum Jahre 1910 war die Ausländerzahl auf 134 000 angestiegen. Die nationale Zusammensetzung der Ausländer hatte sich von 1871 bis 1910 nur geringfügig geändert. Im Jahre 1910 bildeten 108 700 Staatsangehörige der Österreichisch-Ungarischen Monarchie die weitaus stärkste Gruppe. An der zweiten Stelle stand Italien mit rund 6 900 Personen, knapp gefolgt von 6 800 Schweizer Bürgern. An 4. Stelle stand Rußland mit rund 4 100 Personen.

Die Zahl der Staatsangehörigen anderer europäischer und außereuropäischer Länder war, gemessen an der Gesamtzahl der in Bayern lebenden Ausländer, im großen und ganzen unbedeutend. Hierzu ist immerhin noch zu bemerken, daß sich im Jahre 1910 im Königreich Bayern rund 2 500 amerikanische Staatsbürger aufgehalten haben.

Die Ausländer in Bayern in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen (1925 bis 1933)

Der erste Weltkrieg hat die bisher aufgezeigte Entwicklung unterbrochen. In den ersten Nachkriegsjahren, vor allem in der Inflationszeit, setzte ein starker Zustrom von Ausländern nach Bayern ein, dem alsbald eine starke Abwanderung folgte. Die sich fortgesetzt verschlechternde allgemeine wirtschaftliche Lage gegen Ende der 20er Jahre und die verschiedenen staatlichen Restriktionsmaßnahmen gegen die Einwanderung fremder Arbeitskräfte trugen dazu bei, daß sich bereits 1925 (Volkszählung am 16. Juni 1925) in Bayern 97 100 und 1933 sogar nur noch 65 700 Ausländer aufhielten (1910: rd. 134 000). Zwischen diesen beiden Jahren verminderte sich der Anteil der Ausländer an der bayerischen Bevölkerung von 1.3 auf 0.9 vH (1910: 2 vH).

Unter den in der Volkszählung 1925 gezählten rund 95 700 Ausländern mit „bestimmter Staatsangehörigkeit“ (ohne 1533 Staatenlose, die hier zum erstenmal statistisch erfaßt und noch gesondert von den Ausländern geführt wurden) bildeten folgende Staaten die bedeutendsten Gruppen:

Staatsangehörigkeit	Personenzahl	vH der Ausländer
Osterreich	36 023	37.7
Tschechoslowakei	34 437	36.0
Polen	5 779	6.0
Schweiz	5 294	5.5
Italien	3 776	3.9
UdSSR	1 929	2.0
Ungarn	1 709	1.8
Frankreich	1 542	1.6
Jugoslawien	1 200	1.3
USA	835	0.9

Alle übrigen hier nicht genannten Länder stellen zusammen nur noch 3.3 vH aller in Bayern ansässigen Ausländer (abgesehen von den Staatenlosen).

Zum ersten Male tauchte nach Beendigung des 1. Weltkrieges neben den Ausländern, d. h. den Personen, die in der Regel ins Deutsche Reich bzw. ins ehemalige Königreich Bayern gekommen sind, um hier in erster Linie ihren Lebensunterhalt zu verdienen, auch der politische Flüchtling auf. Die Nachkriegswirren und die politischen Veränderungen, so beispielsweise der Zerfall der Österreichisch-Ungarischen Monarchie in mehrere selbständige, alsbald rivalisierende Nationalstaaten, ferner die Abtretung Elsaß-Lothringens an Frankreich und Ost-Oberschlesiens an Polen und, nicht zu vergessen, die russische Oktober-Revolution im Jahre 1917, haben nicht nur die nationale Zusammensetzung der Ausländer wesentlich beeinflusst, sondern vor allem auf dem Gebiete des Staatsangehörigkeitsrechtes zu Unklarheiten geführt.

Viele aus politischen Gründen geflüchtete Ausländer hatten praktisch ihre Staatsangehörigkeit verloren und konnten den normalerweise vom zuständigen Konsulat gewährten Rechtsschutz nicht mehr in Anspruch nehmen. Um diesen Personen die menschlichen Grundrechte zu sichern, hatte der Völkerbund mit verschiedenen Staaten Abkommen getroffen, in denen sich diese zu einer Sonderbehandlung der politischen Flüchtlinge gegenüber den anderen Ausländern verpflichteten. Dieser Personenkreis

wurde als „Staatenlos“ bezeichnet und erhielt als Paßersatz den sogenannten „Nansenpaß“. Im Jahre 1925 (Volkszählung am 16. Juni 1925) wurden rund 1 500 Staatenlose gezählt, von ihnen hatten allein 84 vH deutsch als Muttersprache angegeben. Bis 1933 war ihre Zahl auf beinahe 2 600 angestiegen, dagegen hatte sich in diesem Zeitraum die Zahl der in Bayern lebenden Russen von 1 900 auf 300 Personen verringert, d. h. ehemals russische Staatsangehörige hatten sich zum Teil um den „Nansenpaß“ bemüht.

Die zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die beginnende große Arbeitslosigkeit Ende der 20er Jahre führten — wie bereits erwähnt — zu einer verstärkten Abwanderung der Ausländer. Zahlenmäßig waren dabei die Österreicher und die Tschechoslowaken am stärksten beteiligt. Die Staatsangehörigen dieser beiden Länder waren 1933 mit nur noch je 23 500 Personen in Bayern gleich stark vertreten, stellten jedoch zusammen immer noch 72 vH aller in Bayern lebenden Ausländer (1925: 74 vH). Die Zahl der Polen hatte sich dagegen von 1925 bis 1933 verdoppelt. Mit 3 700 Staatsangehörigen (1925: 1 900 Personen) standen die Polen 1933 der Zahl nach an 3. Stelle unter allen sich in Bayern aufhaltenden Ausländern, ihnen folgten 3 300 Schweizer und 2 700 Italiener.

Im Fragebogen der Volkszählungen 1925 und 1933 hatten noch rund neun Zehntel aller Ausländer in Bayern deutsch als Muttersprache angegeben.

Kurz vor Ausbruch des zweiten Weltkrieges (1939)

Der nach 1933 erneut einsetzende wirtschaftliche Aufschwung sowie der durch die Aufrüstung bedingte große Bedarf an Arbeitskräften führte, trotz Emigration zahlreicher dem nationalsozialistischen Regime nicht genehmer Personen, wieder zu einem Ansteigen der Ausländerzahl. Diese Zunahme kommt allerdings in der durch die Volkszählung am 17. Mai 1939 ermittelten Ausländerzahl nicht mehr zum Ausdruck, denn diese Volkszählung fiel ja bereits in die Zeit, die den zweiten Weltkrieg einleitete. Österreich, das Sudetenland und das Memelland waren kurz zuvor ins Deutsche Reich eingegliedert worden. Dies bedeutete, daß die 1933 noch als Ausländer gezählten Österreicher und der weitaus größte Teil der Tschechoslowaken (1933 fast 100 vH mit deutscher Muttersprache) zu deutschen Staatsangehörigen wurden.

Die politischen Umwälzungen in jenen Tagen brachten es mit sich, daß die Zahl der Ausländer ungewöhnlich stark zurückging. 1939 befanden sich in Bayern (heutiger Gebietsstand) knapp 26 000 Ausländer¹⁾, der Anteil der Ausländer an der damaligen Bevölkerung betrug 0,4 vH. Von diesen Ausländern hatten zudem noch rd. 45 vH deutsch als Muttersprache angegeben.

Die meisten Ausländer waren Italiener, Jugoslawen, Schweizer sowie Personen aus dem Protektorat Böhmen und Mähren. Die Schweizer Bürger waren übrigens in Bayern 1939 in der gleichen Stärke vertreten wie schon 1933, während die Zahl der Italiener in diesen 6 Jahren sich verdoppelte und die Zahl der Jugoslawen sich mehr als verdreifacht hatte. Von 1933 bis 1939 hat sich demgegenüber die Zahl der polnischen Staatsangehörigen auf etwa die Hälfte (1933: 3 782 Personen, 1939: 1 875 Personen) vermindert. Rund 1 000 Menschen besaßen die ungarische Staatsangehörigkeit. Von den Angehörigen außereuropäischen Staaten waren rd. 700 oder zwei Drittel aller außereuropäischen Ausländer Bürger der Vereinigten Staaten von Amerika. Die Zahl der Staatenlosen war geringfügig auf 2 700 Personen angestiegen.

Die Ausländer in Bayern 1945 bis 1952

Im Verlaufe des zweiten Weltkrieges mehrten sich infolge des großen Kräftebedarfs der deutschen Kriegsindustrie ausländische Arbeitskräfte sehr stark. So wurden aus den von den deutschen Armeen besetzten Nachbarstaaten viele Ausländer zum „Arbeitseinsatz“ in Industrie und Landwirtschaft herangeholt oder als Zwangsarbeiter ins Reich verbracht. In der vom ehemaligen Statistischen Reichsamt erstellten „Kriegswirtschaftlichen Kräftebilanz“, einer Totalerhebung, die während des Krieges jeweils zum 31. Mai eines Jahres nach wehrwirtschaftlichen und rüstungspolitischen Gesichtspunkten erstellt wurde, sind im Jahre 1944 in

Bayern allein 385 000 erwerbstätige Ausländer festgestellt worden. Wenn man weiterhin bedenkt, daß im Verlaufe der Kriegseignisse 1944/45 weitere zehntausende von Ausländern, hauptsächlich aus den Oststaaten — teils zwangsweise, teils freiwillig — nach Bayern hereinkamen, dürfte die Zahl von rund 650 000 Ausländern, die sich zur Zeit der Kapitulation im Mai 1945 in Bayern aufhielten, eher zu niedrig als zu hoch geschätzt sein.

Nach Einstellung der Feindseligkeiten kehrte ein großer Teil der Ausländer in die Heimatstaaten zurück oder war von der United Nations Relief and Rehabilitation Association, kurz UNRRA genannt, dorthin zurückgebracht worden. In der ersten bereits Ende Juni 1945 durchgeführten und auf Schätzzahlen basierenden Ausländererhebung des Bayerischen Statistischen Landesamts wurden noch 455 000 Ausländer gezählt. Sie verteilten sich nach Nationalitäten wie folgt:

Nationalität	Personenzahl	vH der Ausländer
Polen	214 200	47,1
Südosteuropäische Staaten . .	88 200	19,4
Russen	76 700	16,9
Italiener	21 800	4,8
Tschechoslowaken	9 800	2,1
Sonstige	44 300	9,7

Die nach Beendigung des Krieges sich rasch ändernden politischen Verhältnisse, vor allem die Furcht vor Verfolgung im Heimatland, veranlaßten eine beachtliche Zahl von Ausländern, meist aus ost- und südosteuropäischen Ländern, die von den Alliierten betriebene Zwangsrepatriierung abzulehnen. Auch der Umstand, daß die Alliierten den größten Teil der über ganz Deutschland verstreuten Ausländer und Zwangsarbeiter zur Betreuung und Repatriierung in Süddeutschland sammelten, hatte zur Folge, daß die Ausländerzahl sich nach einer kurzen rückläufigen Bewegung wieder erhöhte.

Es ist noch zu erwähnen, daß zur Unterbringung der Ausländer und Zwangsarbeiter von den Besatzungsmächten Lager requiriert wurden, wobei neben ausgesprochenen Massenlagern auch Stadtteile, Einzelhäuser, Hotels und sonstige Gebäude herangezogen wurden.

Die völlig neue politische Situation nach 1945 brachte es mit sich, daß die Ausländerfrage ein dringend zu lösendes Problem wurde. Neue Verhältnisse schaffen auch immer neue Rechtsbegriffe. Wie erwähnt, wurde schon nach dem ersten Weltkrieg der Rechtsbegriff des „Staatenlosen“ durch den Völkerbund in die internationale Flüchtlingsterminologie eingeführt. Die Militärregierung und die UNRRA bezeichneten diejenigen Ausländer, die während des Krieges nach Deutschland gekommen waren, als „Displaced Persons“, abgekürzt „DP“, und versahen diesen Personenkreis mit einem besonderen DP-Ausweis. Es ist jedoch nicht zutreffend, Displaced Persons etwa mit dem deutschen Wort „Verschleppte“ zu bezeichnen. Nach der amtlichen Definition dieses Begriffes²⁾ galten nämlich nicht nur solche Ausländer, die während des Krieges ihren normalen Wohnsitz verlassen mußten oder aus ihm entfernt wurden, als Displaced Persons, sondern auch solche, die nach dem Kriege diesen aus besonderen Gründen verlassen haben. Diese DP's wurden in den Lagern und sonstigen Unterkünften auch vollständig versorgt. Sie waren der deutschen Gerichtsbarkeit und Polizeigewalt fast vollständig entzogen.

Am 12. Februar 1946 entschied sich die Vollversammlung der Vereinten Nationen für den Grundsatz der Freiwilligkeit der Rückkehr der DP's in die Heimatstaaten. Zur Betreuung, Förderung der Rückwanderung und Umsiedlung wurde als Nachfolgerin der UNRRA eine neue Organisation, die „Internationale Flüchtlingsorganisation“ (IRO) gegründet. Für die Umsiedlung in andere Länder sollten nur diejenigen DP's in Frage kommen, die „abschließend und endgültig ausreichende Gründe vorbringen, um nicht in die Heimat zurückzukehren“³⁾. Als ausreichende Gründe wurden in einem Beschluß des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen vom 16. Februar 1946 „begründete Furcht vor Verfolgung“⁴⁾ und andere Einwände politischer Art bezeichnet. Durch diesen Entscheid des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen wurde das ganze Problem zu einem Flüchtlingsproblem.

¹⁾ In Übersicht 4 auf Seite 39 sind die 1939 ermittelten Ausländer und Staatenlosen gegliedert nach ihrer Staatsangehörigkeit für Bayern ein s c h l. Pfalz aufgeführt. — ²⁾ Statut der Internationalen Flüchtlings-Organisation (IRO) und Abmachung über die Übergangsmaßnahmen, Institut für Besatzungsfragen „Das DP-Problem“ — Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, Seite 160 ff. — ³⁾ Ebenda Seite 167. — ⁴⁾ Ebenda Seite 163.

Die von der IRO organisierte Umsiedlung

Wie sich die Ausländerzahl in Bayern seit der Gründung der IRO im Frühjahr 1946 bis zu deren Auflösung im Jahre 1950 entwickelte, zeigt die folgende Zusammenstellung von Zählungsergebnissen aus Erhebungen des Bayerischen Staatsministeriums des Innern und des Bayerischen Statistischen Landesamts, ergänzt durch entsprechende Angaben der IRO aus dem „Summary of DP-Population“.

Übersicht 2. Ausländer in und außerhalb von IRO-Lagern in Bayern 1946 bis 1950

Jahr und Stichtag	Ausländer insgesamt	davon	
		in	außerhalb von
		IRO-Lagern	
1946 31. März	351 608	191 000	160 608
30. September	426 859	287 056	139 803
1947 31. März	386 045	243 320	142 725
30. September	367 799	229 388	138 461
1948 31. März	350 063	204 579	145 484
30. September	328 012	183 358	144 654
1949 31. März	283 573	150 060	133 513
30. September	219 960	100 962	118 998
1950 31. März	193 662	78 636	115 026

Bis zum Herbst 1946, als die durch die IRO organisierte Umsiedlung eigentlich einsetzte, war die Zahl der Ausländer sowohl durch neuen Zuzug aus der britischen, französischen und sowjetischen Besatzungszone als auch aus dem Ausland auf insgesamt rund 427 000 Personen — einschl. rund 287 000 DP's in IRO-Lagern — angestiegen. Der Anteil der Ausländer an der bayerischen Bevölkerung betrug zu dieser Zeit 4,2 vH.

Obwohl in der Folgezeit noch ununterbrochen Tausende von ausländischen Flüchtlingen — zum Teil aus Angst vor Verfolgung in östlichen Staaten, zum Teil nachgezogen von zwangsweise hereingebrachten Kriegsarbeitern — nach Bayern kamen, ist es der IRO durch tatkräftiges Unterstützen der Auswanderungsbestrebungen dieses Personenkreises gelungen, die Ausländerzahl Bayerns langsam zu verringern. An eine Eingliederung der Ausländer in den bayerischen Wirtschaftsprozess konnte damals selbstverständlich noch nicht gedacht werden, z. T. wurde sie auch nicht angestrebt.

Im Verlauf zweier Jahre, also bis zum Herbst 1948, die Zahl der Ausländer in Bayern von 428 000 um rund 100 000 auf 328 000 Personen zurückgegangen. Zu dieser Zeit waren rund 183 000 Ausländer in den IRO-Lagern untergebracht und rund 145 000 lebten in Privatquartieren. Diese wiederum setzten sich zusammen aus rund 21 000 Ausländern, die schon vor dem Kriege in Deutschland gelebt hatten, ferner aus rund 124 000 Personen, die teils während des Krieges (60 000 Ausländer), teils erst nach 1945 zugezogen waren (64 000 Ausländer). Ihre nationale Zusammensetzung ist im einzelnen aus dem in Übersicht 4 aufgeführten Ergebnis der 2. Ausländerzählung am 30. September 1948 des Bayerischen Statistischen Landesamts, ergänzt durch entsprechende Zahlenangaben aus dem „Summary of DP-Population“ (in IRO-Lagern untergebrachte DP's) zu entnehmen.

Zu dieser Zeit, also im Herbst 1948, stammten rund 80 vH der Ausländer aus ost- und südosteuropäischen Staaten. Unter diesen Ausländern fällt besonders der große zahlenmäßige Anteil der Polen auf. Mit 152 300 Personen oder 46 vH stellten sie einschließlich der Ukrainer und Juden aus Polen fast die Hälfte aller Ausländer in Bayern. Sie waren größtenteils in IRO-Lagern untergebracht, rund 40 000 wurden in Privatquartieren gezählt. Auch die Angehörigen der ehemals baltischen Staaten waren verhältnismäßig stark vertreten. Mit rund 54 900 Personen oder 17 vH der Ausländer folgten sie als nächststärkste Gruppe. Zu ihnen gehörten 8 800 Esten, 28 300 Letten und 17 700 Litauer. Auch die Balten wurden überwiegend in IRO-Lagern betreut, nur rund 10 000 lebten in Privatquartieren. Von den Angehörigen der üb-

rigen ost- und südosteuropäischen Staaten sind noch folgende Länder zu erwähnen:

Staatsangehörigkeit	Ausländer		darunter in IRO-Lagern
	Zahl	vH aller Ausländer	
Ungarn	20 726	6,3	2 491
Jugoslawien	12 023	3,7	3 643
UdSSR	10 086	3,1	1 746
Tschechoslowakei	8 127	2,5	3 827
Rumänien	5 755	1,8	1 655

Es zeigt sich, daß von diesen Ausländergruppen nur ein geringerer Teil von der IRO in Lagern betreut wurde. Bei 6 200 Ausländern — davon lebten 3 480 in IRO-Lagern — konnte die Staatsangehörigkeit nicht ermittelt werden bzw. war damals noch ungeklärt. 20 000 Ausländer — davon 9 000 in IRO-Lagern — gaben an, Staatenlose zu sein.

Den Hauptanteil unter den deutschsprachigen Ausländern stellten im Herbst 1948 Österreich mit rund 20 600 Personen (6 vH der Ausländer) und die Schweiz mit 1 900 Personen (0,6 vH der Ausländer). Der Anteil der Italiener, die 1939 die stärkste Ausländergruppe repräsentierten, an der Gesamtzahl der in Bayern lebenden Ausländer, war inzwischen auf 1,0 vH abgesunken. Die Angehörigen von außereuropäischen Staaten waren nur mit 4 100 Personen oder 1,3 vH an der Gesamtzahl der Ausländer beteiligt. Darunter befanden sich — um die wichtigsten Gruppen noch herauszugreifen — über 1 000 Staatsangehörige der USA, die nicht zur Besatzungsmacht zählten, und rund 2 300 Türken.

Ein Jahr später, im Herbst 1949 war die Zahl der Ausländer von 328 000 um weitere 108 000 auf insgesamt 220 000 Personen zurückgegangen. Die Zahl der Ausländer in IRO-Lagern verminderte sich hierbei um rund 80 000 Personen und hatte dadurch einen Stand von rund 101 000 Personen erreicht.

Aber bereits im Verlauf des Jahres 1949 entstanden bei der Auswanderung der Ausländer Schwierigkeiten, die der seit 1946/47 eingeleiteten Entwicklung andere Wege wiesen. Es zeigte sich, daß die Aufnahmeländer bei ihrer Auswahl der aufzunehmenden DP's gewisse Bedingungen stellten. So waren zum Beispiel in den Aufnahmeländern entweder nur Facharbeiter (Spezialisten), oder nur ungelernete Arbeiter, entweder nur alleinstehende und unabhängige Personen oder nur große Familien erwünscht. Fast alle Aufnahmeländer weigerten sich, ältere oder kranke Menschen, alleinstehende Kinder und selbst auch Intellektuelle, die keine spezielle Ausbildung besaßen und demzufolge im neuen Land sehr schwer unterzubringen waren, in ihre Länder einwandern zu lassen. Hierdurch fand bei der Umsiedlung gleichzeitig ein Ausleseprozeß statt. Für die nichtqualifizierten Personen bestand also kaum mehr eine Auswanderungsmöglichkeit. Diese Tatsache veranlaßte am 2. Februar 1950 die westlichen Alliierten, in einer Note an die Bundesregierung die Übergabe der wahrscheinlich nicht umsiedelbaren DP's in deutsche Obhut ab 1. Juli 1950 anzukündigen.

Am 31. März 1950, als die IRO bereits ihre Tätigkeit einstellen sollte, wurden in Bayern noch rund 193 000 Ausländer gezählt, darunter rund 78 000 Personen in IRO-Lagern. Von diesen 78 000 DP's in IRO-Lagern sollten noch 60 000 auswandern, rund 18 000 sollten in deutsche Obhut übergeben werden. Wie Übersicht 3 zeigt, konnten die „in Umsiedlung begriffenen DP's“, d. h. diejenigen Personen, die noch für eine Auswanderung in Frage kamen, von der IRO erst im Verlauf weiterer zwei Jahre in anderen Ländern untergebracht werden.

Übersicht 3. Die Ausländer in Bayern in und außerhalb von IRO-Lagern 1950 bis 1952

Jahr und Stichtag	Ausländer insgesamt	davon		darunter in Lagern unter deutscher Verwal- tung
		in	außerhalb von	
		IRO-Lagern		
1950 30. September	169 137	46 886	122 251	10 717
1951 31. März	150 865	30 421	120 444	10 056
30. September	133 136	16 042	117 094	12 777
1952 31. März	117 538	—	117 536	15 044

Quelle: „Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamts“, 87. Jahrgang 1955

Am 31. Januar 1952 war die IRO endgültig aufgelöst worden. Ende März 1952 befanden sich keine DP's mehr in IRO-Lagern. Aber auch die Zahl der Ausländer in Privatquartieren war, größtenteils durch die von der IRO gewährten Auswanderungshilfe, auf 117 500 Personen zurückgegangen (1948 noch rund 145 000 Personen).

Seit 1. Juli 1950 hatte die IRO insgesamt 21 Ausländerlager mit insgesamt 31 300 DP's in deutsche Verwaltung übergeben. Die Belegung der in deutsche Verwaltung übernommenen Lager erreichte am 1. November 1951 mit 23 800 Personen den höchsten Stand. Die Belegungsziffer dieser Lager ging in der Folgezeit, hauptsächlich durch Einweisung der Lagerinsassen in besondere DP-Neubauwohnungen, ständig zurück. Am 31. März 1952 waren noch etwas über 15 000 DP's in Lagern untergebracht, außerdem befanden sich in diesen Lagern zum gleichen Stichtag noch rund 3 700 inzwischen wieder neu hinzugekommene ausländische Flüchtlinge, meist Tschechen.

Neue Rechtsstellung ausländischer Flüchtlinge

Zur Regelung des rechtlichen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Status der in Deutschland voraussichtlich verbleibenden DP's wurde von der Bundesregierung auf Veranlassung der westlichen Besatzungsmächte ein „Gesetz über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer im Bundesgebiet“ ausgearbeitet. Dieses Gesetz wurde von der Bundesregierung am 25. April 1951 erlassen. Es enthält folgende Grundsätze: Als „heimatlose Ausländer“ anerkannte Ausländer dürfen aus keinem Grund diskriminiert werden. Alle gegen fremde Staatsangehörige eventuell anzuwendenden Repressalien sollen auf heimatlose Ausländer nicht angewendet werden. Rechte und Vergünstigungen, die Ausländern nur unter der Bedingung der Gegenseitigkeit gewährt werden, sollen heimatlosen Ausländern nicht versagt bleiben. In ihrer Freizügigkeit, in der Vereinigungsfreiheit (ausgenommen zu politischen Zwecken), im Schulwesen, in der Berufsausübung, in der Sozialversicherung, der öffentlichen Fürsorge und im Steuerwesen wurden die heimatlosen Ausländer den deutschen Staatsangehörigen gleichgestellt.

Diese rechtliche Sonderstellung unter den Ausländern wurde ursprünglich von den Ausländerbehörden nur den von der IRO übernommenen DP's zuerkannt. Einige Zeit später wurde auf Antrag diese im Gesetz enthaltenen Sonderbegünstigungen aus Billigkeitsgründen auch jenen Ausländern zugestanden, die während des Krieges mit Deutschland sympathisierten oder auf deutscher Seite kämpften und deshalb von der UNRRA bzw. IRO-Betreuung ausgeschlossen waren, jedoch nur dann, wenn sie spätestens am 30. Juni 1950 sich im Bundesgebiet oder in Westberlin niedergelassen hatten. Die Staatsangehörigkeit der sogenannten „heimatlosen Ausländer“ wurde jedoch durch dieses Gesetz nicht geklärt.

Auf dem Gebiet des internationalen Flüchtlingsrechtes konnte auf Veranlassung der Vereinten Nationen erst am 28. Juli 1951 ein Abkommen zur Sicherung der menschlichen Grundrechte ausländischer Flüchtlinge abgeschlossen werden. Dieses Abkommen wurde von einem Teil der insgesamt 26 Signatarstaaten, darunter auch von der Bundesrepublik, ratifiziert und hat am 22. April 1954 völkerrechtliche Wirksamkeit erlangt. Im Sinne dieses Abkommens kann nun als „ausländischer Flüchtling“ (auch Konventions-Flüchtling genannt) jene Person anerkannt werden, „die infolge von Ereignissen, die vor dem 1. Januar 1951 eingetreten sind, aus begründeter Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will; oder die sich als staatenlos infolge solcher Ereignisse außerhalb des Landes befindet, in welchem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hatte, und nicht dorthin zurückkehren kann oder wegen der erwähnten Befürchtungen nicht dorthin zurückkehren will“¹⁾.

Zur Wahrnehmung des Rechtsschutzes für diesen Personenkreis wurde das Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge geschaffen, welches auch die nach dem deutschen Gesetz günstiger gestellten

„heimatlosen Ausländer“ in seinen Schutz einbezogen hat. Für die Entscheidung von Streitfällen ist der Internationale Gerichtshof zuständig.

Hierdurch entstanden unter den Ausländern der Rechtsstellung nach zwei Sondergruppen: Die „heimatlosen Ausländer“ und die „ausländischen Flüchtlinge“ (Konventionsflüchtlinge).

Die Entwicklung der Ausländerzahl seit 1952

Mit der Auflösung der IRO Ende Januar 1952 wanderten immer weniger Ausländer aus Bayern ab. Bis zum Herbst des gleichen Jahres überstieg zwar noch die Zahl der Auswandernden die der Neuzuziehenden, so daß erstmals am 30. September 1952 in Bayern mit rund 117 000 Ausländern der bisher niedrigste Stand der Nachkriegszeit zu beobachten war. Der Zustrom neuer ausländischer Flüchtlinge ließ immer mehr nach.

Die nach der Währungsreform (1948) rasch einsetzende Gesundung der westdeutschen Wirtschaft, verbunden mit einem steigenden Lebensstandard, brachte jedoch bald einen neuen Zuzug von Ausländern nach Bayern mit sich. Unter diesen Ausländern befanden sich, neben vielen Arbeitskräften und Studierenden an bayerischen Hoch- und Fachschulen, hauptsächlich Personen, die aus geschäftlichen Gründen in Bayern ihren Aufenthalt nahmen. Der Anschluß an den gesunden Zustand vor 1914 wurde allmählich wieder gefunden.

Durch die von der IRO organisierte Umsiedlung der Ausländer hatte sich nicht nur ihre Zahl stark verringert, auch die Zusammensetzung nach der Nationalität veränderte sich ganz wesentlich.

Am 30. September 1954 (vgl. Übersicht 4 und Schaubild) waren die Österreicher mit insgesamt rund 30 600 Personen wieder zur stärksten Ausländergruppe geworden (rd. 25 vH aller Ausländer). Erst an 2. Stelle folgten mit einem Anteil von 19 vH rd. 23 200 Polen und polnische Ukrainer. Die Zahl der Staatsbürger der UdSSR hatte sich seit 1948 nur wenig verändert. Mit 7 200 Personen betrug im Herbst 1954 ihr Anteil an allen Ausländern in Bayern 6 vH. Es folgen 6 700 Ungarn (5,6 vH) und rund 6 000 Jugoslawen (5,0 vH).

Die Ausländer aus den übrigen europäischen Staaten sind nur noch mit verhältnismäßig geringen Anteilen vertreten. Größere Gruppen bilden hier noch die Angehörigen folgender Länder:

Land	Personenzahl	vH der Ausländer
Tschechoslowakei	4 646	3,9
Italien	4 466	3,7
Schweiz	2 604	2,2
Rumänien	2 118	1,8
Niederlande	1 853	1,5
Frankreich	1 695	1,4
Griechenland	1 425	1,2
sowie die Angehörigen der ehemaligen Baltischen Staaten:		
Lettland	3 451	2,9
Litauen	2 517	2,1
Estland	1 388	1,2

Nur 4,7 vH aller in Bayern erfaßten Ausländer besaßen die Staatsangehörigkeit außereuropäischer Länder. Unter diesen bildeten die Bürger der USA (ohne Besatzungsangehörige) mit 2 861 Personen (2,4 vH aller Ausländer) die stärkste Gruppe; 784 Personen (0,7 vH) besaßen die israelische und 700 Personen (0,6 vH) die türkische Staatsangehörigkeit.

Die Staatsangehörigkeit der Ausländer aus den ost- und südosteuropäischen Ländern war größtenteils ungeklärt. Es handelte sich hier in den meisten Fällen um politische Flüchtlinge, die den Schutz des heimischen Konsulates nicht in Anspruch nehmen konnten. Sie wurden in den Erhebungen des Bayerischen Statistischen Landesamts noch immer in jene Staatsangehörigkeit eingereiht, die sie am 1. Januar 1938 besaßen. Sie selbst bezeichneten sich gerne als „Staatenlose“. Es kann angenommen werden, daß sie oft als solche auch von den Gemeinden gemeldet wurden. Dieser Umstand dürfte die am 30. September 1954 ermittelte beachtliche Zahl von über 11 000 Staatenlosen in Bayern (9 vH) aller Ausländer) erklären.

¹⁾ Definition des Begriffs „Flüchtling“ im Abkommen über die Rechtsstellung der ausländischen Flüchtlinge vom 28. Juli 1951, Art. 1, A, 2 (Genfer Abkommen).

Übersicht 4. Die Ausländer in Bayern nach ihrer Staatsangehörigkeit 1939, 1948 und 1954

(Nach dem jeweiligen Gebietsstand)

Staatsangehörigkeit ¹⁾	Ausländer und Staatenlose am										
	17. Mai 1939		30. September 1948 ²⁾			30. September 1954 ³⁾					
	Zahl	vH	Zahl	vH	darunter in IRO- Lagern	Zahl	vH	darunter heimat- lose Aus- länder	Nach Deutschland zugezogen		
									vor dem 1. 9. 39	vom 1. 9. 39 bis 31. 7. 45	am 1. 8. 45 und später
Europäische Staaten											
Albanien	2	0.0	24	0.0	—	246	0.2	31	2	18	226
Belgien	78	0.3	502	0.2	—	496	0.4	13	69	189	238
Bulgarien	195	0.7	1 022	0.3	6	651	0.5	450	53	275	323
Dänemark	122	0.4	188	0.1	1	190	0.2	1	40	57	93
Finnland	10	0.0	63	0.0	3	56	0.0	3	5	17	34
Frankreich	538	1.9	1 495	0.4	2	1 695	1.4	16	268	451	976
Griechenland	90	0.3	1 409	0.4	13	1 425	1.2	34	85	406	934
Großbritannien	195	0.7	264	0.1	—	588	0.5	—	73	14	501
Italien	7 969	28.5	3 339	1.0	4	4 466	3.7	4	1 618	932	1 916
Jugoslawien	3 886	13.9	12 023	3.7	3 643	5 978	5.0	3 085	496	2 216	3 266
Luxemburg	78	0.3	177	0.1	—	170	0.1	—	48	40	82
Niederlande	486	1.7	1 903	0.6	—	1 853	1.5	28	325	776	752
Norwegen	125	0.4	231	0.1	—	364	0.3	—	57	56	251
Osterreich	—	—	20 581	6.3	2	30 582	2.53	58	15 417	4 447	10 718
Polen (einschl. pol. Ukrainer)	1 875	6.7	152 325	46.4	112 336	23 239	19.3	17 742	948	9 501	12 790
Rumänien	299	1.1	5 755	1.8	1 655	2 118	1.8	1 515	60	467	1 591
Schweden	111	0.4	106	0.0	—	228	0.2	—	41	29	158
Schweiz mit Liechtenstein	3 099	11.2	1 948	0.6	—	2 654	2.2	—	1 425	271	958
Spanien	96	0.3	368	0.1	6	423	0.4	15	63	109	251
Tschechoslowakei	3 063 ³⁾	10.9	8 127	2.5	3 827	4 646	3.9	2 402	421	844	3 381
Ungarn	989	3.5	20 726	6.3	2 491	6 700	5.6	3 997	379	2 033	4 288
UdSSR (einschl. russ. Ukrainer)	59	0.2	10 086	3.1	1 746	7 211	6.0	5 446	152	3 269	3 790
Ehemalige Baltische Staaten											
Estland	52	0.2	8 800	2.7	6 486	1 388	1.2	966	37	621	730
Lettland	56	0.2	28 343	8.6	24 625	3 451	2.9	2 716	49	1 610	1 792
Litauen	25	0.1	17 737	5.4	13 903	2 517	2.1	2 101	36	874	1 607
Sonstige europäische Staaten	353	1.3	21	0.0	—	323	0.3	29	158	16	149
Afrikanische Staaten			70	0.0	5	131	0.1	9	3	14	114
Amerikanische Staaten	890	3.1	1 558	0.5	10	3 404	2.9	—	313	97	2 994
darunter USA	713	2.6	1 071	0.3	10	2 861	2.4	—	213	64	2 584
Asiatische Staaten											
China	—	—	99	0.0	1	158	0.1	—	46	13	99
Indien	153 ⁴⁾	0.4	3	0.0	—	74	0.1	—	4	—	70
Iran (Persien)	—	—	78	0.0	9	156	0.1	—	9	13	134
Israel	—	—	—	—	—	784	0.7	—	24	26	734
Türkei	89	0.3	2 277	0.7	52	727	0.6	31	39	61	627
Sonstige asiatische Staaten	—	—	65	0.0	5	169	0.1	11	8	28	133
Australien und Neuseeland	—	—	8	0.0	—	29	0.0	—	2	4	23
Staatenlose	2 710	9.7	20 070	6.1	9 047	11 010	9.1	6 242	1 794	2 785	6 431
Unermittelt und ungeklärt	359	1.3	6 221	1.9	3 480	—	—	—	—	—	—
Insgesamt	28 052	100	328 012	100	183 358	120 300	100	46 945	24 567	32 579	63 154

Von den am 30. September 1954 in Bayern gezählten 120 300 Ausländern war nur ein Fünftel (24 567, darunter 15 000 Österreicher) bereits vor Ausbruch des zweiten Weltkrieges in Deutschland ansässig, 32 579 waren während und 63 154, also mehr als die Hälfte aller erfaßten Ausländer, waren erst nach diesem Krieg zugezogen.

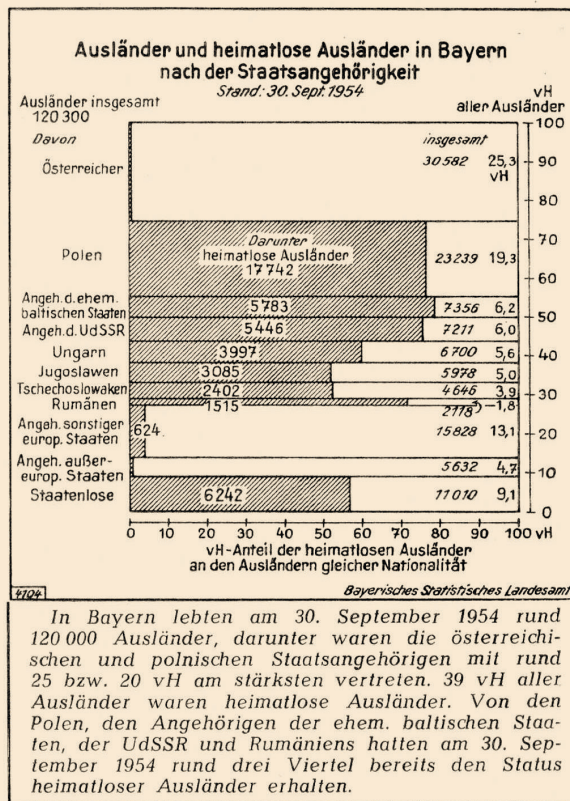
Heimatlose Ausländer und ausländische Flüchtlinge 1954

Die für die Zuerkennung der Rechtsstellung heimatloser Ausländer notwendigen Verfahren waren in Bayern im Herbst 1954 bereits größtenteils abgeschlossen. Rund 47 000 Ausländer, das waren 39 vH aller Ausländer in Bayern, hatten diesen Status bereits erhalten. Es handelte sich hierbei fast ausschließlich um Angehörige ost- und südosteuropäischer Staaten. Von den in Bayern lebenden Polen, den Angehörigen der ehemaligen baltischen Staaten, der UdSSR und Rumäniens hatten ungefähr drei Viertel, von den Ungarn, Jugo-

slawen, Bulgaren und Staatenlosen mehr als die Hälfte diese Rechtsstellung erhalten.

Wie sich die anerkannten heimatlosen Ausländer im einzelnen in nationaler Beziehung zusammensetzten, kann aus Übersicht 4 ersehen werden. Der weitaus größte Teil waren Polen. Mit rd. 17 700 Personen stellten sie rd. 38 vH der heimatlosen Ausländer. Mit Abstand folgten rund 6 200 Staatenlose (13,3 vH), 5 400 Angehörige der UdSSR (11,6 vH), rd. 4 000 Ungarn (8,5 vH), 3 000 Jugoslawen (6,6 vH), 2 700 Letten (5,8 vH), 2 400 Tschechoslowaken (5,1 vH), 2 100 Litauer (4,5 vH), 1 500 Rumänen (3,2 vH), 1 000 Esten (2,0 vH) und 450 Bulgaren (1 vH der heimatlosen Ausländer). Am 30. September 1954 waren nach Schätzung der Ausländerbehörden noch 4–5 000 Anträge auf Zuerkennung der Rechte heimatloser Ausländer noch nicht erledigt oder noch zu erwarten.

¹⁾ 1948 und 1954 in ungeklärten Fällen Staatsangehörigkeit am 1. Januar 1938. — ²⁾ Ohne Angehörige der Besatzung und ohne nicht meldepflichtige Personen (z. B. Diplomatische Vertreter fremder Staaten). — ³⁾ Angehörige des Protektorats Böhmen und Mähren (2 478) und der Slowakei (585 Personen). — ⁴⁾ British-Indien und Britische Dominions sowie sonstige asiatische und afrikanische Staaten zusammen.



Wieviele Ausländern die Rechte ausländischer Flüchtlinge (Konventionsflüchtlinge) nach dem Genfer Abkommen zustanden, konnte nicht ermittelt werden, da die hierzu notwendigen Überprüfungsverfahren¹⁾ sehr langwierig und zumeist noch nicht abgeschlossen waren.

Überblick über die statistischen Erfassungsmethoden der Ausländer in Bayern seit 1871

Die historische Betrachtung der Ausländerstatistik in Bayern soll eine eingehende Darstellung über die Entwicklung der Ausländerzahlen in den vergangenen Jahrzehnten bringen. Es ist für den Leser jedoch nicht uninteressant, auch einen Überblick über die statistischen Erfassungsmethoden zu bekommen. Sie kennen zu lernen, ist deshalb notwendig, weil die im Laufe der Jahrzehnte sich veränderten politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse durch Kriege und Revolutionen in der Welt nicht nur neue Begriffe im Staatsangehörigkeitsrecht geschaffen haben, sondern direkt oder indirekt auch die statistische Erfassungsmethode wesentlich verändert. In der statistischen Erfassungsmethode der Ausländerstatistik spiegeln sich die politischen Ereignisse bildhaft wider. Die scheinbar trockenen Zahlen bekommen Leben und die neu geschöpften Rechtsbegriffe werden auch dem der Materie fernstehenden Betrachter verständlich. Daß das Thema die bayerischen Geschichte stark berührt, beweisen die vielfältigen Vorgänge in bayerischen Gemeinden und Ausländerlagern.

Die ersten Ausländerzählungen in Bayern

Die in Bayern lebenden Ausländer wurden zum ersten Mal — soweit aus den im Bayerischen Statistischen Landesamt vorhandenen Unterlagen entnommen werden kann — im Jahre 1871 durch das Königlich Bayerische Statistische Bureau anlässlich der im gleichen Jahr durchgeführten Volkszählung zahlenmäßig erfaßt. Es ist nun zunächst von Interesse, sich zu fragen, welcher Personenkreis damals als Ausländer gezählt wurde. Als „Aus-

Da es sich hier gleichfalls, neben Staatenlosen, fast ausschließlich um Personen aus ost- und südeuropäischen Ländern handeln dürfte, die nach dem 30. Juni 1950 nach Bayern geflüchtet sind, kann ihre Zahl auf 16—17 000 Personen geschätzt werden.

Es kann also angenommen werden, daß im Herbst 1954 in Bayern ungefähr 65 000 Ausländer lebten, die aus politischen Gründen ihren Heimatstaat verlassen hatten oder in diesen nicht zurückgekehrt waren. Sie unterstanden als heimatlose Ausländer bzw. ausländische Flüchtlinge dem Schutz des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge. Es besaßen also nur ungefähr 55 000 Ausländer, das ist nicht einmal die Hälfte der am 30. September 1954 in Bayern erfaßten 120 000 Ausländer, demnach einen gültigen ausländischen Paß und genossen den Rechtsschutz des eigenen Konsulates.

Für die Eingliederung der heimatlosen Ausländer und ausländischen Flüchtlinge in die deutsche Bevölkerung hatte die Bundesregierung eine gewisse Verpflichtung übernommen. Trotz besonderer Maßnahmen, wie beispielsweise Gewährung von Darlehen zur Existenzgründung, war die soziale Lage der heimatlosen Ausländer und ausländischen Flüchtlinge oft ungünstig. Über 11 000 wurden im 4. Vierteljahr 1954 laufend von der öffentlichen Fürsorge unterstützt, mehr als 4 000 waren noch in Lagern untergebracht. Der Anteil der Alten und Kranken war hoch, 1 200 Personen wurden in besonderen Altersheimen und Krankenanstalten betreut.

Die politische Entwicklung in der Nachkriegszeit und die Grenzlage Bayerns führten nicht nur dazu, daß Bayern auch 1954 noch unter allen Bundesländern unbestritten die meisten ausländischen Flüchtlinge und heimatlosen Ausländer zählte, es konnte auch den größten Ausländeranteil an der Bevölkerung aufweisen²⁾. Zu dieser Zeit befanden sich unter 1000 Einwohnern in Bayern 13 Ausländer, in Nordrhein-Westfalen 10 und im gesamten Bundesgebiet im Durchschnitt nur 9 Ausländer. Mit 44 Ausländern unter 1 000 Einwohnern war der Ausländeranteil in München fast viermal so hoch wie in Hamburg (12) und mehr als sechsmal höher als in Bremen, wo nur 7 Ausländer unter 1 000 Einwohnern gezählt wurden.

II.

länder“ wurden in der Statistik alle diejenigen Personen bezeichnet, die nicht die Staatsangehörigkeit des Aufenthaltslandes besaßen, eine Definition, die übrigens auch heute noch im großen und ganzen ihre Gültigkeit besitzt.

Diese Ausländerstatistik wurde in den folgenden Jahren und Jahrzehnten und zwar bis zum Jahre 1939 jeweils durch Sonderauszählungen im Zusammenhang mit den einzelnen Volkszählungen erstellt. Eine Fortschreibung der Ausländer zwischen den Zählungsjahren wurde nicht vorgenommen.

Während der Jahre 1871 bis 1939 wurde nicht nur die Zahl der in Bayern lebenden Ausländer errechnet, sondern gleichzeitig auch die Staatsangehörigkeit, das Geschlecht und die deutsche oder fremde Muttersprache der Ausländer erfragt und für Zwecke der Bayerischen Staatsregierung ausgewertet. Bis zur Volkszählung 1933 wurde neben den bereits erwähnten Merkmalen auch noch unterschieden nach Bayern und Nichtbayern (sonstige Reichsangehörige) sowie nach Reichsausländern und Staatenlosen. Die Ausländerstatistik in Bayern ist also bis zum Beginn des zweiten Weltkrieges von Volkszählung zu Volkszählung kontinuierlich weitergeführt worden.

Ausländerstatistik nach 1945

Nach 1945 ergab sich jedoch auf diesem Gebiet der Statistik eine völlig neue Situation. Obwohl im Erhebungsbogen zur ersten Volkszählung nach dem zweiten Weltkrieg am 29. Oktober 1946 noch die Frage nach der Staatsangehörigkeit enthalten war, wurden die gewonnenen Ergebnisse, einmal wegen der vielen Unklarheiten, die damals auf dem Gebiet des Staatsangehörig-

¹⁾ Verordnung über die Anerkennung und Verteilung von ausländischen Flüchtlingen (Asylverordnung) vom 6. Januar 1953. — ²⁾ „Statistische Berichte“ des Statistischen Bundesamtes, Arb. Nr. VII/21/12.

keitsrechtes bestanden, zum anderen weil die Antworten auf diese Frage mangelhaft waren, nicht veröffentlicht. So hatte sich ein großer Teil der volksdeutschen Vertriebenen, die ja nicht zum Personenkreis der Ausländer gehören, als „staatenlos“ bezeichnet. Dasselbe war der Fall bei zahlreichen Ausländern, die 1946 deshalb „staatenlos“ angaben, um einer eventuellen Zwangsrepatriierung zu entgehen.

Bei der am 13. September 1950 durchgeführten Volkszählung wurde im Erhebungsbogen die Frage nach der Staatsangehörigkeit nicht mehr gestellt. Es hat sich gezeigt, daß es infolge der Nachkriegsverhältnisse nicht zweckmäßig war, wie in früheren Jahren die Ausländerstatistik mit Volkszählungen zu koppeln.

Auf welcher Grundlage wurde nun seit 1945 bis 1955 die Ausländerstatistik weitergeführt? Zur Zeit der Einstellung der Feindseligkeiten befanden sich in Bayern, bedingt durch den Ablauf der Kriegereignisse, bereits Hunderttausende von Evakuierten, Flüchtlingen und Ausländern. Monat für Monat strömten weitere Zehntausende dieser Personengruppen ins Land. Diese verworrene Situation in jenen Tagen des Jahres 1945 drängte die damals Verantwortlichen dazu, sich so rasch wie möglich einen zahlenmäßigen Überblick über die Zusammensetzung der Bevölkerung zu verschaffen. Es ist interessant, heute rückblickend festzustellen, daß das Bayerische Staatsministerium des Innern mit Entscheidung vom 27. Juni 1945, Nr. 1 Stat. 6, durch eine Rundfunkdurchsage die von den örtlichen Militärregierungen kommissarisch eingesetzten Regierungspräsidenten, Oberbürgermeister, Landräte und Bürgermeister mit der Erhebung des Bevölkerungsstandes mit dem Stichtag zum 25. Juni 1945 beauftragt hatte. Dabei hatten die in Frage kommenden amtlichen Stellen

1. die Berichtskarte über die mit Lebensmitteln versorgte Bevölkerung (sog. Nahrungsmittelbevölkerung) ihres Stadt- bzw. Landkreises und
2. weitere Angaben (schätzungsweise) über die Zahl der Evakuierten, Flüchtlinge, ehem. deutschen Wehrmachtsangehörigen und Ausländer

bis spätestens 5. Juli 1945 auf dem damals noch üblichen „Kurierwege“ dem Bayerischen Statistischen Landesamt in München einzusenden. Für die unter Punkt 2 aufzuführenden Angaben mußte ein vom Bayerischen Statistischen Landesamt entworfenes hektografiertes Formblatt ausgefüllt werden, in dem u. a. auch Schätzzahlen für die Ausländer nach ihrer Nationalität zu melden waren. Außerdem wurde unterschieden, ob die Ausländer in Sammelagern untergebracht waren oder nicht (vgl. Erhebungsbogen 1 Seite 43).

Aber schon wenige Wochen später, zum Stichtag 15. Oktober 1945, wurden auf Verlangen des Chefs der zuständigen Abteilung der Militärregierung erneut durch das Bayerische Statistische Landesamt die vorstehend unter Punkt 2 aufgeführten Angaben bei den Stadtverwaltungen und Landratsämtern ermittelt. Mit Rücksicht auf den kurzen Termin für die Erstattung der Meldungen wurde auf die Befragung der einzelnen Gemeinden ausdrücklich verzichtet. Die Stadtverwaltungen bzw. die Landratsämter wurden jedoch darauf hingewiesen, daß die Unterlagen auf dem Laufenden zu halten sind, da in Zukunft mit einer monatlichen Erhebung zu rechnen sei. Bei dieser Erhebung wurde die Zahl der in Sammelagern lebenden Ausländer nicht mehr ermittelt, dagegen wurden die Ausländer nach ihrem Wohnsitz (Staat) am 1. September 1939 erfaßt.

Mitte Dezember 1945 wurde auf Anordnung der Militärregierung wiederum eine Erhebung durchgeführt. Ein allgemein gültiger Stichtag wurde dabei nicht angeordnet. Das bei dieser Erhebung zu verwendende Formblatt wurde von der Militärregierung entworfen. Auf diesem Formblatt hatte jede Gemeinde alle nach dem 1. September 1939 nach Bayern r. d. Rheins zugezogenen Personen, gegliedert nach dem Geschlecht und nach Kindern unter 10 Jahren sowie nach dem Wohnsitz vor dem 1. September 1939 zu melden. Die Herkunftsgebiete waren untergliedert in

- I. Preußische Provinzen,
- II. Übrige deutsche Länder,
- III. Ausland.

Die aus dem Ausland zugezogenen Personen wurden unterteilt nach a) Deutschen (Reichsdeutschen und Volksdeutschen) und b) Ausländern (vgl. Erhebungsbogen 2, Seite 45). Das Ergebnis dieser Erhebung wurde vom damaligen Bayerischen Innenministerium — Staatskommissar für das Flüchtlingswesen — veröffentlicht und als Vergleichsbasis für die in der Folgezeit ab 15. Februar 1946 in sechswöchigem Abstand weitergeführten Erhebungen benutzt. In diesen Erhebungen wurden lediglich die Ausländer außerhalb der UNRRA- bzw. später der IRO-Lager erfaßt.

Darüber hinaus mußten die Stadtverwaltungen und Landratsämter die Ausländer wöchentlich oder monatlich den örtlichen Militärregierungen melden. Diese Ausländermeldungen wurden in Bayern auf ungefähr 80 verschiedenen mit englischen und deutschem Text versehenen Formblättern erstattet.

Am 9. Februar 1948 beschloß der Ausschuß für Bevölkerungsstatistik beim Länderrat in Stuttgart, die Ausländerstatistik in der US-Zone nach einheitlichen Gesichtspunkten durchzuführen. Auf Grund dieses Beschlusses hat das Bayerische Statistische Landesamt im Einvernehmen mit der Militärregierung für Bayern die Durchführung der Ausländererhebung vom Bayerischen Staatsministerium des Innern mit Wirkung vom 1. Juli 1948 an übernommen. Dabei handelte es sich nicht um eine neue Ausländer-Erhebung, sondern um eine vereinfachte Weiterführung der bestehenden Ausländerstatistik zur Entlastung der einzelnen Verwaltungsstellen.

Die Erhebung der Ausländer erfolgte ab 1. Juli 1948 nur mehr vierteljährlich mittels eines einheitlichen Formblattes bei den Einwohnermeldeämtern der Gemeinden. Dabei sollten alle diejenigen Ausländer erfaßt werden, die nicht in den von der IRO betreuten Lagern lebten und von dieser Organisation auch nicht versorgt wurden. Als „Ausländer“ galten alle jene Personen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen und nicht unter den Begriff der deutschen Flüchtlinge und Ausgewiesenen im Sinne des bayerischen Flüchtlingsgesetzes vom 19. Februar 1947 fielen.

Bereits 25 Tage nach dem jeweiligen Stichtag der Erhebung wurde das Ergebnis den Bayerischen Staatsministerien, dem Office of Military Government for Bavaria, Public Welfare and DP-Branch, in München und sonstigen interessierten Institutionen übermittelt.

Die Ausländerstatistik wurde seit dem 30. Juni 1948 aufgegliedert in drei Ausländergruppen. Die Gruppe A (vgl. Erhebungsbogen 3, Seite 47) umfaßte alle diejenigen Ausländer, die vor dem 1. September 1939 in Deutschland und zwar innerhalb der Reichsgrenzen vom 1. Januar 1938 Aufenthalt genommen hatten. Die Gruppe B umfaßte dagegen diejenigen Ausländer, die in der Zeit vom 1. September 1939 bis 31. Juli 1945 nach Deutschland kamen. In die Gruppe C wurden schließlich jene Ausländer eingereiht, die nach dem 31. Juli 1945 in das Gebiet der vier Besatzungszonen gekommen sind.

Neben dem Zeitpunkt der Einreise wurde auch die Staatsangehörigkeit der Ausländer festgestellt. Bei der Einteilung der Ausländer nach ihrer Staatsangehörigkeit wurden die Wünsche der Militärregierung besonders berücksichtigt. Die in Bayern befindlichen Ausländer wurden jeweils zusammengefaßt: In Angehörige von Staaten, die in den Vereinten Nationen vertreten sind, ferner in Angehörige der ehemaligen Feindstaaten, in Angehörige der ehemaligen baltischen Staaten und schließlich in Angehörige der übrigen Staaten. Da die Militärregierung außerdem ein Interesse daran hatte, Zahlen über die in Bayern lebenden Juden zu erhalten, wurden diese in einer gesonderten zahlenmäßigen Zusammenstellung nach Herkunftsgebieten erfaßt. In all den Fällen, in denen die gegenwärtige Staatsangehörigkeit noch ungeklärt war, wurden diese Ausländer entsprechend derjenigen Staatsangehörigkeit gezählt, die sie am 1. Januar 1938 besaßen. Sogenannte „Staatenlose“ hatten diesen Status durch ein amtliches Dokument nachzuweisen (z. B. Nansenpaß). Die Erhebung der Ausländer in Bayern außerhalb der IRO-Lager wurde in der vorstehend geschilderten Form unverändert bis Ende 1951 durchgeführt.

Bei der Erhebung der Ausländer zum 31. Dezember 1951 wurde das Formblatt den inzwischen veränderten Verhältnissen angepaßt. Die Zahl der Ausländer wurde nicht mehr aufgegliedert in Staatsangehörige von Staaten, die in den Vereinten Nationen vertreten sind, in Angehörige der ehemaligen Feindstaaten usw., sondern nach Erdteilen. Seit 31. März 1954 wird auf die gesonderte Meldung der Juden unter den Ausländern verzichtet, dafür aber in einer besonders hierfür vorgesehenen Spalte die Angabe der Zahl jener Ausländer verlangt, denen inzwischen der Status des heimatlosen Ausländers nach dem „Gesetz über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer im Bundesgebiet“ vom 25. April 1951 zuerkannt worden war (vgl. Erhebungsbogen 4, Seite 49).

Seit 31. Dezember 1950 werden die Ergebnisse der vierteljährlich in Bayern stattfindenden Ausländer-

erhebungen im Informationsdienst des Bayerischen Statistischen Landesamtes (Reihe II/B/7) laufend veröffentlicht.

In diesem Zusammenhang sei noch abschließend erwähnt, daß die Zahl der Ausländer in den UNRRA-Lagern erstmals Ende Dezember 1946 vom UNRRA Headquarters US-Zone, Statistics and Reports Branch, in einer Übersicht: „DP-Population in Centers by Age and Sex US-Zone“ veröffentlicht wurden. Seit Anfang Oktober 1947 wurden die Zahlen der nun von der IRO betreuten Ausländern in vierteljährlichen Abständen im „Summary of DP-Population“ vom Office of Statistics and Operational Reports, IRO Headquarters US-Zone, Bad Kissingen, später München, nach der Nationalität und nach Lagern bekanntgegeben.

Tabellen zum Bayerischen Zahlenspiegel

Bezeichnung	Einheit	2014	2015	2016	2016			2017		
		Monatsdurchschnitt			Oktober	Nov.	Dez.	Oktober	Nov.	Dez.
Bevölkerung ¹ und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerungsstand (Wertespalten 1 bis 3: zum 31.12.; sonst: Monatsende, ab Wertespalte 2: Basis Zensus 2011)	1 000	12 692	12 844	12 891	12 930	12 931	12 931	12 996	12 998	12 997
Natürliche Bevölkerungsbewegung ¹										
* Eheschließungen ²	Anzahl	5 194	5 428	5 527	5 782	3 202	6 455	5 691	3 457	6 413
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	4,9	5,1	4,3	4,5	2,5	5,0	4,4	2,7	4,9
* Lebendgeborene ³	Anzahl	9 496	9 855	10 474	10 740	9 455	10 672	10 573	9 737	10 591
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	9,0	9,3	8,1	8,3	7,3	8,3	8,1	7,5	8,1
* Gestorbene ⁴	Anzahl	10 344	11 128	10 796	10 813	11 193	12 666	10 865	10 697	11 687
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	9,8	10,5	8,4	8,4	8,7	9,8	8,4	8,2	9,0
* und zwar im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	26	27	32	32	34	35	28	22	35
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	2,8	2,8	3,0	3,0	3,6	3,3	2,6	2,3	3,3
* in den ersten 7 Lebenstagen Gestorbene	Anzahl	16	15	18	17	21	14	19	14	19
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	2	2	2	1,6	2,2	1,3	1,8	1,4	1,8
* Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 848	- 1 194	- 322	- 73	- 1 738	- 1 994	- 292	- 960	- 1 096
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	- 0,8	- 1,2	- 0,2	- 0,1	- 1,3	- 1,5	- 0,2	- 0,7	- 0,8
* Totgeborene ³	Anzahl	31	33	37	36	41	32	38	32	39
Wanderungen ¹										
(Wertespalten 4 bis 9: vorläufige Ergebnisse)										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	33 365	39 584	37 113	43 343	29 124	24 756	43 264	30 877	24 229
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	23 008	29 142	26 351	28 318	20 182	16 856	27 439	21 253	16 151
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	25 639	25 920	29 107	30 393	23 324	26 610	35 007	27 422	27 830
* darunter in das Ausland	Anzahl	15 839	15 813	18 201	16 433	14 562	18 776	21 086	18 007	19 784
* Zuzüge aus den anderen Bundesländern	Anzahl	10 356	10 441	10 761	15 025	8 942	7 900	15 825	9 624	8 078
* Fortzüge in die anderen Bundesländer	Anzahl	9 800	10 107	10 906	13 960	8 762	7 834	13 921	9 415	8 046
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	Anzahl	7 726	13 663	8 005	12 950	5 800	- 1 854	8 257	3 455	- 3 601
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵	Anzahl	44 525	44 486	47 925	52 163	43 856	44 771	53 272	46 782	42 996
		2016	2017	2016		2017			2018	
		Jahresdurchschnitt		Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März
Arbeitsmarkt ⁶										
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ⁷	1 000	5 324,3	5 466,1	5 412,9	5 374,9	5 406,0	5 460,7	5 550,7	5 518,8	5 543,9
* Frauen	1 000	2 444,6	2 504,9	2 476,1	2 475,6	2 482,0	2 497,9	2 534,4	2 535,4	2 541,3
* Ausländer	1 000	664,4	735,5	693,6	685,6	710,8	739,7	767,5	762,1	784,4
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	1 401,9	1 460,7	1 421,2	1 430,8	1 442,4	1 463,0	1 477,6	1 488,6	1 498,4
* darunter Frauen	1 000	1 145,5	1 186,7	1 158,0	1 167,4	1 175,0	1 186,4	1 197,9	1 207,6	1 214,4
nach zusammengefassten Wirtschaftsabschnitten (WZ 2008)										
* A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	27,8	28,9	30,1	25,1	28,4	30,9	31,0	25,7	28,5
* B-F Produzierendes Gewerbe	1 000	1 745,7	1 781,0	1 775,1	1 750,9	1 763,2	1 781,1	1 810,2	1 788,1	1 802,3
* B-E Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 000	1 447,9	1 471,9	1 462,5	1 457,8	1 459,9	1 467,5	1 488,3	1 485,6	1 493,1
* C Verarbeitendes Gewerbe	1 000	1 376,4	1 399,2	1 390,1	1 386,4	1 387,9	1 394,8	1 414,5	1 412,6	1 419,7
* F Baugewerbe	1 000	297,8	309,1	312,6	293,1	303,3	313,6	321,9	302,5	309,2
* G-U Dienstleistungsbereiche	1 000	3 550,7	3 656,1	3 607,7	3 598,9	3 614,4	3 648,6	3 709,4	3 704,9	3 713,0
* G-I Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	1 153,3	1 180,1	1 172,9	1 164,4	1 164,8	1 175,7	1 200,8	1 194,0	1 196,5
* J Information und Kommunikation	1 000	195,7	206,3	199,3	200,2	204,1	206,6	209,8	208,9	212,0
* K Finanz- und Versicherungsdienstleister	1 000	188,4	184,2	189,1	187,5	185,2	182,7	183,8	183,0	181,7
* L Grundstücks- und Wohnungswesen	1 000	33,1	34,6	33,5	33,7	34,3	34,6	34,9	35,2	35,5
* M-N Freiberufliche, wissenschaftliche, technische Dienst- leister; sonst. wirtschaftlichen Dienstleister	1 000	682,2	719,5	699,3	693,5	705,7	722,8	735,6	734,0	735,3
* O-Q Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozial- versicherung; Erziehung und Unterricht; Gesundheit und Sozialwesen	1 000	1 118,6	1 152,2	1 132,0	1 141,4	1 142,0	1 147,1	1 163,0	1 171,7	1 173,3
* R-U Kunst, Unterhaltung und Erholung; sonstige Dienstleister; Private Haushalte; Exterritoriale Organisationen u Körperschaften	1 000	179,5	179,3	181,6	178,2	178,5	179,0	181,5	178,2	178,8
		2015	2016	2017	2017		2018			
		Jahresdurchschnitt			August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
* Arbeitslose	1 000	256,5	250,6	231,4	234,3	221,1	197,8	201,2	217,3	207,0
* darunter Frauen	1 000	117,7	112,0	104,2	110,6	105,1	91,5	93,7	102,5	98,0
* Arbeitslosenquote insgesamt ⁸	%	3,6	3,5	3,2	3,2	3,0	2,7	2,7	2,9	2,8
* Frauen	%	3,5	3,3	3,0	3,2	3,1	2,6	2,7	2,9	2,8
* Männer	%	3,7	3,7	3,3	3,2	3,0	2,7	2,7	2,9	2,8
* Ausländer	%	8,6	8,9	7,9	7,6	7,4	6,2	6,2	6,7	6,6
* Jugendliche	%	3,1	3,2	2,8	3,8	3,1	2,1	2,7	3,4	2,8
* Kurzarbeiter ⁹	1 000	20,3	19,5	17,5	3,4	3,6
* Gemeldete Stellen ¹⁰	1 000	87,8	103,9	118,9	125,5	126,6	131,3	134,4	135,7	135,4

1 Durch neues technisches Aufbereitungsverfahren und Änderungen des Standard der Datenlieferungen
Verzögerungen bei der Softwareerstellung.
2 Nach dem Ereignisort.

3 Nach der Wohngemeinde der Mutter;

p = vorläufige Ergebnisse nach dem Ereignisort.

4 Ohne Totgeborene; nach der Wohngemeinde der Verstorbenen;

p = vorläufige Ergebnisse nach dem Ereignisort.

5 Ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden.

6 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundes-
agentur für Arbeit. Zahlenwerte vorläufig. Die Bundesagentur für
Arbeit hat die Beschäftigungsstatistik revidiert. Dabei wurden

unter anderem bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten
neue Personengruppen aufgenommen und neue Erhebungsin-
halte eingeführt.

7 Einschließlich Fälle ohne Angabe zur Wirtschaftsgliederung.

8 Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen.

9 Die Bundesagentur für Arbeit hat die Zahlen zu den Kurzarbeitern
im Mai 2017 rückwirkend bis November 2011 revidiert.

10 Ohne geförderte Stellen.

Bezeichnung	Einheit	2015	2016	2017	2017		2018			
		Monatsdurchschnitt			Jul	August	Mai	Juni	Jul	August
Landwirtschaft										
Schlachtungen ¹										
Anzahl										
Gewerbl. Schlachtungen u. Hausschl. (ohne Geflügel)	1 000	511,6	495,6	...	482,0	485,6	458,3	479,1	485,4	450,2
darunter Rinder	1 000	77,3	77,6	...	72,8	81,1	70,5	72,8	77,7	67,4
darunter Kälber ²	1 000	1,5	1,5	...	1,1	1,1	1,1	1,1	1,0	0,8
Jungrinder ³	1 000	0,5	0,4	...	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,2
Schweine	1 000	423,9	407,4	...	400,0	396,6	377,7	397,6	400,6	372,3
Schafe	1 000	9,6	9,9	...	8,4	7,4	9,4	8,1	6,5	9,9
darunter gewerbl. Schlachtungen (ohne Geflügel)	1 000	506,8	493,1	...	480,7	484,5	456,9	477,9	484,3	449,0
darunter Rinder	1 000	76,5	77,2	...	72,5	80,8	70,1	72,5	77,5	67,2
darunter Kälber ²	1 000	1,4	1,4	...	1,1	1,0	1,0	1,0	0,9	0,8
Jungrinder ³	1 000	0,4	0,4	...	0,3	0,3	0,3	0,2	0,3	0,2
Schweine	1 000	421,2	405,9	...	399,5	396,1	377,2	397,1	400,1	371,8
Schafe	1 000	8,5	9,3	...	8,0	7,1	9,0	7,8	6,2	9,5
Durchschnittliches Schlachtgewicht ⁴										
Rinder	kg	344,1	343,3	...	343,9	347,0	350,3	351,1	347,3	340,4
darunter Kälber ²	kg	108,4	111,2	...	114,0	111,5	121,6	112,5	121,9	121,4
Jungrinder ³	kg	177,9	184,1	...	194,2	188,8	196,4	179,5	201,6	203,2
Schweine	kg	96,0	96,1	...	95,0	95,1	96,5	95,6	95,5	95,4
Gesamtschlachtgewicht ⁵										
Gewerbl. Schlachtungen u. Hausschl. (ohne Geflügel)	1 000 t	67,5	66,0	...	63,2	66,0	61,3	63,7	65,4	58,7
darunter Rinder	1 000 t	26,6	26,6	...	25,0	28,1	24,7	25,5	27,0	22,9
darunter Kälber ²	1 000 t	0,2	0,2	...	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Jungrinder ³	1 000 t	0,1	0,1	...	0,1	0,1	0,1	0,0	0,1	0,0
Schweine	1 000 t	40,7	39,2	...	38,0	37,7	36,4	38,0	38,2	35,5
Schafe	1 000 t	0,2	0,2	...	0,2	0,1	0,2	0,2	0,1	0,2
darunter gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel)	1 000 t	67,0	65,7	...	63,1	65,9	61,2	63,6	65,3	58,6
darunter Rinder	1 000 t	26,4	26,5	...	24,9	28,0	24,6	25,5	26,9	22,9
darunter Kälber ²	1 000 t	0,2	0,2	...	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Jungrinder ³	1 000 t	0,1	0,1	...	0,1	0,1	0,1	0,0	0,1	0,0
Schweine	1 000 t	40,4	39,0	...	37,9	37,7	36,4	38,0	38,3	35,5
Schafe	1 000 t	0,2	0,2	...	0,2	0,1	0,2	0,2	0,1	0,2
Geflügel										
Hennenhaltungsplätze ⁶	1 000	5 091	5 227	...	5 357	5 360	5 491	5 493	5 493	5 481
Legehennenbestand ⁶	1 000	4 499	3 648	...	3 869	3 753	3 603	3 720	3 661	3 470
Konsumeier ⁶	1 000	114 059	89 906	...	91 866	95 549	89 528	85 174	90 286	87 312
Geflügelfleisch ⁷	1 000 t	13,7	14,1	...	15,7	15,0	15,2	15,7	15,6	14,7
Getreideanlieferungen ^{8,9}										
Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	3,9	4,0	3,6	8,0	12,8	1,5	1,6	16,5	4,4
Weizen	1 000 t	33,7	33,7	31,9	43,8	104,3	17,5	25,4	78,7	26,2
Gerste	1 000 t	8,9	7,8	10,1	38,1	15,3	7,8	12,3	26,0	8,9
Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	0,3	0,3	0,3	0,4	0,7	0,5	0,4	0,6	0,7
Vermahlung von Getreide ^{8,9}										
Getreide insgesamt	1 000 t	106,9	112,7	112,9	112,5	110,3	109,0	110,2	115,6	109,1
darunter Roggen und -gemenge	1 000 t	11,9	11,6	11,7	10,9	11,3	11,4	10,8	11,6	10,8
Weizen und -gemenge	1 000 t	95,0	101,2	101,2	101,6	99,0	97,6	99,4	104,0	98,3
Vorräte in zweiter Hand ^{8,9}										
Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	51,2	43,6	43,6	37,5	61,2	33,2	28,1	59,5r	63,6
Weizen	1 000 t	490,3	486,3	457,7	301,3	617,9	288,6	272,6	600,7r	633,1
Gerste	1 000 t	332,1	321,5	305,9	323,8	435,0	199,1	208,6	337,2r	394,4
Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	6,5	9,1	13,2	9,0	14,5	19,0	19,9	22,7r	26,9
Mais	1 000 t	63,2	72,3	79,5	33,0	21,0	67,6	82,3	40,9r	32,4
Bierabsatz										
Bierabsatz insgesamt	1 000 hl	2 312r	2 387	2 465	2 477	2 463	2 489
dav. Bier der Steuerklassen bis 10	1 000 hl	190r	167r	198	218	206	221
11 bis 13	1 000 hl	2 092r	2 187r	2 225	2 223	2 224	2 243
14 oder darüber	1 000 hl	30	33	41	37	32	25
dar. Ausfuhr zusammen	1 000 hl	574	589	609	645	623	574
dav. in EU-Länder	1 000 hl	376r	396	372	394	397	392
in Drittländer	1 000 hl	198r	192r	238	252	226	183

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Gewerbliche Schlachtungen und Hausschlachtungen von Tieren inländischer und ausländischer Herkunft.

2 Höchstens 8 Monate alt. Ergebnisse ab 2009 mit Vorjahren wegen methodischer Änderungen nur eingeschränkt vergleichbar.

3 Kälber über 8, aber höchstens 12 Monate alt.

4 Von gewerblich geschlachteten Tieren inländischer Herkunft.

5 bzw. Schlachtmenge, einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien.

6 In Betrieben mit einer Haltungskapazität von mindestens 3 000 Legehennen.

7 2009 Geflügelschlachtungen in Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mindestens 2 000 Tieren im Monat, ab 2010 alle Geflügelschlachtereien, die nach dem EV-Hygiene-recht im Besitz einer Zulassung sind.

8 Nach Angaben des Bayerischen Staatsministeriums für Landwirtschaft und Forsten.

9 Anlieferung vom Erzeuger an Handel, Genossenschaften, Mühlen und sonstige Verarbeitungsbetriebe. In den Spalten „Monatsdurchschnitt“ sind die Gesamtlieferungen im Jahr angegeben.

Bezeichnung	Einheit	2015	2016	2017	2017		2018			
		Monatsdurchschnitt			Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Gewerbeanzeigen ¹										
* Gewerbeanmeldungen ²	1 000	10,2r	9,7r	9,6	9,2	9,0	8,8	9,3	9,7	...
* Gewerbeabmeldungen ³	1 000	9,2r	8,6r	8,6	7,5	7,5	7,1	7,8	8,0	...
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ⁴										
* Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten	Anzahl	3 911	3 965	4 005	4 018	4 017	4 054	4 052	4 052	4 051
* Beschäftigte	1 000	1 135	1 153	1 176	1 178	1 183	1 206	1 207	1 214	1 217
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	1 000	388	392	408	410	411	422	423	426	427
Investitionsgüterproduzenten	1 000	542	551	554	553	556	569	568	571	571
Gebrauchsgüterproduzenten	1 000	36	37	38	38	38	38	38	38	38
Verbrauchsgüterproduzenten	1 000	166	171	174	176	177	175	176	178	179
Energie	1 000	2	2	2	2	2	2	2	2	2
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	146 141	147 575	148 923	152 513	140 717	145 894	155 259	160 551	143 662
* Bruttoentgelte	Mill. €	4 885	5 083	5 286	5 755	4 907	5 780	5 932	6 154	5 212
* Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. €	27 327	27 292	29 463	29 108	27 851	29 738	31 976	30 608	27 653
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	Mill. €	7 416	7 463	8 094	8 030	8 093	8 437	8 993	8 554	8 524
* Investitionsgüterproduzenten	Mill. €	15 358	15 807	16 619	16 341	14 941	16 528	18 020	17 161	14 290
* Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. €
* Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. €	3 221	3 238	3 403	3 414	3 582	3 410	3 489	3 488	3 549
* Energie	Mill. €
* darunter Auslandsatz	Mill. €	14 717	14 991	16 119	15 817	15 199	16 336	17 569	16 488	15 015
Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (2010 ± 100) ⁴										
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung										
von Steinen und Erden	%	112,8	114,7	119,1	119,9	113,6	118,2	128,3	125,6	111,6
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	%	91,2	101,3	92,5	106,6	108,9	104,0	109,6	104,7	98,8
Verarbeitendes Gewerbe	%	112,9	114,8	119,2	119,9	113,6	118,3	128,4	125,7	111,6
Vorleistungsgüterproduzenten	%	109,8	112,7	119,1	120,7	118,3	123,5	129,0	126,6	121,5
Investitionsgüterproduzenten	%	116,5	117,5	121,7	121,6	111,9	118,5	132,3	128,7	106,5
Gebrauchsgüterproduzenten	%
Verbrauchsgüterproduzenten	%	108,0	110,2	111,6	114,4	115,1	112,4	117,4	117,4	115,1
Energie	%
Index des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe (preisbereinigt) (2010 ± 100) ⁴										
Verarbeitendes Gewerbe ⁵ insgesamt										
Inland	%	118,3	123,5	131,4	127,5	111,9	128,4	141,4	125,2	113,2
Ausland	%	110,0	114,9	119,8	120,2	112,2	112,8	118,4	120,4	105,5
Vorleistungsgüterproduzenten	%	123,7	129,0	138,9	132,3	111,7	138,5	156,3	128,2	118,2
Investitionsgüterproduzenten	%	114,1	116,6	128,1	127,5	132,2	126,4	135,0	133,5	127,6
Gebrauchsgüterproduzenten	%	120,6	127,4	134,1	128,8	103,1	131,1	146,4	122,9	107,5
Verbrauchsgüterproduzenten	%	100,8	100,9	108,7	97,0	106,5	103,0	116,4	105,8	99,0
Verbrauchsgüterproduzenten	%	116,8	114,6	117,4	119,9	130,6	104,0	105,3	114,1	118,1

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Ohne Reisegewerbe.

2 Vormalig nur Neugründungen und Zuzüge (ohne Umwandlungen und Übernahmen), ab sofort Gewerbebeanmeldungen insgesamt.

3 Vormalig nur vollständige Aufgaben und Fortzüge (ohne Umwandlungen und Übernahmen), ab sofort Gewerbeabmeldungen insgesamt.

4 In der Abgrenzung der WZ 2008. Abweichungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf den Ersatz vorläufiger durch endgültige Ergebnisse zurückzuführen oder ergeben sich durch spätere Korrekturen. Aufgrund revidierter Betriebsmeldungen sind die Umsatzwerte ab dem Jahr 2014 mit den vorhergehenden Zeiträumen nicht vergleichbar.

5 Nur auftragseingangsmeldepflichtige Wirtschaftsklassen.

Bezeichnung	Einheit	2015	2016	2017	2017		2018			
		Monatsdurchschnitt			Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Baugewerbe ¹										
* Bauhauptgewerbe/Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau ²										
* Tätige Personen im Bauhauptgewerbe ³	1 000	81	83	...	89	89	91	92	93	93
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	7 840	8 081	...	9 872	8 883	9 731	10 141	10 793	8 901
* dav. für Wohnungsbauten	1 000	2 377	2 420	...	3 010	2 511	3 004	3 129	3 345	2 553
* gewerblichen und industriellen Bau ⁴	1 000	2 699	2 713	...	3 168	2 976	3 097	3 194	3 358	2 980
* Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	2 764	2 947	...	3 694	3 396	3 630	3 818	4 089	3 368
* Entgelte	Mill. €	251,6	260,4	...	290,5	301,6	315,9	311,3	325,6	325,1
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	1 125,3	1 205,7	...	1 601,3	1 473,5	1 496,6	1 628,9	1 761,9	1 636,4
* dav. Wohnungsbau	Mill. €	316,2	329,0	...	423,4	384,7	419,5	437,7	487,0	430,0
* gewerblicher und industrieller Bau	Mill. €	462,2	476,9	...	654,2	570,1	594,7	640,8	673,3	636,7
* öffentlicher und Verkehrsbau	Mill. €	360,9	399,8	...	523,7	518,8	482,4	550,4	601,6	569,7
Messzahlen (2010 ≙ 100)										
* Index des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe insg.	Messzahl	132,4	145,6	...	158,1	151,2	176,5	196,7	200,4	154,4
* davon Wohnungsbau	Messzahl	154,9	166,4	...	196,2	177,8	198,0	209,3	202,5	202,3
* gewerblicher und industrieller Bau	Messzahl	127,2	139,1	...	131,9	134,1	142,4	190,1	160,0	121,5
* öffentlicher und Verkehrsbau	Messzahl	123,3	138,9	...	162,0	152,6	200,1	195,7	194,0	159,4
* darunter Straßenbau	Messzahl	125,9	165,6	...	186,8	158,5	243,4	197,4	213,4	193,6
* Ausbaugewerbe/Bauinstallation u. sonst. Ausbaugewerbe ⁵										
* Tätige Personen im Ausbaugewerbe	1 000	61	63	63	.	.
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	18 739	19 032	19 024	.	.
* Entgelte	Mill. €	482,9	506,5	545,6	.	.
* Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	1 896,1	1 978,8	1 982,8	.	.
Energie- und Wasserversorgung										
* Betriebe	Anzahl	257	275	278	276	276	277	276	276	276
* Beschäftigte	Anzahl	29 461	29 483	30 352	30 225	30 240	30 496	30 487	30 595	30 607
* Geleistete Arbeitsstunden ⁶	1 000	3 560	3 592	3 591	3 711	3 390	3 388	3 671	3 906	3 384
* Brutto lohn- und -gehaltssumme	Mill. Euro	130	133	138	131	125	141	141	135	133
* Bruttostromerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung ⁷ ..	Mill. kWh	4 919,6	4 541,2	4 554,1	3 404,1	4 461,4	2 826,3	3 495,3	2 932,3	...
* Nettostromerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung ⁷ ...	Mill. kWh	4 654,1	4 303,9	4 332,8	3 246,7	4 250,6	2 693,1	3 335,4	2 796,2	...
* dar. in Kraft-Wärme-Kopplung	Mill. kWh	467,6	543,9	594,1	389,1	360,0	405,0	382,2	314,1	...
* Nettowärmeerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung ⁷ ...	Mill. kWh	1 037,5	1 123,1	1 129,8	595,2	583,6	693,0	584,9	516,1	...
Handwerk (Messzahlen) ⁸										
* Beschäftigte (Ende des Vierteljahres) (30.09.2009 ≙ 100)	Messzahl
* Umsatz ⁹ (VjD 2009 ≙ 100) (ohne Umsatzsteuer)	Messzahl
Bautätigkeit und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen ¹⁰										
* Wohngebäude ¹¹ (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	2 116	2 237	2 070	2 485	2 411	2 445	2 286	2 631	2 391
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	1 852	1 920	1 778	2 154	2 050	2 092	1 971	2 237	2 001
* Umbauter Raum	1 000 m³	2 771	3 117	2 872	3 350	3 445	3 616	3 104	3 859	3 604
* Veranschlagte Baukosten	Mill. €	898	1 057	1 123	1 183	1 252	1 289	1 132	1 420	1 364
* Wohnfläche	1 000 m²	483	548	553	588	601	627	542	682	659
* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	648	670	661	794	849	708	748	847	712
* Umbauter Raum	1 000 m³	4 020	4 112	3 965	4 840	5 705	4 459	4 325	5 804	4 493
* Veranschlagte Baukosten	Mill. €	614	675	762	686	1 028	887	888	928	956
* Nutzfläche	1 000 m²	590	609	658	701	848	719	677	766	753
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	5 138	6 212	6 248	6 714	6 585	7 165	5 633	8 206	7 207
* Wohnräume ¹² insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	21 200	23 786	23 698	25 549	25 272	25 957	22 744	29 157	27 109
		2015	2016	2017 ¹³	2017 ¹³		2018 ¹³			
		Monatsdurchschnitt			Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Handel und Gastgewerbe										
Außenhandel										
* Einfuhr insgesamt (Generalhandel) ¹⁴	Mill. €	13 438,0	13 833,2	14 980,1	14 649,7	14 812,8	15 423,7	15 162,2	16 482,9	16 500,2
* darunter Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	740,4	758,0	813,7	758,0	789,3	764,0	771,0	798,5	779,9
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	12 022,0	12 258,4	13 292,0	12 749,5	12 893,4	13 476,2	13 215,2	14 459,7	14 492,8
* davon Rohstoffe	Mill. €	1 009,9	873,8	933,4	839,3	818,1	1 063,0	1 154,0	1 258,1	1 271,3
* Halbwaren	Mill. €	516,3	485,8	555,4	499,1	544,0	524,6	523,0	585,6	539,9
* Fertigwaren	Mill. €	10 495,8	10 898,8	11 803,1	11 411,1	11 531,3	11 888,5	11 538,2	12 616,0	12 681,6
* davon Vorerzeugnisse	Mill. €	827,2	819,6	937,7	907,7	911,2	1 003,3	996,7	1 060,8	1 075,2
* Enderzeugnisse	Mill. €	9 668,5	10 079,2	10 865,4	10 503,4	10 620,0	10 885,2	10 541,5	11 555,2	11 606,4

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Ergebnisse aus dem Monatsbericht im Bauhauptgewerbe.

3 Einschl. unbezahlt mithelfende Familienangehörige.

4 Einschl. landwirtschaftlicher Bau.

5 Ergebnisse aus der vierteljährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe.

6 Seit Januar 2002 geleistete Stunden der gesamten Belegschaft.

7 Umgerechnet auf einen oberen Heizwert = 35 169,12 kJ/m³.

8 Ohne handwerkliche Nebenbetriebe, Beschäftigte einschl. tätiger Inhaber; beim Handwerk kein Monatsdurchschnitt, da eine vierteljährliche Erhebung.

9 Die Messzahlen beziehen sich auf ein Vierteljahresergebnis, die Angaben erscheinen unter dem jeweils letzten Quartalsmonat.

10 Die Monatsergebnisse sind vorläufig, da diese keine Tekturen (nachträgliche Baugenehmigungsänderungen) enthalten.

11 Einschl. Wohnheime.

12 Wohnräume mit jeweils mindestens 6 m² Wohnfläche sowie abgeschlossene Küchen.

13 Die Monatsergebnisse sind generell vorläufig. Rückwirkend korrigiert werden nur die Jahresergebnisse.

14 Ab 2003 Nachweis einschl. „nicht aufgliederbares Intra-handelsergebnis“.

Bezeichnung	Einheit	2015	2016	2017 ¹	2017 ¹		2018 ¹			
		Monatsdurchschnitt			Jun	Juli	April	Mai	Jun	Juli
Noch: Außenhandel, Einfuhr insgesamt										
darunter ² aus										
* Europa ³	Mill. €	9 247,6	9 735,9	10 453,9	10 136,2	10 278,2	11 053,0	10 813,4	11 582,7	11 415,4
* dar. aus EU-Ländern ⁴ insgesamt	Mill. €	8 018,8	8 501,6	9 236,1	8 995,7	9 103,2	9 791,4	9 512,6	10 252,5	10 100,7
dar. aus Belgien	Mill. €	298,4	326,8	357,5	390,1	319,8	370,1	354,6	401,8	393,0
Bulgarien	Mill. €	38,2	44,8	54,2	57,0	60,9	60,1	59,1	71,6	65,8
Dänemark	Mill. €	58,5	60,4	69,4	68,4	65,9	71,8	65,4	73,7	62,1
Finnland	Mill. €	40,7	41,4	46,1	49,8	41,5	47,7	47,1	45,7	38,5
Frankreich	Mill. €	525,4	545,4	632,7	582,5	612,6	693,1	741,7	911,5	697,9
Griechenland	Mill. €	32,1	34,8	36,8	34,1	45,7	46,3	38,5	35,9	42,6
Irland	Mill. €	108,0	99,9	121,6	105,8	114,5	111,3	86,7	85,6	96,1
Italien	Mill. €	876,5	927,0	996,0	1 001,7	996,2	1 013,2	1 040,0	1 081,7	1 144,7
Luxemburg	Mill. €	24,2	23,9	23,6	21,4	21,9	30,8	27,5	28,5	31,5
Niederlande	Mill. €	711,4	755,4	781,7	772,0	713,6	850,1	813,7	865,7	804,5
Österreich	Mill. €	1 236,1	1 264,5	1 359,9	1 351,3	1 440,4	1 470,2	1 344,5	1 432,2	1 473,0
Polen	Mill. €	729,4	803,4	910,3	869,7	919,8	929,1	928,3	981,4	1 071,3
Portugal	Mill. €	75,1	78,4	90,4	84,7	88,3	117,6	103,7	117,9	128,0
Rumänien	Mill. €	236,1	246,5	298,7	274,9	311,7	340,5	306,6	343,1	360,4
Schweden	Mill. €	103,2	112,4	124,3	124,9	126,0	145,0	132,4	140,8	124,1
Slowakei	Mill. €	286,8	345,4	334,4	347,3	330,2	311,9	310,2	419,5	383,7
Slowenien	Mill. €	85,9	92,4	107,3	111,5	108,1	109,4	103,0	113,0	122,6
Spanien	Mill. €	349,1	339,6	330,8	314,5	320,6	372,4	327,5	356,3	319,6
Tschechische Republik	Mill. €	956,9	1 096,7	1 203,8	1 117,4	1 139,5	1 236,7	1 195,1	1 238,0	1 287,1
Ungarn	Mill. €	709,8	712,6	760,3	749,1	731,9	891,5	912,8	947,5	844,4
Vereinigtes Königreich	Mill. €	464,1	469,3	507,8	483,2	498,6	472,9	454,5	447,3	499,6
Russische Föderation	Mill. €	462,3	416,6	333,5	245,4	260,2	382,8	420,4	391,6	354,7
* Afrika ³	Mill. €	264,9	201,9	303,8	238,1	306,4	256,2	280,6	423,5	349,1
dar. aus Südafrika	Mill. €	38,4	47,4	71,0	46,0	110,9	32,5	21,2	62,4	58,9
* Amerika	Mill. €	1 169,6	1 147,4	1 146,5	1 180,2	1 048,8	953,7	1 027,7	981,3	1 009,7
darunter aus den USA	Mill. €	1 005,7	970,7	969,1	1 025,4	889,1	792,7	864,3	804,0	843,5
* Asien ³	Mill. €	2 745,4	2 736,0	3 062,8	3 082,9	3 165,4	3 124,3	3 010,3	3 461,0	3 688,9
darunter aus der Volksrepublik China	Mill. €	1 230,7	1 190,1	1 272,7	1 250,4	1 285,3	1 241,9	1 211,9	1 372,5	1 514,9
Japan	Mill. €	240,4	274,4	278,7	247,8	278,8	290,1	290,1	319,4	339,5
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	10,4	11,9	13,1	12,3	14,0	36,5	30,3	34,4	37,1
* Ausfuhr insgesamt (Spezialhandel) ⁵	Mill. €	14 910,8	15 236,0	16 009,2	16 099,5	16 462,7	16 718,6	16 011,7	17 099,4	16 925,5
darunter Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	726,6	732,4	783,1	811,0	786,2	764,4	767,4	765,1	762,9
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	13 807,4	14 120,8	14 850,2	14 667,4	15 093,5	15 380,4	14 674,7	15 746,5	15 601,2
* davon Rohstoffe	Mill. €	81,7	76,2	79,5	76,4	78,3	83,6	81,6	81,5	85,8
* Halbwaren	Mill. €	529,1	520,1	601,9	611,8	643,4	600,2	648,2	679,4	673,7
* Fertigwaren	Mill. €	13 196,7	13 524,6	14 168,7	13 979,2	14 371,9	14 696,6	13 944,9	14 985,6	14 841,7
* davon Vorzeugnisse	Mill. €	1 035,1	1 039,1	1 119,4	1 122,0	1 108,4	1 190,8	1 180,4	1 253,3	1 212,2
* Enderzeugnisse	Mill. €	12 161,6	12 485,4	13 049,3	12 857,2	13 263,5	13 505,7	12 764,5	13 732,3	13 629,5
darunter ² nach										
* Europa ³	Mill. €	9 342,3	9 771,4	10 203,3	10 429,1	10 327,9	10 736,6	10 494,0	10 745,6	10 330,6
* dar. in EU-Länder ⁴ insgesamt	Mill. €	8 245,6	8 624,4	9 001,3	9 197,6	9 098,8	9 461,7	9 239,5	9 468,6	9 012,5
dar. nach Belgien	Mill. €	406,9	429,3	455,9	464,9	419,5	465,1	456,6	470,3	426,6
Bulgarien	Mill. €	37,4	37,5	44,1	45,6	42,7	45,5	44,4	44,8	49,2
Dänemark	Mill. €	120,9	125,0	130,4	129,8	115,3	133,0	117,4	138,8	125,0
Finnland	Mill. €	101,5	103,7	111,6	120,4	118,2	122,9	111,3	113,3	96,5
Frankreich	Mill. €	1 016,5	1 053,6	1 092,9	1 158,3	1 073,7	1 171,1	1 075,7	1 162,3	1 201,8
Griechenland	Mill. €	42,6	44,4	45,7	47,7	43,7	43,9	45,0	48,5	48,4
Irland	Mill. €	58,9	59,6	64,0	63,1	58,5	52,1	59,2	58,3	71,4
Italien	Mill. €	906,1	981,2	1 054,5	1 121,5	1 134,4	1 117,0	1 138,3	1 157,1	1 062,4
Luxemburg	Mill. €	39,6	44,4	50,1	53,4	48,3	60,5	52,4	50,7	57,3
Niederlande	Mill. €	508,6	528,2	542,0	552,4	511,4	571,8	587,6	572,2	562,7
Österreich	Mill. €	1 153,8	1 217,9	1 263,5	1 264,2	1 348,2	1 311,3	1 240,1	1 312,8	1 299,4
Polen	Mill. €	494,8	537,0	584,4	595,6	559,8	623,9	608,9	667,5	650,6
Portugal	Mill. €	96,5	105,8	109,3	118,6	115,1	116,7	117,1	102,7	117,8
Rumänien	Mill. €	155,3	183,6	211,2	206,5	201,6	222,1	221,4	229,7	222,5
Schweden	Mill. €	297,5	308,9	300,9	309,8	281,8	293,7	288,7	311,3	216,8
Slowakei	Mill. €	177,4	183,2	197,6	210,5	168,7	207,3	215,8	222,0	179,0
Slowenien	Mill. €	60,8	65,8	79,2	85,4	78,2	81,8	85,5	80,7	80,3
Spanien	Mill. €	420,7	459,7	520,4	517,8	541,5	547,5	531,2	557,0	555,5
Tschechische Republik	Mill. €	498,7	528,8	542,4	573,8	516,1	591,6	589,0	602,5	579,6
Ungarn	Mill. €	261,4	277,3	317,6	321,2	294,2	344,6	328,1	351,8	325,2
Vereinigtes Königreich	Mill. €	1 289,8	1 243,6	1 161,3	1 116,7	1 304,4	1 196,2	1 194,1	1 088,5	963,5
Russische Föderation	Mill. €	210,1	218,0	259,7	258,9	269,7	270,8	282,9	277,6	304,5
* Afrika ³	Mill. €	236,3	217,2	222,0	248,9	250,2	205,9	223,7	242,2	242,3
dar. nach Südafrika	Mill. €	95,0	81,0	85,9	110,5	89,4	73,3	96,6	96,5	105,1
* Amerika	Mill. €	2 411,3	2 222,3	2 359,9	2 158,5	2 475,4	2 451,8	2 186,4	2 593,2	2 651,7
darunter in die USA	Mill. €	1 897,2	1 711,7	1 791,6	1 603,4	1 875,8	1 846,0	1 636,5	1 993,2	2 038,4
* Asien ³	Mill. €	2 779,6	2 876,0	3 076,2	3 114,0	3 234,8	3 148,9	2 950,9	3 327,9	3 530,4
darunter in die Volksrepublik China	Mill. €	1 202,5	1 248,7	1 335,0	1 359,9	1 445,9	1 435,3	1 366,5	1 615,8	1 660,7
nach Japan	Mill. €	276,2	301,9	311,9	274,8	364,3	322,2	248,7	300,6	336,8
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	139,9	147,6	135,1	149,0	174,5	175,5	156,6	190,6	170,5

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

- 1 Die Monatsergebnisse sind generell vorläufig. Rückwirkend korrigiert werden nur die Jahresergebnisse.
- 2 Ohne Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und nicht ermittelte Länder und Gebiete.
- 3 Ceuta und Melilla werden bis einschließlich Berichtsjahr 2011 Europa und ab 2012 Afrika zugeordnet. Georgien, Armenien,

Aserbaidschan, Kasachstan, Turkmenistan, Usbekistan, Tadschikistan und Kirgistan werden bis einschließlich Berichtsjahr 2011 Europa und ab 2012 Asien zugeordnet.
⁴ EU 27. Ab Juli 2013 28.
⁵ Ab 2003 Nachweis einschl. „nicht aufgliederbares Intrahandelsresultat“.

Bezeichnung	Einheit	2015	2016	2017 ¹	2017 ¹		2018 ¹			
		Monatsdurchschnitt			Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Großhandel (2015 ± 100) ^{2, 3}										
* Index der Großhandelsumsätze nominal	%	100,0	100,5	109,6	108,8	113,3	113,9	123,2	.	.
* Index der Großhandelsumsätze real ⁴	%	100,0	101,0	107,6	107,1	106,8	109,7	119,7	.	.
* Index der Beschäftigten im Großhandel	%	100,0	101,6	103,2	103,0	113,9	104,7	105,0	.	.
Einzelhandel (2015 ± 100) ^{2, 5}										
* Index der Einzelhandelsumsätze nominal	%	100,0	107,1	113,6	112,6	136,5	112,5	115,8	116,5	...
Einzelhandel mit Waren verschiedener Art ⁶	%	100,0	102,1	109,2	109,8	128,5	110,4	115,8	110,8	...
Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren ⁶	%	100,0	104,6	108,4	114,5	119,1	112,0	117,7	113,6	...
Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln ⁶	%	100,0	105,6	109,4	112,0	136,7	108,2	112,3	118,2	...
Sonstiger Facheinzelhandel ⁶	%	100,0	103,5	106,0	107,1	121,6	106,3	107,4	109,7	...
Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen)	%	100,0	126,4	139,7	132,8	281,2	131,5	136,6	147,2	...
* Index der Einzelhandelsumsätze real ⁴	%	100,0	106,5	111,1	111,1	128,3	108,4	111,7	113,7	...
* Index der Beschäftigten im Einzelhandel	%	100,0	101,2	103,5	103,5	110,6	103,8	103,9	103,7	...
Kfz-Handel (2015 ± 100) ^{2, 7}										
* Index der Umsätze im Kfz-Handel nominal	%	100,0	105,7	112,1	113,5	117,4	121,3	127,7	.	.
* Index der Umsätze im Kfz-Handel real ⁴	%	100,0	104,6	109,6	110,9	110,9	117,3	123,6	.	.
* Index der Beschäftigten im Kfz-Handel	%	100,0	102,2	105,5	104,6	119,1	106,8	106,6	.	.
Gastgewerbe (2015 ± 100) ²										
* Index der Gastgewerbeumsätze nominal	%	100,0	103,5	108,3	125,5	144,1	118,3	119,3	132,2	...
Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis	%	100,0	104,3	105,3	122,7	153,7	114,5	117,5	127,6	...
Sonstiges Beherbergungsgewerbe	%	100,0	210,4	200,3	201,8	280,2	220,2	229,4	231,6	...
Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbißhallen	%	100,0	102,3	111,6	128,2	135,8	125,5	122,7	137,7	...
Sonstiges Gaststättengewerbe	%	100,0	102,2	110,9	128,7	138,3	123,4	120,8	136,3	...
Kantinen und Caterer	%	100,0	103,5	106,3	114,9	117,7	106,1	115,7	123,3	...
* Index der Gastgewerbeumsätze real ⁴	%	100,0	101,3	103,9	120,1	124,4	111,3	112,6	124,2	...
* Index der Beschäftigten im Gastgewerbe	%	100,0	101,1	102,9	107,2	116,1	106,7	107,8	109,2	...
Fremdenverkehr ⁸										
* Gästeankünfte	1 000	2 850	2 884	3 107	4 386	4 023	3 558	3 770	4 587	4 116
darunter Auslandsgäste	1 000	711	696	782	1 239	1 136	824	940	1 291	1 200
* Gästeübernachtungen	1 000	7 342	7 409	7 864	11 018	11 380	8 982	9 298	11 599	11 416
darunter Auslandsgäste	1 000	1 463	1 422	1 594	2 429	2 370	1 701	1 861	2 562	2 482
Verkehr										
Straßenverkehr										
* Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge insgesamt ⁹	Anzahl	60 725	64 910	68 008	70 662	58 986	73 770	83 040	81 848	75 436
darunter Krafträder ¹⁰	Anzahl	3 377	4 002	3 104	4 193	3 024	5 032	4 708	4 152	3 588
* Personenkraftwagen und sonstige „M1“-Fahrzeuge	Anzahl	51 721	55 045	58 414	60 165	50 443	62 258	70 967	70 737	65 521
* Lastkraftwagen	Anzahl	3 820	4 112	4 574	4 471	3 952	4 633	5 073	4 894	4 574
* Zugmaschinen	Anzahl	1 442	1 364	1 519	1 461	1 206	1 448	1 762	1 636	1 375
sonstige Kraftfahrzeuge	Anzahl	245	257	276	298	280	277	420	366	322
Beförderte Personen im Schienen- und gewerblichen Omnibuslinienverkehr insgesamt (Quartalsergebnisse) ¹¹										
davon öffentliche und gemischtwirtschaftliche Unternehmen	1 000	106 408	110 936	110 314	.	.	.	330 221	.	.
private Unternehmen	1 000	91 908	94 728	94 443	.	.	.	282 005	.	.
private Unternehmen	1 000	14 501	16 208	15 871	.	.	.	48 215	.	.
* Straßenverkehrsunfälle insgesamt ¹²	Anzahl	32 594	33 175	33 746	37 600	31 665	35 259	35 130	37 059	...
* davon Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	4 486	4 542	4 428	6 123	4 994	5 309	5 347	5 627	...
mit nur Sachschaden	Anzahl	28 108	28 633	29 318	31 477	26 671	29 950	29 783	31 432	...
* Getötete Personen ¹³	Anzahl	51	51	51	70	56	44	51	62	...
* Verletzte Personen	Anzahl	5 930	5 980	5 805	7 945	6 442	6 727	6 666	7 061	...
Luftverkehr Fluggäste										
Flughafen München Ankunft	1 000	1 706	1 761	1 861	2 161	2 049	2 010	2 182	2 204	...
Abgang	1 000	1 699	1 752	1 850	2 204	2 153	2 064	2 065	2 254	...
Flughafen Nürnberg Ankunft	1 000	140	144	174	213	227	196	214	218	...
Abgang	1 000	140	144	173	223	243	214	208	234	...
Flughafen Memmingen Ankunft	1 000	36	42	50	51	57	65	67	72	...
Abgang	1 000	36	41	49	53	58	67	64	76	...
Eisenbahnverkehr ¹⁴										
Güterempfang	1 000 t	2 387	2 432	2 281	2 402	2 435
Güterversand	1 000 t	2 052	2 025	1 872	2 060	1 999
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang insgesamt	1 000 t	361	356	389	504	467	416	406
davon auf dem Main	1 000 t	190	187	203	236	239	229	199
auf der Donau	1 000 t	171	169	187	268	229	187	207
* Güterversand insgesamt	1 000 t	254	242	269	338	331	298	306
davon auf dem Main	1 000 t	154	164	180	179	230	235	221
auf der Donau	1 000 t	100	78	89	159	101	63	85

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Die Monatsergebnisse der Bereiche Großhandel, Einzelhandel, Kfz-Handel, Gastgewerbe (Rückkorrektur über 24 Monate) und Fremdenverkehr (Rückkorrektur über 6 Monate) sind generell vorläufig und werden einschließlich der Vorjahresmonate laufend rückwirkend korrigiert.

2 Die monatlichen Handels- und Gastgewerbestatistiken werden als Stichprobenerhebungen durchgeführt. Abweichend hiervon werden (ab dem Berichtsmonat September 2012) die Ergebnisse zum Großhandel und zum Kfz-Handel in einer Vollerhebung im Mixmodell (Direktbefragung großer Unternehmen und Nutzung von Verwaltungsdaten für die weiteren Unternehmen) ermittelt.

3 Einschließlich Handelsvermittlung.

4 Einzelhandel, Kfz-Handel, Gastgewerbe und Großhandel in Preisen von 2010.

5 Einschließlich Tankstellen.

6 In Verkaufsräumen.

7 sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. Ohne Tankstellen.

8 Abschnidegrenze für Beherbergungsbetriebe ab 2012 bei 10 Betten bzw. 10 Stellplätzen bei Campingplätzen.

9 Daten des Kraftfahrt-Bundesamtes.

10 Einschl. Leichtkrafträder, dreirädrige und leichte vierrädrige Kfz.

11 Die Ergebnisse des laufenden Jahres und des Vorjahres sind vorläufig.

12 Soweit durch die Polizei erfasst. Die einzelnen Monatsergebnisse des laufenden Jahres sind vorläufig.

13 Einschl. der innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen.

14 Ohne Berücksichtigung der Nachkorrekturen.

Bezeichnung	Einheit	2015	2016	2017	2017		2018			
		Monatsdurchschnitt ¹			Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ^{2 3}										
Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. €	480 758	500 590	520 930	.	.	.	535 959	.	.
dar. Kredite an inländische Nichtbanken ⁴	Mill. €	423 243	440 184	454 163	.	.	.	460 829	.	.
dav. kurzfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. €	51 091	49 746	51 043	.	.	.	56 045	.	.
Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	46 695	46 500	47 674	.	.	.	52 754	.	.
öffentliche Haushalte ⁶	Mill. €	4 397	3 246	3 369	.	.	.	3 291	.	.
mittelfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁷	Mill. €	61 419	65 747	68 797	.	.	.	66 247	.	.
Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	59 465	64 061	67 117	.	.	.	64 742	.	.
öffentliche Haushalte ⁶	Mill. €	1 954	1 686	1 681	.	.	.	1 505	.	.
langfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁸	Mill. €	368 248	385 097	401 090	.	.	.	413 667	.	.
Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	335 294	353 193	371 229	.	.	.	385 193	.	.
öffentliche Haushalte ⁶	Mill. €	32 955	31 904	29 861	.	.	.	28 474	.	.
Einlagen von Nichtbanken insgesamt ⁹ (Monatsende)	Mill. €	582 467	610 894	640 191	.	.	.	656 353	.	.
davon Sicht- und Termineinlagen ¹⁰	Mill. €	462 238	491 875	521 485	.	.	.	538 269	.	.
von Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	431 304	456 986	485 300	.	.	.	500 656	.	.
von öffentlichen Haushalten ⁶	Mill. €	30 935	34 889	36 185	.	.	.	37 613	.	.
Spareinlagen	Mill. €	120 229	119 020	118 707	.	.	.	118 084	.	.
darunter bei Sparkassen	Mill. €	47 043	46 068	45 401	.	.	.	44 851	.	.
bei Kreditbanken	Mill. €	26 967	26 139	25 823	.	.	.	25 580	.	.
Zahlungsschwierigkeiten										
Insolvenzen insgesamt	Anzahl	1 214	1 160	1 057	1 085	1 046	1 075	981	1 143	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	102	93	85	66	85	93	79	97	...
davon Unternehmen	Anzahl	266	228	213	205	210	218	195	219	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	71	67	58	46	53	65	59	67	...
Verbraucher	Anzahl	674	654	585	611	584	581	515	626	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	1	2	1	1	3	3	1	2	...
ehemals selbständig Tätige	Anzahl	226	238	215	231	201	220	211	234	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	16	14	15	13	12	15	9	19	...
sonstige natürliche Personen ¹¹ , Nachlässe	Anzahl	48	40	44	38	51	56	60	64	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	14	10	11	6	17	10	10	9	...
Voraussichtliche Forderungen insgesamt	1 000 €	295 993	209 782	240 337	348 809	302 890	466 326	429 792	260 126	...
davon Unternehmen	1 000 €	192 203	126 560	154 838	271 631	236 518	385 730	373 367	185 823	...
Verbraucher	1 000 €	34 902	35 812	28 346	31 997	27 536	28 065	24 025	28 341	...
ehemals selbständig Tätige	1 000 €	51 312	40 025	35 703	35 907	34 129	48 918	29 815	33 663	...
sonstige natürliche Personen ¹¹ , Nachlässe	1 000 €	17 576	7 385	21 450	9 274	4 707	3 613	2 586	12 299	...
Öffentliche Sozialleistungen										
(Daten der Bundesanstalt für Arbeit)										
Arbeitslosenversicherung (SGB III – Arbeitsförderung –)										
Empfänger von Arbeitslosengeld I	1 000	127,9	121,5	114,9	105,4	109,8	99,6	96,8	100,7	...
Ausgaben für Arbeitslosengeld I ¹²	Mill. €	151,9	197,6	192,7	171,8	173,0	178,8	171,7	167,0	171,1
Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) ¹³										
Bedarfsgemeinschaften	1 000	235,3r	243,0	246,5	247,9	246,8	233,9	231,4
Personen in Bedarfsgemeinschaften	1 000	440,9r	454,1	468,1	471,1	470,6	451,2	447,1
darunter erwerbsfähige Leistungsberechtigte	1 000	299,8r	310,4	319,6	322,4	320,9	304,7	301,3
nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte	1 000	113,6r	116,6	124,9	125,7	126,0	122,5	121,6
Steuern										
Gemeinschaftsteuern ¹⁴	Mill. €
davon Steuern vom Einkommen	Mill. €	5 226,6	5 537,9	5 871,7	4 621,2	5 139,5	5 077,2	10 504,5	5 263,1	4 292,7
davon Lohnsteuer	Mill. €	3 437,8	3 569,9	3 766,8	3 680,4	3 931,2	3 978,9	4 109,3	4 093,8	3 968,9
veranlagte Einkommensteuer	Mill. €	881,1	977,2	1 077,3	- 68,0	- 28,5	177,1	2 929,3	- 178,4	- 40,8
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. €	395,5	446,3	488,5	915,4	1 380,7	666,5	1 400,5	1 433,4	227,9
Abgeltungsteuer	Mill. €	110,7	78,2	81,2	51,5	56,7	46,7	34,5	54,9	69,4
Körperschaftsteuer	Mill. €	401,5	466,3	457,9	41,9	- 200,6	208,0	2 030,9	- 140,6	67,3
Steuern vom Umsatz ¹⁵	Mill. €
davon Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer)	Mill. €	2 110,0	2 306,8	2 367,7	2 670,7	2 204,4	2 569,1	2 356,8	2 447,7	2 833,4
Einfuhrumsatzsteuer ¹⁶	Mill. €
Bundessteuern ¹⁷	Mill. €
darunter Verbrauchsteuern	Mill. €
darunter Mineralölsteuer	Mill. €
Solidaritätszuschlag	Mill. €
Landessteuern	Mill. €	302,0	332,5	310,4	292,4	296,9	320,6	506,4	323,9	369,8
darunter Erbschaftsteuer	Mill. €	130,8	143,6	120,2	104,2	118,2	121,8	315,4	125,9	153,5
Grunderwerbsteuer	Mill. €	130,9	148,3	148,8	153,7	142,1	144,8	139,4	165,3	170,3
Biersteuer	Mill. €	13,1	12,9	12,7	15,4	14,6	13,8	15,3	14,2	16,2

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Kredite und Einlagen: Stand Jahresende, ab 2005 Quartalsdurchschnitt.

2 Aus Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank Frankfurt am Main. – Quartalsergebnisse der in Bayern

tätigen Kreditinstitute (einschl. Bausparkassen), ohne Landeszentralbank und Postbank.

3 Stand am Jahres- bzw. Monatsende.

4 Ohne Treuhandkredite.

5 Ab 12/04 einschl. Kredite (Einlagen) an ausländischen öffentlichen Haushalten.

6 Ab 12/04 ohne Kredite (Einlagen) an ausländischen öffentlichen Haushalten.

7 Laufzeiten von über 1 Jahr bis 5 Jahre.

8 Laufzeiten über 5 Jahre.

9 Ohne Verbindlichkeiten gegenüber Geldmarktfonds und ohne Einlagen aus Treuhandkrediten.

10 Einschl. Sparbriefe.

11 Nachweis erst ab 2002 möglich.

12 ab 2016 inklusive Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung.

13 Daten nach Revision und Wartezeit von drei Monaten.

☆ Aktuelle Daten nicht mehr verfügbar.

Bezeichnung	Einheit	2015	2016	2017	2017		2018			
		Monatsdurchschnitt			Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Noch: Steuern										
Gemeindesteuern ^{1, 2, 3}	Mill. €	888,0	958,0	976,0	.	.	.	3 351,2	.	.
darunter Grundsteuer A	Mill. €	7,1	7,0	7,2	.	.	.	24,9	.	.
Grundsteuer B	Mill. €	139,6	143,2	146,5	.	.	.	526,3	.	.
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. €	736,9	803,1	817,4	.	.	.	2 782,9	.	.
Steuereinnahmen des Bundes *	Mill. €									
darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen ^{4, 5}	Mill. €	2 074,8	2 205,0	2 342,2	1 837,1	2 066,4	1 800,3	4 515,7	2 130,1	1 635,9
Anteil an den Steuern vom Umsatz *	Mill. €									
Anteil an der Gewerbesteuerumlage ^{4, 6}	Mill. €	27,8	29,6	33,3	101,9	0,0	0,0	0,0	1,0	0,0
Steuereinnahmen des Landes *	Mill. €									
darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen ^{4, 5}	Mill. €	2 038,2	2 194,8	2 317,4	1 837,1	2 006,5	1 664,6	4 515,7	2 130,1	1 585,2
Anteil an den Steuern vom Umsatz *	Mill. €									
Anteil an der Gewerbesteuerumlage ^{4, 6, 7}	Mill. €	104,4	111,4	124,1	353,6	26,4	18,6	0,1	1,1	18,0
Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv ^{2, 3, 4}	Mill. €	1 401,5	1 484,4	1 560,1						
darunter Anteil an der Lohn- u. veranl. Einkommensteuer ^{4, 8}	Mill. €	579,6	608,5	657,2	481,3	512,1	454,7	989,7	523,8	521,1
Anteil an den Steuern vom Umsatz *	Mill. €	63,5	64,8	81,9	.	.	.	323,9	.	.
Gewerbesteuer (netto) ^{1, 9}	Mill. €	603,3	662,5	660,7	.	.	.	2 323,5	.	.
Verdienste		2016	2017	2016	2017	2018				
		Jahreswert		2. Vj.	3. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
* Bruttonomatsverdienste ¹⁰ der vollzeitbeschäftigten										
Arbeitnehmer ¹¹ im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	€	4 343	...	3 878	3 892	3 946	3 984	3 999	4 082	...
männlich	€	4 618	...	4 095	4 117	4 162	4 202	4 217	4 310	...
weiblich	€	3 663	...	3 338	3 339	3 411	3 441	3 464	3 517	...
Leistungsgruppe ¹²	€	8 349	...	7 013	7 067	7 232	7 286	7 259	7 358	...
Leistungsgruppe ²¹²	€	5 128	...	4 544	4 599	4 644	4 666	4 708	4 800	...
Leistungsgruppe ³¹²	€	3 426	...	3 154	3 178	3 217	3 239	3 238	3 318	...
Leistungsgruppe ⁴¹²	€	2 801	...	2 605	2 625	2 669	2 697	2 664	2 749	...
Leistungsgruppe ⁵¹²	€	2 292	...	2 188	2 166	2 259	2 298	2 271	2 344	...
Produzierendes Gewerbe	€	4 575	...	4 021	4 039	4 157	4 205	4 152	4 289	...
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	€	3 655	...	3 342	3 392	3 502	3 463	3 428	3 468	...
Verarbeitendes Gewerbe	€	4 776	...	4 157	4 166	4 293	4 350	4 323	4 440	...
Energieversorgung	€	5 154	...	4 543	4 600	4 779	4 822	4 853	4 910	...
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	€	3 491	...	3 241	3 278	3 380	3 410	3 400	3 438	...
Baugewerbe	€	3 480	...	3 293	3 340	3 446	3 435	3 258	3 532	...
Dienstleistungsbereich	€	4 181	...	3 778	3 789	3 813	3 843	3 897	3 942	...
Handel; Instandhaltung, u. Reparatur von Kraftfahrzeugen	€	4 085	...	3 661	3 604	3 660	3 673	3 797	3 829	...
Verkehr und Lagerei	€	3 219	...	2 990	2 983	3 058	3 094	3 068	3 151	...
Gastgewerbe	€	2 481	...	2 367	2 369	2 439	2 474	2 465	2 519	...
Information und Kommunikation	€	5 786	...	5 107	5 187	5 073	5 091	5 161	5 224	...
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	€	5 813	...	4 830	4 917	5 181	5 278	5 422	5 439	...
Grundstücks- und Wohnungswesen	€	4 798	...	4 222	4 233	4 417	4 475	4 462	4 444	...
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	€	5 489	...	4 741	4 711	4 799	4 828	4 920	5 004	...
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	€	2 700	...	2 568	2 564	2 643	2 652	2 669	2 776	...
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	€	3 810	...	3 583	3 641	3 705	3 705	3 712	3 712	...
Erziehung und Unterricht	€	4 564	...	4 319	4 342	4 149	4 171	4 299	4 299	...
Gesundheits- und Sozialwesen	€	3 916	...	3 628	3 668	3 832	3 853	3 778	3 820	...
Kunst, Unterhaltung und Erholung	€	/	...	/	/	/	/	/	3 622	...
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	€	4 065	...	3 675	3 714	3 648	3 728	3 818	3 816	...
		2013	2014	2015	2016	2017	2017	2018		
Preise		Durchschnitt ¹³					Sept.	Juli	August	Sept.
* Verbraucherpreisindex (2010 = 100)										
Gesamtindex	%	105,8	106,6	107,0	107,6	109,4	109,9	111,9	112,1	112,7
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	109,6	110,7	112,3	113,1	116,1	115,9	118,4	118,3	119,2
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	%	108,0	110,3	113,6	116,6	119,5	120,6	124,0	123,9	123,9
Bekleidung und Schuhe	%	106,2	107,9	109,4	110,2	112,0	116,0	103,7	109,0	117,3
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	%	107,5	108,3	108,0	108,3	110,1	110,3	112,6	112,9	113,6
Möbel, Leuchten, Geräte u. a. Haushaltszubehör	%	102,4	102,8	103,9	104,5	105,0	105,1	106,1	106,2	106,6
Gesundheitspflege	%	98,7	100,7	103,1	104,4	106,3	106,7	107,5	107,6	107,6
Verkehr	%	108,2	108,2	106,2	105,2	108,2	108,6	112,5	112,9	114,3
Nachrichtenübermittlung	%	93,4	92,3	91,2	90,3	89,8	89,7	89,1	89,0	88,9
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	103,2	104,4	104,7	105,7	107,3	107,1	113,0	112,1	109,3
Bildungswesen	%	97,3	76,8	78,5	80,5	82,2	82,6	83,9	83,9	84,9
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	%	105,2	108,1	111,0	112,9	114,5	115,5	117,5	117,6	117,6
Andere Waren und Dienstleistungen	%	104,2	106,1	107,6	109,7	109,5	110,0	110,8	110,9	110,9
Dienstleistungen ohne Nettokaltmiete	%	103,6	104,9	106,2	107,6	108,6	108,9	112,1	111,8	110,7
Nettokaltmiete	%	104,0	105,6	107,2	108,9	110,8	111,2	113,1	113,3	113,4

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht..

- 1 Vj. Kassenstatistik.
2 Quartalsbeträge (jeweils unter dem letzten Quartalsmonat nachgewiesen).
3 Einschl. Steueraufkommen der Landkreise.

- 4 Quelle: Bundesministerium der Finanzen (BMF).
5 März, Juni, September und Dezember: Termin von Vierteljahreszahlungen.
6 April, Juli, Oktober und Dezember: Termin von Vierteljahreszahlungen.
7 Einschl. Erhöhungsbetrag.
8 Einschl. Zinsabschlag.
9 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.
10 Quartalswerte: ohne Sonderzahlungen; Jahreswerte: mit Sonderzahlungen.

- 11 Einschl. Beamte, ohne Auszubildende.
12 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.
13 Durchschnitt aus 12 Monatsindizes.
☆ Aktuelle Daten nicht mehr verfügbar.

Bezeichnung	Einheit	2013	2014	2015	2016	2017	2017	2018		
		Durchschnitt ¹					Nov.	Februar	Mai	August
Noch: Preise										
Preisindex für Bauwerke ² (2015 ± 100)										
Wohngebäude insgesamt (reine Baukosten)	%	96,5	98,5	100,0	102,1	105,5	106,8	108,9	109,6	111,2
davon Rohbauarbeiten	%	97,4	99,1	100,0	102,1	105,8	107,5	109,7	110,3	112,5
Ausbauarbeiten	%	95,7	98,1	100,0	102,0	105,2	106,2	108,4	109,1	110,1
Schönheitsreparaturen in einer Wohnung	%	97,1	99,0	100,0	101,3	103,4	104,0	105,8	105,8	106,7
Bürogebäude	%	96,5	98,6	100,0	102,0	105,5	106,9	108,9	109,6	111,1
Gewerbliche Betriebsgebäude	%	96,7	98,6	100,0	102,0	105,5	106,9	108,8	109,5	111,1
Straßenbau	%	98,7	99,9	100,0	100,8	103,2	104,1	105,4	106,0	107,9
							2017		2018	
							3 Vj.	4 Vj.	1 Vj.	2 Vj.
Baulandpreise je m²										
Baureifes Land	€	223,59	234,86	235,17	261,25	315,07	294,15	375,69	275,62	...
Rohbauland	€	59,72	50,19	50,93	56,68	74,16	78,10	72,13	36,39	...
Sonstiges Bauland	€	61,06	67,30	68,30	83,24	80,57	67,05	98,04	96,69	...

Nachrichtlich: Ergebnisse für Deutschland

Bezeichnung	Einheit	2013	2014	2015	2016	2017	2017	2018		
		Durchschnitt ¹					Sept.	Juli	August	Sept.
Verbraucherpreisindex (2010 ≙ 100)										
Gesamindex	%	105,7	106,6	106,9	107,4	109,3	109,6	111,6	111,7	112,1
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	110,4	111,5	112,3	113,2	116,4	116,3	118,8	118,5	119,5
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	%	107,0	110,3	113,4	116,0	118,9	119,7	123,7	123,8	123,8
Bekleidung und Schuhe	%	104,4	105,5	106,3	107,0	108,5	111,7	101,8	105,0	112,1
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	%	107,5	108,4	108,0	107,9	109,6	109,8	111,7	111,9	112,4
Möbel, Leuchten, Geräte u. a. Haushaltszubehör	%	102,1	102,5	103,2	103,8	104,1	104,2	104,9	104,8	105,3
Gesundheitspflege	%	99,4	101,4	103,4	105,1	107,0	107,2	108,5	108,6	108,7
Verkehr	%	107,5	107,3	105,5	104,6	107,6	107,9	111,7	112,0	112,9
Nachrichtenübermittlung	%	93,4	92,3	91,2	90,3	89,8	89,7	89,1	89,0	88,9
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	103,1	104,4	105,0	106,1	108,0	107,9	113,8	112,9	110,0
Bildungswesen	%	95,1	93,1	92,8	94,4	95,5	96,0	98,0	91,6	93,3
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	%	106,0	108,2	111,0	113,2	115,5	116,5	118,3	118,4	118,9
Andere Waren und Dienstleistungen	%	104,3	106,1	107,2	109,2	109,2	109,8	110,5	110,5	110,8
Außenhandels-, Erzeuger- und Großhandelspreise in Deutschland										
Index der Einfuhrpreise ³ (2015 ≙ 100)	%	105,2	102,9	100,0	96,7	100,1	99,3	103,3	103,3	...
Ausfuhrpreise ⁴ (2015 ≙ 100)	%	99,4	99,1	100,0	99,0	100,7	100,5	102,2	102,4	...
Index der										
Erzeugerpreise gew. Produkte ⁴ (Inlandsabsatz); (2015 ≙ 100)	%	102,9	101,9	100,0	98,4	101,1	101,5	103,9	104,2	...
Vorleistungsgüterproduzenten	%	102,4	101,4	100,0	98,5	102,4	103,0	105,7	105,7	...
Investitionsgüterproduzenten	%	98,9	99,4	100,0	100,6	101,8	101,9	103,2	103,3	...
Konsumgüterproduzenten zusammen	%	100,3	100,8	100,0	100,6	103,6	104,6	104,6	104,7	...
Gebrauchsgüterproduzenten	%	97,6	98,8	100,0	101,1	102,2	102,4	104,0	104,1	...
Verbrauchsgüterproduzenten	%	100,8	101,1	100,0	100,6	103,8	104,9	104,7	104,8	...
Energie	%	109,0	105,6	100,0	94,1	96,6	96,7	102,1	102,8	...
Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte ⁴ (2010 ≙ 100)	%	120,7	111,1	106,9	106,6	115,2p	115,9p	112,4p	115,5p	...
Pflanzliche Erzeugung	%	120,2	103,8	114,3	117,2	114,1p	109,1p	117,8p	122,9p	...
Tierische Erzeugung	%	121,1	115,9	102,1	99,7	115,8	120,3	109,0p	110,7p	...
Großhandelsverkaufspreise ⁴ (2015 ≙ 100)	%	102,3	101,1	100,0	98,8	102,0	102,4	105,3	105,5	...
darunter Großhandel mit										
Nahrungs- u. Genussmitteln, Getränken, Tabakwaren	%	98,3	98,6	100,0	101,1	103,2	103,9	107,0	106,3	...
festen Brennstoffen, Mineralölerzeugnissen	%	120,1	114,3	100,0	88,8	99,7	98,9	112,6	113,6	...
Einzelhandel und Kraftfahrzeughandel										
zusammen (2010 ≙ 100)	%	104,4	105,0	105,3	105,9	107,9	108,3	109,1	109,5	110,6
darunter Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	%	107,2	108,3	108,8	109,4	111,9	112,3	113,9	113,8	114,6
Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	%	108,8	110,1	111,8	113,4	115,4	115,3	118,3	118,1	118,7
Kraftfahrzeughandel	%	101,8	102,1	103,0	104,1	105,5	105,9	107,3	107,4	107,5

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Durchschnitt aus 12 Monatsindizes, ausgenommen: Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte (Vierteljahresdurchschnittsmesszahlen der einzelnen Waren mit den entsprechenden Monats- bzw. Vierteljahresumsätzen im Kalenderjahr 1995), Preisindex für Bauwerke (Durchschnitt aus den 4 Erhebungsmonaten Februar, Mai, August und November) und Bauland-

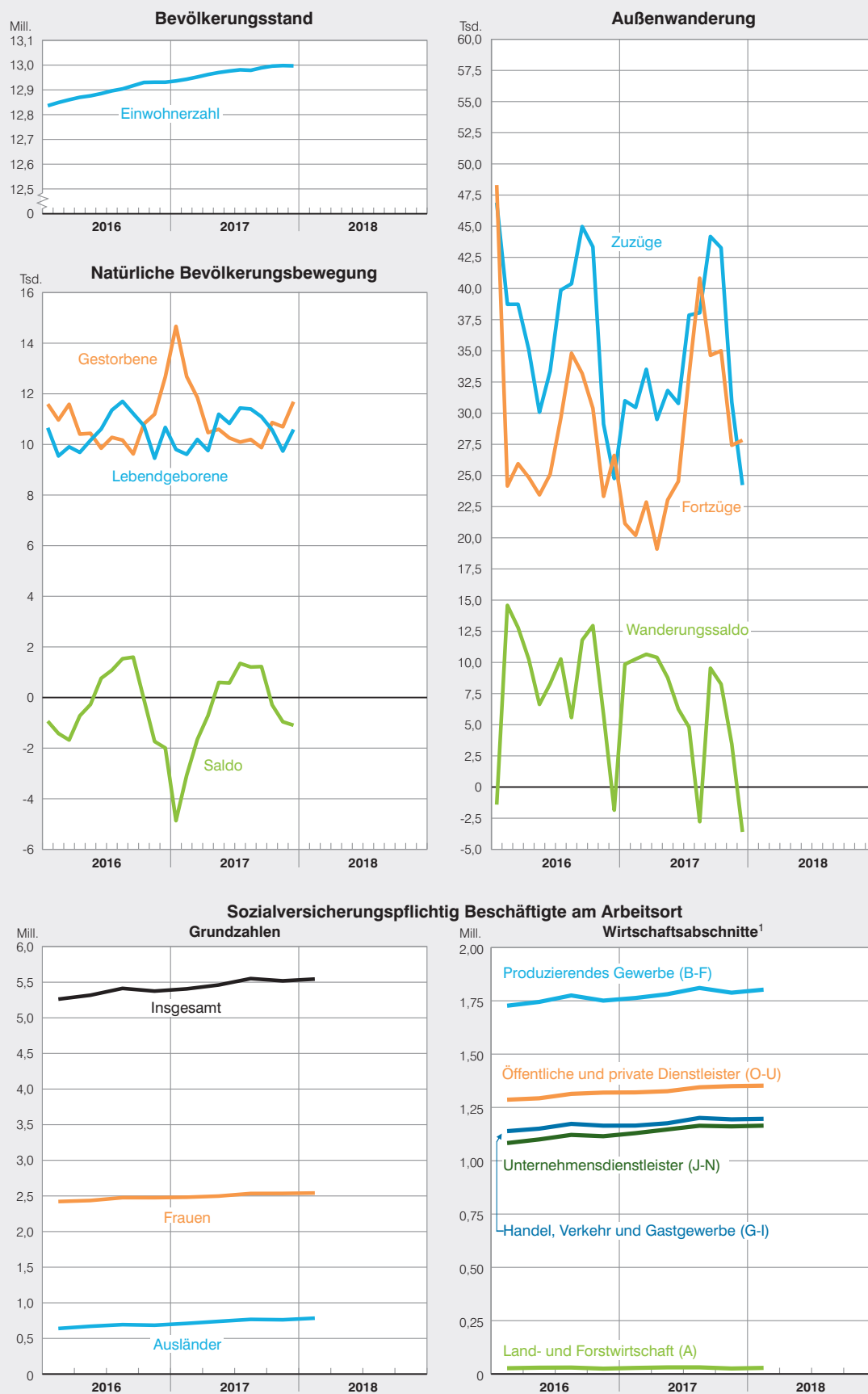
preise (Monatsdurchschnitt für die Jahre aus der Jahresaufbereitung).

2 Einschl. Mehrwertsteuer.

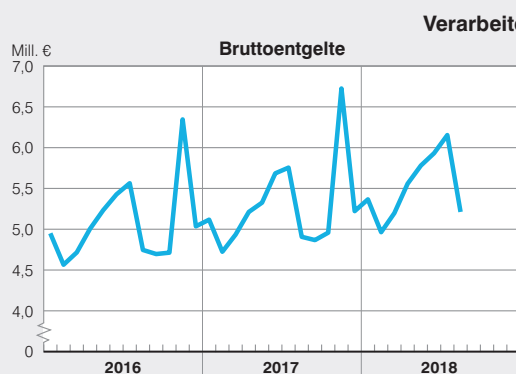
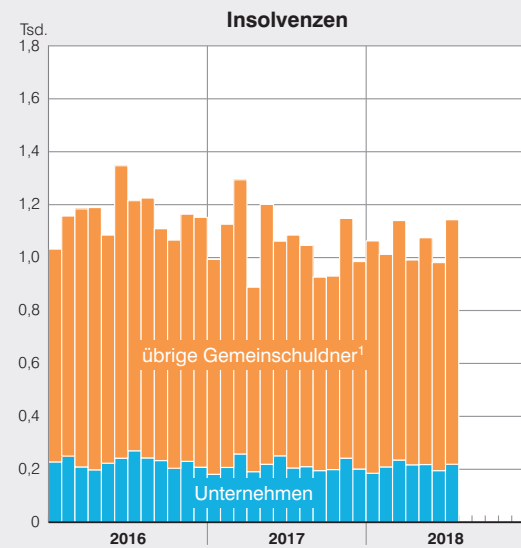
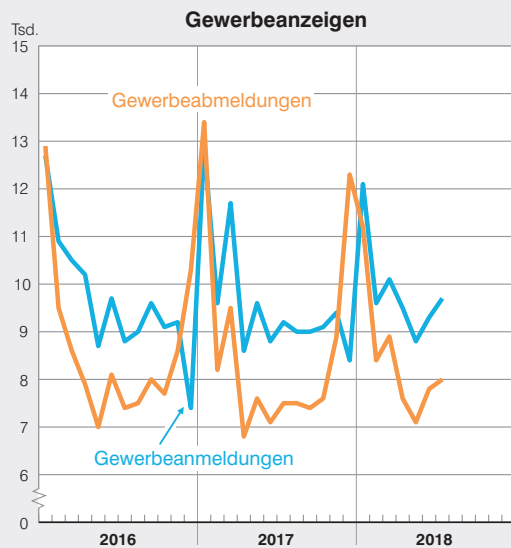
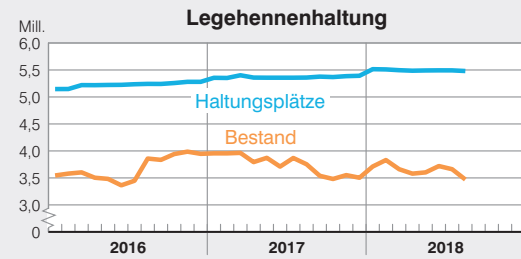
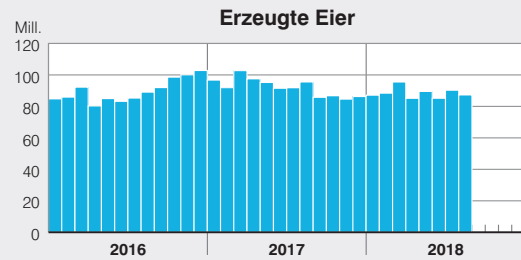
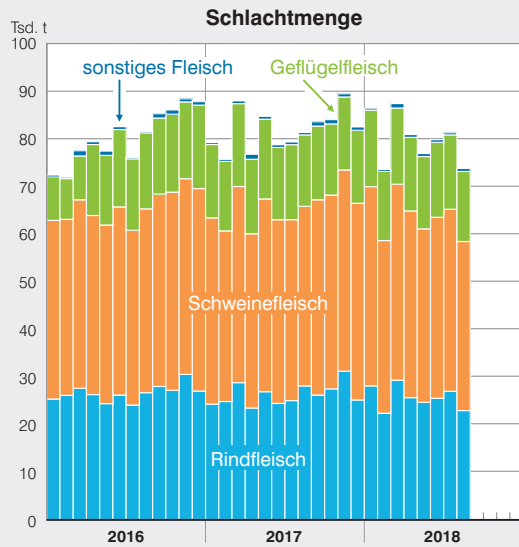
3 Ohne Zölle, Abschöpfungen, Währungsausgleichsbeträge und Einfuhrumsatzsteuer.

4 Ohne Mehrwertsteuer.

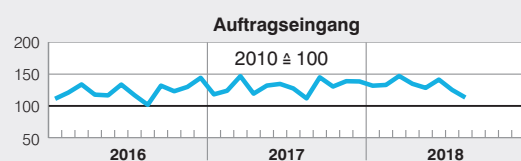
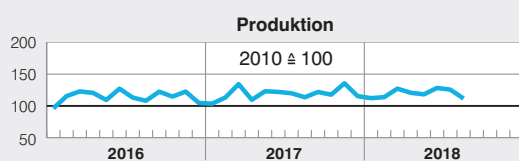
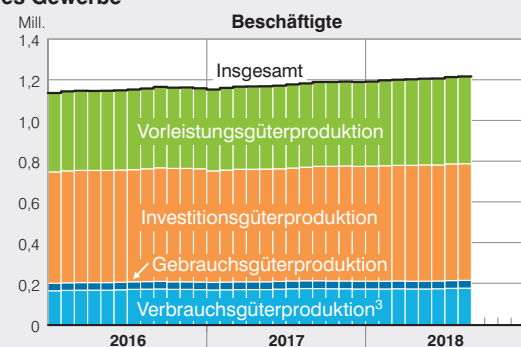
Graphiken zum Bayerischen Zahlenspiegel



¹ Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008); in Klammern WZ-Code (Näheres Statistischer Bericht A6501C).



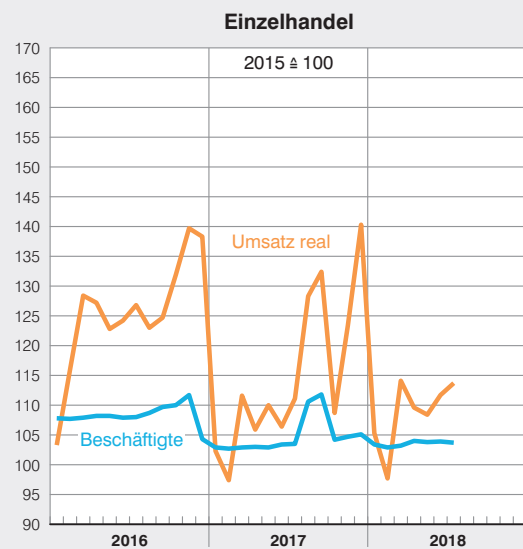
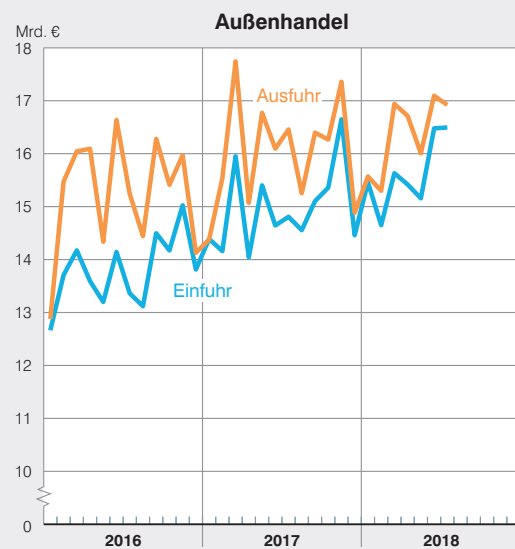
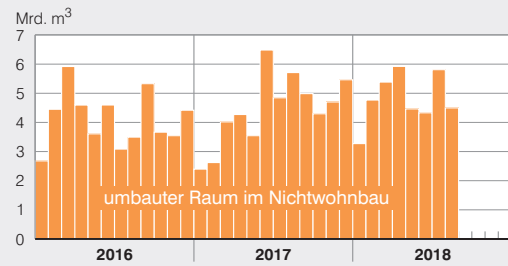
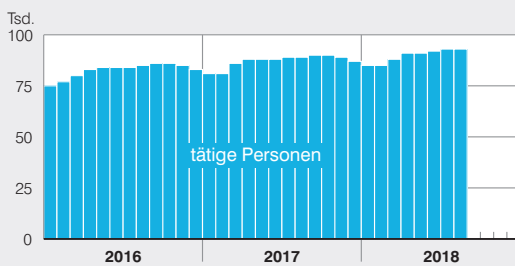
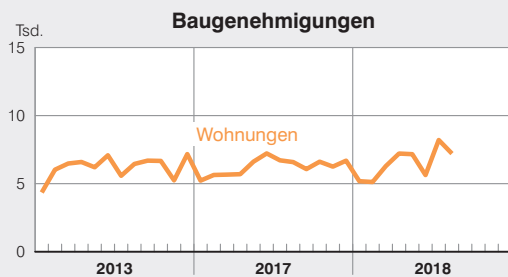
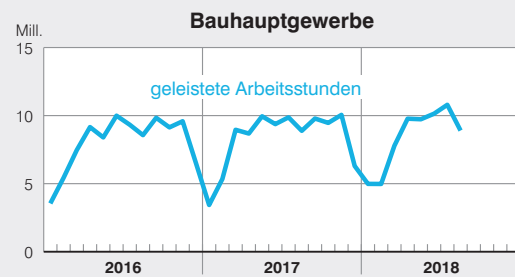
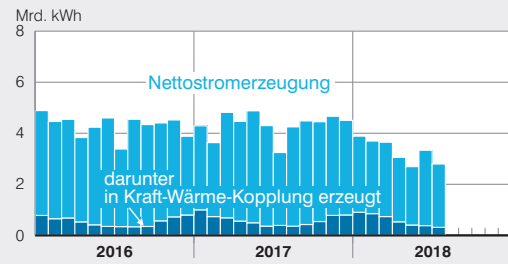
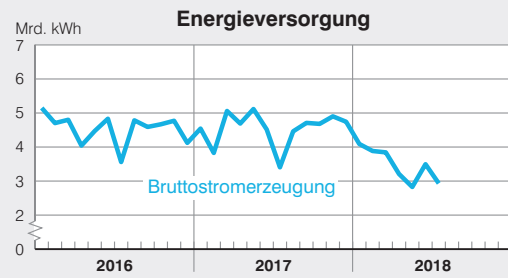
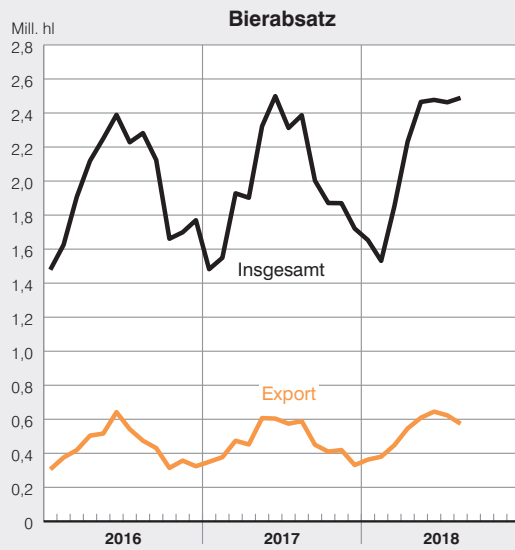
Verarbeitendes Gewerbe²

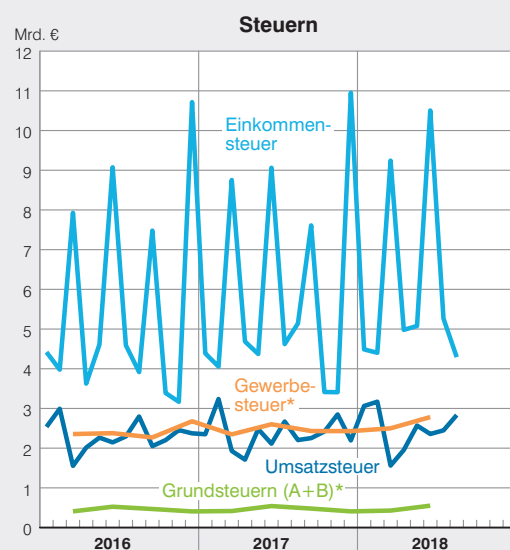
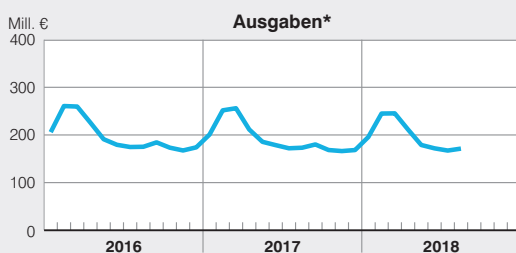
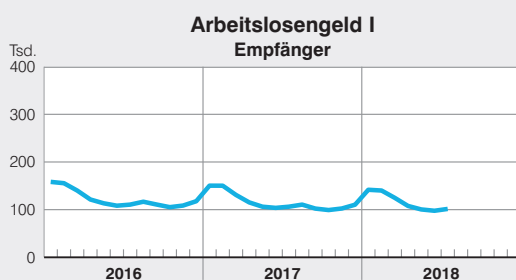
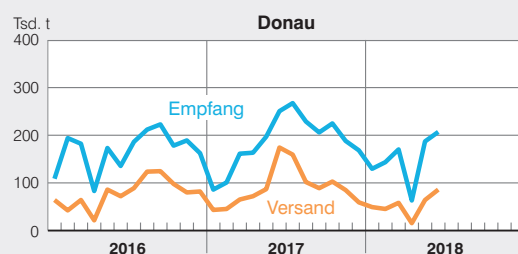
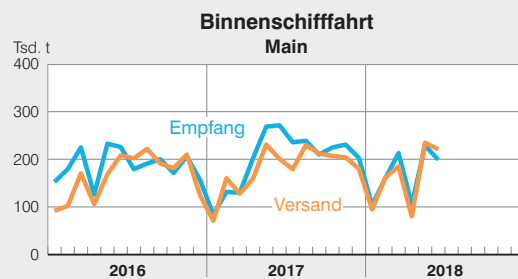
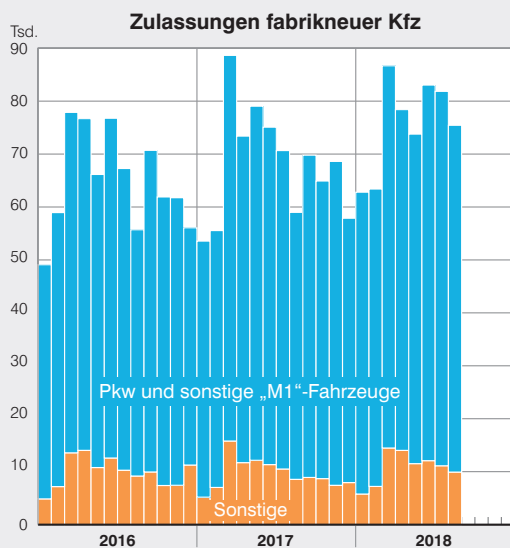
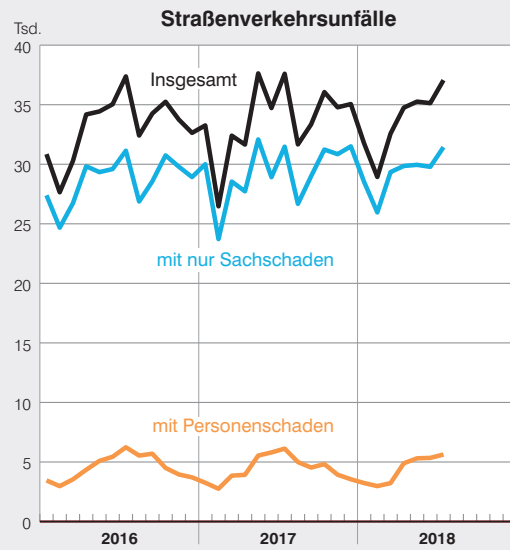
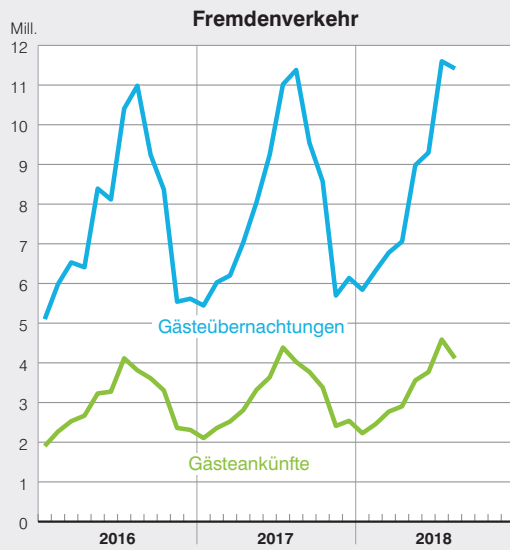


¹ Einschließlich Verbraucherinsolvenzen.

² Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; ab Jan. 2007 nur Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten, davor Betriebe von Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten.

³ Einschließlich Energie.

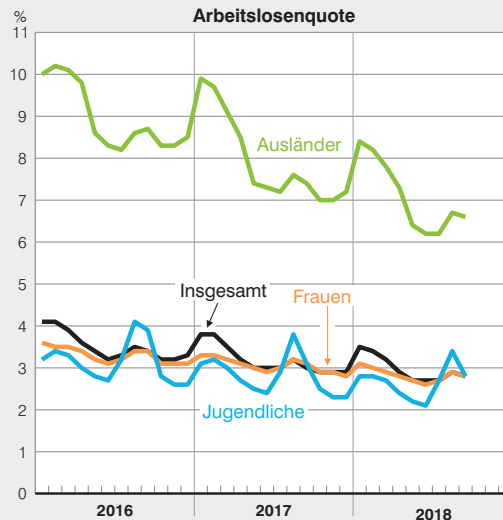
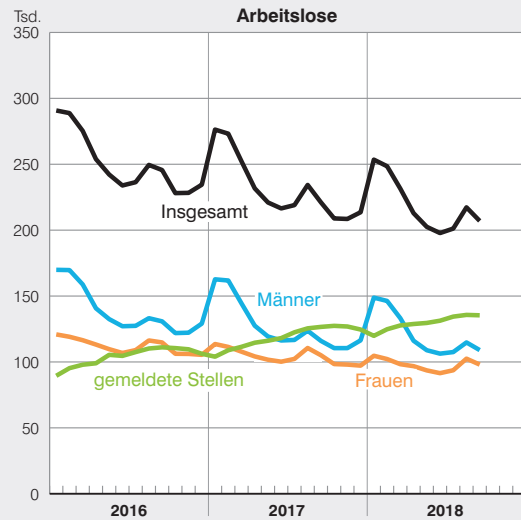




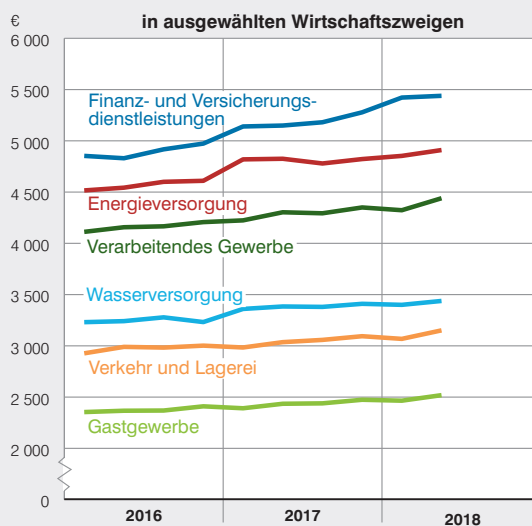
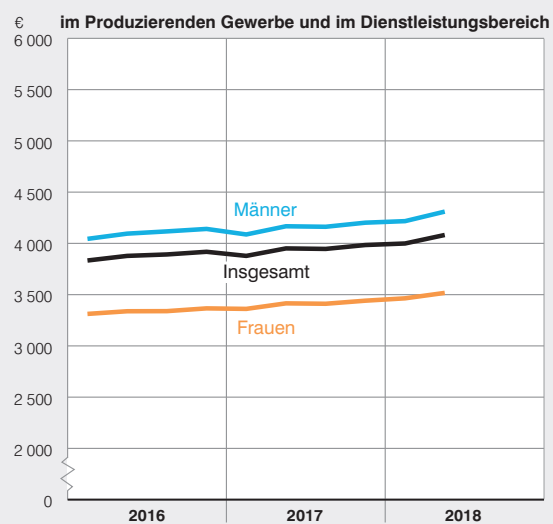
* ab 2016 inklusive Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung.

* Quartalswerte.

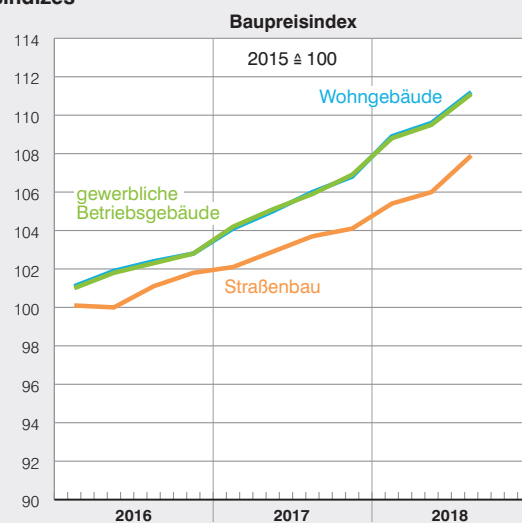
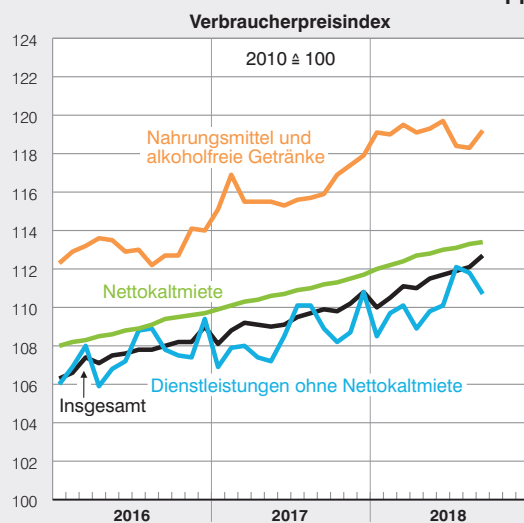
Arbeitsmarkt



Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer



Preisindizes



Statistische Berichte

Bevölkerungsstand

- Einwohnerzahlen Stand: 31. Dezember 2016
Gemeinden, Kreise und Regierungsbezirke in Bayern
Basis: Zensus 2011

Erwerbstätigkeit

- Strukturdaten der Bevölkerung und der Haushalte in Bayern 2017
Teil I der Ergebnisse der 1%-Mikrozensusserhebung 2017 (zusammengefasste Ergebnisse)
- Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in den Gemeinden Bayerns am 30. Juni 2017
Teil II der Ergebnisse der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit
- Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in Bayern und deren Pendlerverhalten am 30. Juni 2017
Teil III der Ergebnisse der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit

Hochschulen, Hochschulfinanzen

- Prüfungen an den Hochschulen in Bayern im Prüfungsjahr 2016
Wintersemester 2015/16 und Sommersemester 2016
Ausgewählte Strukturdaten zur Prüfungsstatistik

Wahlen

- Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017
Endgültiges Ergebnis - Text, Tabellen, Schaubilder
- Wahl zum 18. Bayerischen Landtag in Bayern am 14. Oktober 2018
Wahlkreisvorschläge, Bewerber

Gewerbeanzeigen

- Gewerbeanzeigen in Bayern im Juli 2018

Verarbeitendes Gewerbe

- Verarbeitendes Gewerbe in Bayern im Juli 2018 (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden)
- Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im Juli 2018 (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden), Basisjahr 2010
- Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im Juli 2018
Basisjahr 2010

Baugewerbe (Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe)

- Bauhauptgewerbe in Bayern im Juli 2018

Bautätigkeit

- Baugenehmigungen in Bayern im Juli 2018

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Einzelhandel im Juli 2018
- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Kraftfahrzeughandel und Großhandel im Juni 2018
- Ausfuhr und Einfuhr Bayerns im Juli 2018

- Tourismus in Bayern im Juli 2018
- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Gastgewerbe im Juli 2018

Straßen- und Schienenverkehr

- Straßenverkehrsunfälle in Bayern im Juni 2018
Ausgewählte Ergebnisse des Berichts- und Vorjahresmonats

Schiffsverkehr

- Binnenschifffahrt in Bayern im Juni 2018

Ausbildungsförderung

- Ausbildungsförderung nach dem BAföG und dem BayAföG in Bayern 2016

Preise- und Preisindizes

- Verbraucherpreisindex für Bayern im August 2018 sowie Jahreswerte von 2015 bis 2017 mit tiefgegliederten Ergebnissen nach Gruppen und Untergruppen
- Verbraucherpreisindex für Bayern
Monatliche Indexwerte von Januar 2013 bis August 2018 (mit Gliederung nach Haupt- und Sondergruppen)
- Verbraucherpreisindex für Deutschland im August 2018
- Kaufwerte für Bauland in Bayern, 1. Vierteljahr 2018
- Kaufwerte für Bauland in Bayern 2017

Verdienste und Arbeitszeiten

- Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich in Bayern im 2. Quartal 2018

Arbeitskosten

- Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich in Bayern 2016
Ergebnisse der EU-Arbeitskostenerhebung 2016

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR) der Länder

- Verfügbares Einkommen und Primäreinkommen der privaten Haushalte 1991 bis 2016
Kreisfreie Städte und Landkreise, Regierungsbezirke, Regionen

Querschnittsveröffentlichungen

- Gemeindedaten für Bayern 2017
- Kreisdaten für Bayern 2017

Verzeichnisse

- Verzeichnis der Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen in Bayern
Stand: 31. Dezember 2017

Publikationsservice

Das Bayerische Landesamt für Statistik veröffentlicht jährlich über 400 Publikationen. Das aktuelle Veröffentlichungsverzeichnis ist im Internet als Datei verfügbar, kann aber auch als Druckversion kostenlos zugesandt werden.

Kostenlos

ist der Download der meisten Veröffentlichungen, z. B. von Statistischen Berichten (PDF- oder Excel-Format).

Kostenpflichtig

sind alle Printversionen (auch von Statistischen Berichten), Datenträger und ausgewählte Dateien (z. B. von Verzeichnissen, von Beiträgen, vom Jahrbuch).

Newsletter Veröffentlichungen

Die Themenbereiche können individuell ausgewählt werden. Über Neuerscheinungen wird aktuell informiert.

Webshop

Alle Veröffentlichungen sind im Internet verfügbar unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen

Aktuelle
Veröffentlichungen
unter
q.bayern.de/webshop



Statistische Berichte

Statistische Berichte werden als Standard-veröffentlichungen von allen Statistischen Landesämtern mit einheitlicher Systematik für alle Bereiche der amtlichen Statistik herausgegeben. Sie enthalten – fachlich und regional tief gegliedert – aktuelle Ergebnisse der betreffenden Erhebung in tabellarischer Form, zumeist ergänzt durch grafische Darstellungen. Zusätzlich wird in den Berichten beispielsweise über Rechtsgrundlagen, Methodik und Besonderheiten der Statistik informiert. Je nach Periodizität der Erhebung erscheinen Statistische Berichte monatlich oder in größeren Abständen.

Alle Statistischen Berichte stehen im Internet im Rahmen der informationellen Grundversorgung kostenlos als Download zur Verfügung (PDF- oder Excel-Format).

Themenbereiche

- A Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit
- B Bildung, Kultur, Rechtspflege, Wahlen
- C Land- und Forstwirtschaft, Fischerei
- D Gewerbebetriebe, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen
- E Produzierendes Gewerbe, Handwerk
- F Wohnungswesen, Bautätigkeit
- G Handel, Tourismus, Gastgewerbe
- H Verkehr
- J Dienstleistungen, Geld und Kredit
- K Sozialleistungen
- L Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern
- M Preise und Preisindizes
- N Verdienste, Arbeitskosten und -zeiten
- O Finanzen und Vermögen privater Haushalte
- P Gesamtrechnungen
- Q Umwelt



Bayerisches Landesamt für Statistik – Vertrieb, St.-Martin-Straße 47, 81541 München
Telefon 089 2119-3205 | vertrieb@statistik.bayern.de